

Preussische Allgemeine

Nr. 11 · 13. März 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Wie totalitär ist die Linkspartei?

Die mehrfach umbenannte SED gibt sich gern bürgerlich. Doch die jüngsten Ausfälle zeigen wieder einmal, dass sich die Genossen von ihren Wurzeln kaum entfernt haben **Seite 3**



Kultur Dresden feiert die Wiedereröffnung der Sempergalerie **Seite 9**



Geschichte Als die Länderbahnen zu einer Reichsbahn fusionierten **Seite 10**

CORONA

Peinliche Tage der Offenbarung

In der gegenwärtigen Krise zeigt sich, dass die deutsche Politik in den vergangenen Jahren wichtige Weichenstellungen versäumt hat

VON HANS HECKEL

Das Coronavirus frisst sich durch die Republik – und viele Menschen reagieren darauf durchaus nervös, wie Hamsterkäufe vielerorts belegen. Die wiederholte Botschaft der Regierung – „Wir haben die Lage im Griff, kein Grund zur Panik“ – scheint bei Millionen Deutschen nicht nur zu verpuffen. Wie es scheint, verstärkt das Verhalten der Politik die Unsicherheit sogar noch.

Das hat seinen Grund: Statt vorsorglich zu handeln, reagiert Berlin offenbar nur auf die jeweils akute Situation. Polen etwa ist seit dem allerersten Auftreten des Virus auf seinem Staatsgebiet zu Grenzkontrollen übergegangen. Wenn es auch deutscherseits noch zu vergleichbaren Maßnahmen kommen sollte, dann wohl erst, wenn es dazu eigentlich zu spät ist. Wer die Flut stoppen will, muss die Schleusen schließen, bevor das Wasser hindurchgeschossen ist. Eine Schließung danach ist reiner Aktionismus.

Dieser Mangel an Vorsorge, das Hinterherlaufen hinter Problemen, ist mittlerweile zum Markenzeichen der deutschen Politik geworden. Bei der Finanz- und Währungskrise war und ist es nicht anders. Ebenso bei der Asyl- und Grenzpolitik, wo schon 2015 die Weichen erst

gar nicht und dann falsch gestellt wurden, was sich möglicherweise in diesem Jahr wiederholt (siehe den nebenstehenden Beitrag). Nun indes könnten sich zwei durch politische Versäumnisse verstärkte Krisenherde zu einem zerstörerischen Sturm vereinigen.

Träfe das Coronavirus auf eine Volkswirtschaft, die gesund und widerstandsfähig ist, weil man nach der Finanzkrise von 2008 seine Hausaufgaben gemacht hätte, wäre außer einer kurzen konjunkturellen Eintrübung und ein paar Börsenturbulenzen kaum etwas zu befürchten. Doch hat die Politik nach 2008 eine schmerzhaft Reform des Währungs- und Finanzwesens weitgehend unterlassen. Stattdessen wurden die Probleme nur kosmetisch behandelt und aufgeschoben, was sie größer, teurer und gefährlicher werden ließ. Eine gigantische Blase aus Schulden, maroden Staatsfinanzen, aus „Zombie“-Banken und -Firmen ist so entstanden. Experten befürchten seit Langem, dass ein unvorhergesehenes Ereignis diese Blase jederzeit zum Platzen bringen könnte.

Im Moment deutet einiges darauf hin, dass Corona dieses Ereignis darstellt. Dabei darf nicht vergessen werden: Das Virus wird dann nicht der Grund für die Krise sein, sondern lediglich ihr Auslöser. Der Grund liegt in den schweren politischen Versäumnissen.

MIGRATION

Humanität und Verantwortung

Die Forderung, die Schwächsten aus dem griechisch-türkischen Grenzgebiet herauszuholen, erscheint als humanitäre Pflicht. Dennoch ist Vorsicht geboten

VON RENÉ NEHRING

Bilder schüren Emotionen, Bilder schreiben Geschichte. Der Entscheidung Angela Merkmals im Spätsommer 2015, die deutschen Grenzen zu öffnen, ging unmittelbar das Ertrinken des zweijährigen Alan Kurdi voraus. Als damals, Anfang September, das Foto des am Strand liegenden syrischen Jungen um die Welt ging, gab es im Umgang mit den nach Deutschland strömenden Migranten kein Halten mehr. Die Bundeskanzlerin entschied, einige tausend in Budapest festsitzende Asylsuchende einreisen zu lassen – tatsächlich kamen Hunderttausende. Und wochenlang wiesen die Grenzschutzbehörden niemanden zurück.

Daran sei erinnert, da sich dieser Tage Geschichte zu wiederholen scheint. Wieder sitzen tausende Migranten vor den Toren der Europäischen Union fest – diesmal an der türkisch-griechischen Grenze – und begehren Einlass. Und schon gibt es die Forderung, angesichts der unmenschlichen Zustände auf den griechischen Ägäis-Inseln doch wenigstens die Kinder aufzunehmen. Zu sehen sind dabei die um Hilfe ersuchenden Blicke kleiner Mädchen und Jungen, die jedem human denkenden Menschen das Herz zuschnüren müssen.

Und doch ist gerade wegen dieser Bilder Vorsicht geboten. Zum einen, weil die

derzeitige Krise von der türkischen Regierung gezielt herbeigeführt worden ist, um die EU in ihrem Sinne gefügig zu machen. Zum anderen, weil auch die Flüchtlingsfamilien immer wieder ihre Kinder instrumentalisieren, um nach Europa zu gelangen. Dazu gehört auch das gezielte Vorauschicken von Jugendlichen, da diese als „unbegleitete Flüchtlinge“ schneller eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Sind sie erst einmal angekommen, greifen die Mechanismen der Familienzusammenführung, wobei die Behörden bei Muslimen das Wort „Familie“ zumeist sehr weit auslegen. Insofern ist es richtig, dass die EU bisher nicht auf die Erpressungsversuche der türkischen Regierung eingegangen ist.

Gleichwohl kann einer solidarischen, der Barmherzigkeit verpflichteten Gesellschaft das Schicksal von Kindern im Elend nicht egal sein. Und in der Tat sind für ein wohlhabendes Land wie Deutschland ein paar tausend Jungen und Mädchen keine große Herausforderung. Ihre Aufnahme fiele jedoch wesentlich leichter, wenn alle abgelehnten Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt würden. Müssten diese hunderttausenden Migranten, die im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland offenkundig keinen Anspruch auf Asyl haben, unser Land wieder verlassen, gäbe es keine Diskussionen über ein paar hilfsbedürftige Kinder.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Hauptstadt spart beim Bevölkerungsschutz am falschen Ende **Seite 5**

Kultur

Ein neuer Verlag für die unbequemen Geister der Gegenwart **Seite 12**

Das Ostpreußenblatt

Ein Wörterbuch für die vom Aussterben bedrohte Sprache der Masuren **Seite 18**

Lebensstil

Besondere Lagen – die extremsten Weinanbaugebiete der Welt **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite preussische-allgemeine.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Politische Führung Gilt die „Doppelspitze“ aus getrennter Kanzlerschaft und Parteivorsitz inzwischen als modern, so zeigt ein Blick zurück, dass der Erfolg eher in der Personalunion liegt

Mangel an innerparteilichem Rückhalt

Mit der Ämterteilung in der Ära „AKK“ machte die CDU ähnlich schlechte Erfahrungen wie zuvor die SPD

VON ERIK LOMMATZSCH

Beide haben eine Wahl gewonnen, doch die Ergebnisse hätten unterschiedlicher kaum sein können. Im März 2017 wurde Martin Schulz mit 100 Prozent der gültigen Stimmen zum SPD-Parteivorsitzenden gewählt. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Im Dezember 2018 setzte sich Annegret Kramp-Karrenbauer mit nur knapp 52 Prozent der Delegierten-Stimmen gegen Friedrich Merz bei der CDU durch.

Schulz und Kramp-Karrenbauer waren somit informell auch für die jeweilige Kanzlerkandidatur ihrer Parteien nominiert. Gemeinsam ist ihnen ebenso, dass sie auf dem Weg zum Amt des Regierungschefs scheiterten. Beide hatten nicht den Deut einer Chance. Schulz erreichte bei der letzten Bundestagswahl für die SPD mit 20,5 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik. Kramp-Karrenbauer schaffte es gar nicht erst bis zur 2021 anstehenden Wahl. Sie kündigte bereits nach einem reichlichen Jahr CDU-Parteiführung ihren Rückzug an. Den konkreten Ausschlag gaben die Vorgänge der Thüringer Ministerpräsidentenwahl vom Februar 2020, entscheidend war jedoch der von Anfang an fehlende innerparteiliche Rückhalt.

Negativrekorde bei SPD und CDU

Die SPD blickt seit fast drei Jahrzehnten auf eine recht große Anzahl von Vorsitzenden. Einige davon mit sehr kurzen Amtszeiten und nicht immer gültigen Abgängen. Björn Engholm musste 1993 wegen Falschaussagen in der sogenannten Barschel-Affäre zurücktreten. Rudolf Scharping wurde 1995 von seinem Parteifreund Oskar Lafontaine nach zwei Jahren weggeputscht. Lafontaine seinerseits trat 1999 überraschend von allen Ämtern zurück, nachdem ihn Bundeskanzler Gerhard Schröder noch kurz zuvor zum „Superminister“ gemacht hatte. Franz Müntefering fungierte 2004/05 sowie 2008/09 quasi aushilfsweise als Parteivorsitzender. Dazwischen amtierten Matthias Platzeck und Kurt Beck, die der Position nicht gewachsen waren. Nachdem Siegmund Gabriel die Parteiführung relativ lange innehatte, war Andrea Nahles bis Mitte letzten Jahres die bislang letzte alleinige Vorsitzende. Seitdem setzen die Sozialde-



Wahlsiegerin: Annegret Kramp-Karrenbauer nach der Bekanntgabe ihrer Wahl zur CDU-Vorsitzenden am 7. Dezember 2018

mokraten auf „Teams“ und „Doppelspitzen“. Im Zuge des Prozesses der Abstimmung im Sommer und Herbst 2019 verlor die SPD weiter in der allgemeinen Wählergunst. Der einzige bundespolitisch prominente Bewerber um einen Führungs-

Duo-Platz, Finanzminister Olaf Scholz, kam bei den Genossen nicht zum Zuge.

Innerparteiliche Auseinandersetzungen um den Vorsitz der CDU waren bis vor Kurzem ein Thema für die Geschichtsbücher. 1971 war Helmut Kohl erfolglos gegen

Rainer Barzel angetreten. Dies sollte bis 2018 das letzte Mal sein, dass es mehrere Kandidaten gab. 1973 wurde dann Kohl gewählt; er verblieb bis 1998, bis zum Ende seiner Kanzlerschaft im Amt des Parteivorsitzenden. Nach einem kurzen Intermezzo durch Wolfgang Schäuble, der wegen der ungeklärten Spenden an die CDU zurücktreten musste, übernahm Angela Merkel den Parteivorsitz bis 2018.

Seit der knappen Wahl Kramp-Karrenbauers hat sich die CDU in ein ähnliches Fahrwasser wie die SPD begeben. Einen in großen Teilen der Partei konsensfähigen Kandidaten gibt es nicht. Norbert Röttgen, Friedrich Merz und Armin Laschet werden Ende April jeweils genug Stimmen auf sich ziehen, um die ohnehin angeschlagene Partei weiter zu zerreißen; egal, wer das Rennen um den Vorsitz macht. Anfang März lag die Union in der sogenannten Sonntagsfrage bei 26 Prozent, ihrem schlechtesten Wert überhaupt. Der innerparteiliche Wahlkampf dürfte erheblich dazu beigetragen haben.



Wahlsieger: Martin Schulz nach der Bekanntgabe seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden am 19. März 2017

Foto: action press

PERSONALUNION

Machtkonzentration hat sich in der Vergangenheit bewährt

Erst Parteivorsitzender, dann Regierungschef – zumindest bislang war das für die CDU ein Erfolgsrezept

Der Mehrfachbesetzung von Spitzenpositionen in Parteien und politischen Ämtern steht die Idee entgegen, nicht nur ein Führungsamt ungeteilt auszuüben, sondern sich darüber hinaus eine Machtbasis durch Personalunion zu verschaffen. So findet sich in der Bundesrepublik eine Reihe von Parteivorsitzenden, die zugleich die Führung ihrer Fraktion innehatten. Bundeskanzler waren häufig zugleich Vorsitzende ihrer Partei. Erfolg und Stabilität ergeben sich zwar nicht zwingend aus der Machtkonzentration in einer Hand, jedoch kann dies eine wichtige Voraussetzung darstellen. Die Verteilung der Ämter bedingt hingegen stets eine Konkurrenzsituation.

Im Jahr 2001 führte Friedrich Merz im Bundestag die Unionsfraktion. Es stand die Frage im Raum, ob die damals noch relativ neue CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die zu jener Zeit vielen als Hoffnungsträgerin der Partei galt, diese Position nicht auch übernehmen sollte. Merz sagte, die Behauptung, dass „Doppelspitzen“ – gemeint waren hier noch der Vorsitz in Partei und Fraktion – nicht erfolgreich seien, „ist falsch und historisch wiederlegt“. Überzeugend wirkte er damit nicht, im Folgejahr verlor er den Fraktionsvorsitz an Merkel.

Konrad Adenauer hatte die Kanzlerschaft inne, seine Position als CDU-Chef – de facto seit 1946 – stand nicht in Frage,

auch wenn mitunter beklagt wurde, er würde reine Parteiangelegenheiten vernachlässigen. Diesbezüglich wesentlich rühriger war Helmut Kohl. Drei Jahre nach Übernahme des Bundesvorsitzes der CDU griff er 1976 nach dem Fraktionsvorsitz im Bundestag und wurde aus dieser Konstellation heraus 1982 Kanzler. Dies bedingte die Abgabe des Fraktions-, nicht jedoch des Parteivorsitzes. Merkel ging denselben Weg. Adenauer amtierte als Kanzler 14 Jahre, Kohl 16, und die gegenwärtige Regierungschefin schickte sich an, dies noch zu übertreffen.

Helmut Schmidt war zwar Bundeskanzler, aber nicht zugleich SPD-Parteivorsitzender, was wohl auch eine Ur-

„Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur müssen in einer Hand liegen“

Annegret Kramp-Karrenbauer am 10. Februar 2020, nach der Bekanntgabe ihres Rückzugs vom CDU-Vorsitz

che dafür war, dass ihm am Ende der Rückhalt in den eigenen Reihen fehlte.

Bemerkenswerterweise zeigt sich, dass die Kanzler, die erst nach ihrer Wahl zum Regierungschef Vorsitzende ihrer Partei wurden, davon nur wenig profitieren konnten. Dies betrifft Ludwig Erhard ebenso wie Kurt Georg Kiesinger und Gerhard Schröder. Letzterer verzichtete sogar noch im Jahr vor seiner Abwahl als Kanzler wieder auf die Parteiführung. Das verspätete „Sich-in-die-Pflicht-nehmen-lassen“ wirkt sich nicht mehr positiv aus. Offenbar spielt nicht nur die Ämterkonzentration an sich eine Rolle, sondern auch die Reihenfolge der Übernahme der Funktionen. E.L.

ÄMTERTEILUNG

Doppelspitzen, Teams und „Troikas“

Obwohl sie als „zeitgemäß“ erscheinen, verbindet niemand mit „Doppelspitzen“ oder „Teams“ als Parteiführung Erfolge. Abgesehen von Saskia Esken, die das gute Abschneiden ihrer Partei bei der Hamburg-Wahl Ende Februar auch dieser Konstellation zuschrieb. Die meisten anderen Beobachter hingegen haben ausgemacht, dass der Spitzenkandidat Peter Tschentscher den Hauptanteil am Sieg trug. Kurioserweise war das Bundesvorsitzenden-Duo Esken/Walter-Borjans im Wahlkampf gar nicht aufgetreten.

Was die Auffächerung der Führung betrifft, so zeigten sich die Sozialdemokraten ab letztem Sommer unbeeirrt. Nach Andrea Nahles wurde die Partei übergangsweise von einem Trio geleitet: Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel. Am Ende eines langwierigen Prozesses mit vielen Kandidatenpaarungen wird die SPD nun von Esken und Norbert Walter-Borjans in die Zukunft geführt.

Dabei hat die Partei seit geraumer Zeit schlechte Erfahrungen mit „Teams“ gesammelt. Rudolf Scharping, Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine teilten sich zwar 1994 formell nicht den Vorsitz, wurden aber bei der Bundestagswahl als „Troika“ beworben – mit dem Ergebnis, dass Helmut Kohl seine CDU/CSU-FDP-Koalition fortsetzen konnte. Einen weiteren, ebenso erfolglosen Versuch gab es 2012, als sich Peer Steinbrück, Siegmund Gabriel und Frank-Walter Steinmeier als neue „Troika“ zu formieren versuchten.

Permanente Doppelbesetzungen bei Partei- und auch Fraktionsführungen gibt es seit geraumer Zeit nicht nur bei den Grünen, sondern auch bei Linkspartei und AfD. Die FDP scheint noch immun gegen Ämterteilung.

Armin Laschet agiert in dem Spannungsfeld – die „Doppelspitze“ gilt als modern, aber man weiß, der Wähler honoriert eher die Konzentration auf einen Kopf – äußerst geschickt. „Alles, was ein Team ist ... tut der CDU als Volkspartei gut“, sagt er, holt sich Jens Spahn als „Team“-Kollegen, ist aber dennoch Einzelkandidat für den CDU-Vorsitz. E.L.

Die Camouflage der Linkspartei

Wie die Ex-SED versucht, sich in die politische Mitte zu schleichen und dennoch ihrer Geschichte nicht entkommt

VON REINHARD MOHR

Das gerade zurückliegende Polit-Drama in Thüringen, das die ganze Republik in Wallung brachte, hatte viele Aspekte – einer davon war die nicht zuletzt medial inszenierte Präsentation des alten und neuen linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow als Inkarnation jovialer, wohltemperierter Gutbürgerlichkeit: katholisch, pragmatisch, volksnah. Ein Winfried Kretschmann des Ostens, den auch liberal-konservative Wähler schätzen, obwohl Ramelow die DDR bis heute nicht als „Unrechtsstaat“ bezeichnen will. Doch das ist nur ein kleiner Schönheitsfehler.

Umso unverständlicher schien vielen das Beharren der CDU-Führung auf dem Abgrenzungsbeschluss gegenüber der Linkspartei. Diese sei, so der Tenor eines großen Teils der Öffentlichkeit, doch längst nicht mehr radikal, gar extremistisch. Sie habe mit ihrer Vergangenheit gebrochen und sie aufgearbeitet. Vergleiche mit dem Rechtsextremismus verbitte man sich. In Wahrheit verkörpere Bodo Ramelow die neue, fortschrittliche Mitte, während die FDP, einst Zentrum des bürgerlichen Liberalismus, mit dem reaktionären rechten Rand paktiere.

Träume von „nach der Revolution“

Dass dieses Bild von der brav demokratisch gewordenen Linkspartei so dominant geworden ist, liegt zum einen an der Geschichtsvergessenheit vieler Zeitgenoss*innen (die „gegenderte“ Sprache ist noch ein Markenzeichen der Ex-SED). Zum anderen wird die tagtägliche Realität in dieser Partei systematisch ausgeblendet.

Deshalb war es pures Pech für die glattgeschmirlte PR der Partei, dass jüngst ein Mitschnitt von der „Zukunftskonferenz“ der Linken auftauchte, in dem eine junge Genossin ein Problem ansprach, das auch nach einer „Revolution“ fortbestehe: „Und auch wenn wir das eine Prozent der Reichen erschossen haben, ist es noch immer so, dass wir heizen wollen.“ Der anwesende Parteichef Riexinger machte es dann noch schlimmer, als er begütigend anmerkte: „Wir erschießen sie nicht, sondern setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.“ Revolutionäre Zwangslager für Ausbeuter und Unbelehrbare sind offenbar Teil der sozialistischen Utopie geblieben.

Ältere erinnern sich vielleicht noch an eine ähnliche Prophezeiung des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW) aus den 70er Jahren, die damals einen „Volksverräter“ traf. Der deutsch-jüdische Anarchist Daniel Cohn-Bendit, immerhin Held des Pariser Mai-Aufstands von 1968, dennoch für bourgeoise Abweichungen wie Austernschlürfen anfällig, werde „von der Arbeiterklasse eine nützliche Arbeit zugewiesen bekommen, etwa in einer Fischmehlfabrik in Cuxhaven, oder er wird während der Revolution durch die Massen an den nächsten Baum gehängt“, hieß es damals in einem Aufruf. Man sieht: Die Linke bleibt sich treu und steht unerschütterlich in der totalitären Tradition kommunistischer Überwältigungs- und Vernichtungsstrategien, auch wenn sie derzeit noch zu schwach ist, Arbeitslager in Apolda einzurichten.

Begeisterung für Diktatoren

Dafür bewundert sie umso leidenschaftlicher Diktatoren in aller Welt: Nicolás Maduro in Venezuela; die kubanische Kamarilla, die nach Fidel Castros Tod die Macht an sich gerissen hat; Wladimir Putin sowieso. Im Zweifel auch den syrischen Schlächter seines eigenen Volkes, Baschar al-Assad.

Die linken Bundestagsabgeordneten Dieter Dehm, seit Langem unter Stasi-Verdacht, und Sevim Dagdelen, beliebter Talkshowgast, stellten Assad als Opfer einer ausländischen Aggression dar und behaupteten, NATO und



Solidarität mit der Diktatur: Auf dem Europaparteitag der Linkspartei 2019 zeigten zwei Dutzend Genossen, darunter die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Heike Hänsel, für welches Gesellschaftsmodell noch immer ihr Herz schlägt
Foto: Twitter

USA bereiteten „offen den Krieg gegen die strategisch wichtigen, beziehungsweise rohstoffreichen Länder Syrien und Iran vor, die eine eigenständige Politik verfolgen und sich ihrem Diktat nicht unterordnen“. Kein Wort von den Verbrechen Assads gegen das eigene Volk und kein Wort vom „Islamischen Staat“, dessen Terror seit Jahren die Welt in Atem hielt. Der inzwischen zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag aufgestiegene Andrej Hunko machte Maduro vor Jahresfrist seine Aufwartung und wurde dabei wie ein Staatsgast empfangen. Nur konsequent, dass er auch blitzschnell und solidarisch zur Stelle war, als Putin 2014 mit Hilfe von „grünen Männchen“ die Krim annektierte.

Auf dem Europaparteitag der Linken 2019 erklimmen zwei Dutzend Genossen die Bühne, darunter die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion und notorische „Israelkritikerin“, Heike Hänsel, und präsentierten ein Transparent mit der Aufschrift „Hände weg von Venezuela – vorwärts zum Sozialismus“. Klarer kann man nicht zum Ausdruck bringen, welche Art von Sozialismus diesen Genossen und Genossinnen vorschwebt: eine korrupte Militärdiktatur, die eine einst blühende Wirtschaft ruiniert und Millionen Bürger außer Landes treibt. Ein Jahr zuvor, auf dem Parteitag 2018, schaffte es ein Passus in den Leitantrag, in dem es heißt: „Die Oktoberrevolution war die erste siegreiche Revolution mit sozialistischer Orientierung, eine Alternative zum kapitalistischen System.“

Ein junger Genosse versuchte nun, an das große historische Vorbild anzuknüpfen und beschrieb auf der Strategiekonferenz die Aufgabe der Linken mit Worten, die sein intellektuelles Niveau zureichend charakterisieren: „Staatsknete abgreifen, Informationen aus dem Staatsapparat abgreifen und den außerparlamentarischen Bewegungen zuspieren.“

Auch der Berliner „Mietendeckel“, ein rot-rot-grünes Gemeinschaftswerk, soll dem Klassenkampf auf die Beine helfen: „Die sozialen Kämpfe um die Wohnungsfrage machen die Klassenfrage sichtbar, und mit dem Mietendeckel gelingt es uns, eine Klassenseinwanderung von links zu führen und zu popularisieren, ohne dass irgendwo fett Klassenkampf draufsteht.“ So formuliert es die Genossin Katalin Gennburg und weiß sich dabei in der

Tradition einer altkommunistischen Strategie, bei der haltlose Intellektuelle und reformistische Sozialdemokraten als „nützliche Idioten“ instrumentalisiert wurden.

Die Wirkung der Metamorphosen

Warum all das und vieles mehr in der großen medialen Öffentlichkeit so gut wie nicht zur Kenntnis genommen wird – auch wenn es zuletzt immerhin eine „Aktuelle Stunde“ zu den linken Erschießungsphantasien im Bundestag gab –, bleibt ein Rätsel. Es könnte womöglich an jenem Verdrängungsprozess liegen, den Alexander Kluge einmal in einem Filmtitel den „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ genannt hat. Die historischen Verkleidungstricks haben jedenfalls durchschlagend gewirkt.

Das bis heute andauernde Vexierspiel begann im Dezember 1989, wenige Wochen nach dem Fall der Mauer. Die über 40 Jahre diktatorisch herrschende „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) war politisch und moralisch komplett desavouiert, erledigt und eigentlich am Ende. Doch unter der schlaunen Führung des DDR-Rechtsanwalts Gregor Gysi ersann man eine Möglichkeit, die Partei – nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen, Stichwort: Parteivermögen – fortzuführen, ohne jedoch ihre katastrophale Erbschaft wirklich anzutreten und tatsächlich Verantwortung für all die Verbrechen übernehmen zu müssen.

Dieser dialektische Tigersprung in die Zukunft des vereinten Deutschlands gelang durch eine ganze Abfolge von symbolischen, besser: semantischen Metamorphosen. Zunächst benannte man die einstige Staatspartei der DDR in SED-PDS („Partei des demokratischen Sozialismus“) um. Ab dem 4. Februar 1990 wollte man nur noch PDS gerufen werden. Von Juli 2005 an lautete die korrekte Bezeichnung dann „Die Linkspartei. PDS“, bis sie im Juni 2007 mit der westdeutschen, von Oskar Lafontaine dominierten WASG fusionierte und fortan nur noch als „Die Linke“ auftrat.

Dabei trafen linksradikale Aktivisten aus dem Westen auf alte SED- und Stasi-Kader im Osten, dazwischen junge Leute mit gefärbten Kurzhaarfrisuren; in der Anmutung cool, frisch, fast sexy. Gregor Gysi gab den allgegenwärtigen, rhetorisch hochbegabten Robin Hood, der Stimmung gegen den sozial unge-

Allen Verwandlungskünsten zum Trotz haben Vertreter der Linkspartei nun gezeigt, dass der antifaschistische Kampf für sie noch lange nicht vorbei ist

rechten Kapitalismus machte und bis ins bürgerliche Lager hinein Sympathien einheimste. Seine Stasi-Vergangenheit war zwar aktenkundig, schadete ihm aber nicht wirklich. Links war plötzlich wieder „in“, und mit gutem Recht konnten die 30-Jährigen sagen, dass sie mit der DDR ja nichts zu tun hatten. Waren zu DDR-Zeiten noch Panzer bei den großen Paraden über die Karl-Marx-Allee gerollt, gab sich die Ex-SED als „Die Linke“ nun radikal pazifistisch, antimilitaristisch, feministisch und ökologisch. In den Fernseh-Talkshows präsentierten sich Vertreter der Partei, an vorderster Front Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht, ehemals Chef der „Kommunistischen Plattform“, als Sachwalter der kleinen Leute und der „Sozialschwachen“, die von der SPD („Hartz IV“) verraten worden seien.

Vom Rand in die Mitte

So kam es, dass die politischen Erben von Walter Ulbricht, Erich Mielke und Erich Honecker Teile der bürgerlichen Mitte eroberten, die sie zusammen mit den Grünen zugleich nach links verschoben. Während „rechts“ nur noch rechtsextremistisch und neonazistisch konnotiert wird, steht „links“ für das Gute, Wahre, Fortschrittliche. Vor allem die immer weiter schrumpfende CDU bekommt diese Verschiebung des politischen Koordinatensystems zu spüren, dessen Profiteurin die AfD ist. Jene AfD übrigens, zu der viele ehemalige Wähler der Linkspartei übergegangen sind.

Allen Verwandlungskünsten zum Trotz haben Vertreter der Linkspartei nun gezeigt, dass der antifaschistische Kampf für sie noch lange nicht vorbei ist. Dass dieser Kampf in altkommunistischer Tradition stehen wird, zeigt allein ein Satz im Vorbereitungsband zur „Zukunftskonferenz“, gut 30 Jahre nach dem Mauerfall: „Die Schüsse an der Grenze waren die Antwort auf die Politik der BRD und ihrer Verbündeten, die DDR durch die Abwanderung vieler ihrer Bürger auf die Knie zu zwingen.“

● Reinhard Mohr war 1996–2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Zu seinen Büchern gehört „Bin ich jetzt reaktionär? Bekenntnisse eines Altlinken“ (Gütersloher Verlagshaus, 2013)

● MELDUNGEN

Boris Pistorius will mehr

Hannover – Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) und die Oberbürgermeister von sieben deutschen Städten haben die Bundesregierung zur Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen aus Immigrantelagern in Griechenland aufgefordert. In einer Erklärung weisen Pistorius und die Stadtoberhäupter von Köln, Düsseldorf, Hannover, Freiburg im Breisgau, Rottenburg am Neckar, Frankfurt an der Oder und Potsdam darauf hin, dass das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ ganz konkret bereit sei, sofort bis zu 500 unbegleitete Minderjährige unter 14 Jahren aufzunehmen. Zu der Initiative von Kommunen, die sich nach eigener Darstellung gegen „die Abschottungspolitik Europas“ richtet, gehören Städte wie Berlin, Bremen oder Köln. In einem Interview mit der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ forderte Pistorius zudem mehr Geld für die „Zivilgesellschaft“ und eine Stärkung der ehrenamtlichen Integrationsarbeit.

N.H.

Zur Bewährung ausgesetzt

Döbeln – Das Amtsgericht Döbeln hat nach einem Anschlag auf ein Parteibüro der AfD im Januar 2019 drei Männer zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt. Während der Verhandlung hatten die drei Angeklagten eingeräumt, am Abend des 3. Januar 2019 eine Bombe mit mehr als einem Kilo Sprengstoff auf dem Fensterbrett des AfD-Parteibüros in Döbeln gezündet zu haben. Durch die Wucht der Detonation war ein Sachschaden von mindestens 16000 Euro entstanden. Die Staatsanwaltschaft hatte für die beiden Hauptangeklagten ursprünglich Freiheitsstrafen von zwei Jahren und vier Monaten beziehungsweise zwei Jahren und zwei Monaten wegen des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion, versuchter Brandstiftung, Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz beantragt. Während der Verhandlung hatte ein Ermittler des Landeskriminalamtes als Zeuge ausgesagt, das Trio sei der linken Szene zuzurechnen.

N.H.

Neuer Bahntunnel

Dresden – Der Freistaat Sachsen, die Deutsche Bahn, das Bundesverkehrsministerium sowie Behörden- und Bahnvertreter aus Tschechien haben eine Absichtserklärung für den Bau einer neuen Bahnstrecke zwischen Dresden und Prag unterzeichnet. Das Projekt sieht den Neubau einer gut 40 Kilometer langen zweigleisigen Eisenbahnstrecke zwischen Heidenau und Aussig vor. Als wichtigster Teil der Neubaustrecke gilt der Bau eines etwa 30 Kilometer langen Tunnels durch das Erzgebirge. Die Hochgeschwindigkeitsstrecke soll das Elbtal von Bahnlärm entlasten und auch die Fahrtzeit zwischen Dresden und Prag deutlich verkürzen. Die Fahrtzeit zwischen Dresden und Prag soll von heute zweieinviertel Stunden auf eine sinken. Nach Angaben der Deutschen Bahn könnte die Strecke Berlin-Prag künftig in zweieinhalb Stunden bewältigt werden. Derzeit beträgt die Fahrtzeit rund viereinhalb Stunden.

N.H.



Der alte und der neue Oberhirte der deutschen Katholiken: Reinhard Kardinal Marx (links) und Georg Bätzing nach dessen Wahl zum Vorsitzenden der DBK Foto: Imago Images

KATHOLISCHE KIRCHE

„Georg, du bist dran“

Die Deutsche Bischofskonferenz wählte den Bischof von Limburg zu ihrem neuen Vorsitzenden

VON BODO BOST

Mit Bischof Georg Bätzing (58) aus dem Westerwald wurde ein bislang kaum bekannter Oberhirte Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz (DBK). Die Kardinäle und Erzbischöfe, von denen es auch in Deutschland einige gibt und die in anderen Ländern für ein solches Amt in Frage kommen, waren sich offenbar nicht grün genug.

Der Bischof von Limburg wurde am Dienstag vergangener Woche in Mainz zum Nachfolger von Reinhard Kardinal Marx (66) gewählt, der erklärtermaßen aus Altersgründen nicht mehr für das Amt kandidiert hatte. Von Bätzing war bislang nur bekannt, dass er 2016 das Bistum Limburg nach dem Skandal um Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst nach einer schwierigen Übergangs- und Vakanzzeit übernommen hatte. Er konnte die dort zum Teil künstlich hochgekochten Wellen wieder beruhigen. Bätzings bischöflicher Wahlspruch lautet: „Congrega in unum – Führe zusammen.“ Genau dies soll er jetzt in der DBK, die aus anderen Gründen gespalten ist, auch wieder tun.

Der aus dem Trierer Teil des Westerwaldes stammende Bätzing war Leiter des Trierer Priesterseminars, als im Jahre 2001 der aus Paderborn stammende Marx Bischof von Trier wurde. Marx machte Bätzing 2007 in seinem letzten Amtsjahr in Trier zum Leiter der Heilig Rock Wallfahrt von 2012. Jetzt hat er ihn zu seinem Nachfolger unter seinen Gnaden an der Spitze der Deutschen Bischofskonferenz gemacht. Dies wurde bereits deutlich bei der Pressekonferenz zum Amtsantritt, als ihn der neben ihm stehende Marx wie einen Schüler aufrief mit den Worten „Georg, du bist dran.“

Der Amtsverzicht von Marx hatte viele überrascht, war doch der Münchner Erzbischof vielen als Machtmensch bekannt. Allerdings ist Marx auch dafür bekannt, dass er auf vielen Registern zu spielen vermag. Die Wahl seines Nachfolgers war ein solches Register, viele deuten die Wahl so, dass Marx sich mit dieser Wahl seinen eigenen Einfluss weiterhin sichern will. Denn Bischof Georg aus dem Westerwald ist bislang nicht dafür bekannt, dass er viele eigene Ideen in die kircheninterne Diskussion gebracht hat. Da hat er gar nichts von seinem großen

Vorgänger, Kardinal Joseph Höpfer, der aus einem Nachbarort im Westerwald stammte. Höpfer hatte allerdings auch nicht solche Gegenspieler wie jetzt Bischof Bätzing.

Mittler im Richtungsstreit

Im großen Richtungsstreit um die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland gaben andere Bischöfe bislang den Ton an. Auf liberaler Seite neben Marx vor allem der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck und der Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer. Ihnen standen auf konservativer Seite der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki und der Regensburger Rudolf Voderholzer gegenüber. Dass sich Bätzing aus den internen Grabenkämpfen, die wohl zum Rücktritt von Marx führten, weitestgehend heraushielt, hat ihn für beide Lager wählbar gemacht. Bätzing plädierte als einer von vielen Bischöfen öffentlich für die Freistellung des Pflichtenölbats und sprach von der Kirche als „Täterorganisation“ im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal. Den von Marx initiierten Synodalen Weg will er ohne Richtungsänderungen und Akzentverschiebungen weitergehen. Im-

merhin ist er als Bischof von Limburg auch Gastgeber des Synodalen Weges, der in Frankfurt stattfindet.

Doch der Vorsitzende der Bischofskonferenz ist nicht der „deutsche Papst“. Selbst Marx hatte sich als oberster Katholik Deutschlands einige Male aus Rom Rülfe geholt und musste zum Rapport zum heiligen Vater, trotz seiner demonstrativen Nähe zur Macht in Rom. Diese Macht ist seinem Nachfolger absolut fremd, er spricht als eines der wenigen Mitglieder der Bischofskonferenz nicht Italienisch, hat also nicht einmal in Rom studiert, wie fast alle deutschen Bischöfe. Deshalb braucht er auf seinen Romreisen Dolmetscher, das könnte Kardinal Marx sein.

In die Politik hinein braucht der neue Vorsitzende der Bischofskonferenz diese Dolmetscher nicht; seine Cousine ist die SPD-Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler von Rheinland-Pfalz. Kardinal Marx hing der Makel an, dass er sich gerne größer gemacht hat, als er tatsächlich war; jetzt geht er den umgekehrten Weg: Er macht sich kleiner, unscheinbarer, als er ist. Aus der zweiten Reihe lässt sich auch regieren, wenn man einen willigen Vollstrecker in der Spitze hat.

THÜRINGEN

Es scheint, als wollten sie nur noch Ruhe haben

Nach der Wiederwahl Bodo Ramelows suchen die Parteien im Erfurter Landtag einen Weg in die Normalität

Nach Wochen und Monaten, in denen die thüringische Landespolitik die Republik durcheinandergewirbelt hatte, ging die Wahl Bodo Ramelows zum Ministerpräsidenten einer Minderheitsregierung erstaunlich störungsfrei über die Bühne. Möglich wurde die Wahl durch die Vereinbarung einer „konstruktiven Opposition“ der rot-rot-grünen Regierungsparteien mit der CDU, die eine projektbezogene Zusammenarbeit vorsieht.

Während der alte und neue Regierungschef, der sich vor rund einem Monat ohne Not und eigene Mehrheit zur Wiederwahl gestellt hatte und damit das Tohuwabohu erst auslöste, nun einigermaßen

Planungssicherheit hat, muss die CDU im Lande den Scherbenhaufen zusammenkehren, den der scheidende Landesvorsitzende Mike Mohring hinterlassen hat. Nicht erst am Wahlabend im Herbst 2019, an dem die Union eine historische Niederlage einfuhr, zeigte sich, dass Mohring die vormalige mitteldeutsche Staatspartei – die mit Bernhard Vogel, Dieter Althaus und Christine Lieberknecht über die Parteigrenzen hinweg angesehene Ministerpräsidenten gestellt hatte – in eine blasse Funktionärstruppe verwandelt hat.

Als Nachfolger für Mohring sind derzeit zwei Namen im Gespräch: zum einen Mario Voigt, Professor für Digitale Trans-

formation und Politik an der privaten Quadriga Hochschule Berlin, der beruflich vor allem an den Schnittstellen von Politik und Wirtschaft tätig war, und zum anderen Christian Hirte, bis vor Kurzem Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Ost-Beauftragter der Bundesregierung, der für seine Glückwünsche zur Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich von der Kanzlerin entlassen worden war. Ob einer von beiden – oder eventuell ein dritter Kandidat – die Landes-CDU wieder zu altem Glanze zurückführen kann, darf angesichts der derzeitigen Lage bezweifelt werden.

Dass es in Thüringen demnächst ruhiger zugehen dürfte, zeigte sich auch bei der Wahl eines AfD-Kandidaten für das Amt des Landtags-Vizepräsidenten – unter anderem mit der Stimme Bodo Ramelows. Der Ministerpräsident erklärte dazu, er verweigere zwar dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke den Handschlag, aber den Parlamentsrechten der AfD nicht seine Stimme. Ganz freiwillig war dieser Schritt freilich nicht. Denn die AfD hatte zuvor die Besetzung der Richterwahlausschüsse blockiert, für die sie eine Sperrminorität hat.

Trotz dieser Schritte zur Normalisierung dürften die Wunden der jüngsten Zeit so schnell nicht verheilen. René Nehring

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Am falschen Ende gespart

Gesundheitsdienst oder Feuerwehr: Berlins Krisenvorsorge ist in einem gefährlich desolaten Zustand

VON NORMAN HANERT

Als Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) Ende Januar davon sprach, Deutschland sei gut vorbereitet, wenn hierzulande das neue Coronavirus auftreten sollte, kann er dabei kaum die deutsche Hauptstadt im Sinn gehabt haben. Schon lange bevor der Kampf gegen Covid-19 zu einem dringenden Thema wurde, fehlte es in Berlin nicht an Warnungen, dass sich die Gesundheitsämter der Bezirke in höchster Not befinden.

Anlass waren Daten der Senatsgesundheitsverwaltung, laut denen zum Jahreswechsel 2017/18 in den Gesundheitsämtern von 349 Vollzeitstellen für Ärzte 73 unbesetzt waren. Wie eine parlamentarische Anfrage des gesundheitspolitischen Sprechers der AfD-Fraktion, Herbert Mohr, aus dem Februar 2018 zutage förderte, waren einige Bezirke wegen des Personalmangels sogar gezwungen, sich bei ihrer Arbeit nur noch auf Kernaufgaben zu konzentrieren.

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg berichtet etwa: „Es können grundsätzlich nur die dringlichsten Fälle bearbeitet werden. In bestimmten Fachbereichen wie dem Infektionsschutz besteht ein permanentes Vollzugsdefizit bezüglich der Begehungen medizinischer Einrichtungen.“ Der Bezirk Pankow meldete sogar: „Im Übrigen wird die Wahrnehmung gesetzlich vorgegebener Aufgaben auf das Mindestmaß reduziert.“

Angesichts solcher Zustände fordert Gesundheitspolitiker Mohr eine deutliche Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Dieser sei ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und müsse „deutlich gestärkt werden, um den Anforderungen der öffentlichen Gesundheit in Zeiten der Globalisierung gerecht zu werden“, so Mohr gegenüber der PAZ.

Krasses Defizit bei Infektionsschutz

Im Kontrast zur Mangelverwaltung bei den Gesundheitsämtern steht die Fülle von Aufgaben: Die Ämter sind für die Reihenuntersuchung von Kindern in Kitas und Schulen und auch für die Betreuung psychisch auffälliger Kinder zuständig. Zudem sollen sie die Hygiene in Krankenhäusern und Asylunterkünften überwachen. Treten ansteckende Krankheiten



Gerät stammt teilweise aus den 80er Jahren: Berliner Feuerwehrleute bei einer Einsatzvorführung Foto: imago images/Seeliger

auf, dann kommt den örtlichen Gesundheitsämtern eine besonders wichtige Rolle zu. Die Ämter müssen dann die Fälle erfassen und auch die Ursachen und Ausbreitungswege ermitteln. Zur Abwendung von Gefahren dürfen die Ämter auch Quarantänen anordnen.

Mit massiven Personalproblemen in den Gesundheitsämtern haben indessen nicht nur einige Berliner Bezirke zu kämpfen. Ute Teichert, die Vorsitzende des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, bezeichnet den Personalmangel in den Ämtern als ein bundesweites Problem. Als entscheidender Faktor wird immer wieder die Bezahlung genannt: Mediziner, die im öffentlichen Gesundheitsdienst angestellt sind, verdienen im Vergleich zu Krankenhausärzten bis zu 1500 Euro brutto weniger im Monat. Vor diesem Hintergrund schätzt Teicherts Verband, dass in den vergangenen 20 Jahren bun-

desweit die Zahl der Mediziner in den Gesundheitsämtern um ein Drittel zurückgegangen ist.

In Berlin wird sichtbar, dass nicht nur bei der öffentlichen Gesundheitsvorsorge erheblicher Nachholbedarf besteht. Prekär ist die Lage auch im gesamten Bereich des Katastrophenschutzes.

Von der Politik stark vernachlässigt

Erst vergangenes Jahr haben Hilfsorganisationen mit einer „Rostlauben“-Demo vor dem Berliner Abgeordnetenhaus auf die „prekäre finanzielle Ausstattung des Berliner Katastrophenschutzes“ aufmerksam gemacht. Um den Politikern zu zeigen, wie veraltet beispielsweise der Fuhrpark des Katastrophenschutzes in Berlin ist, fuhren vor dem Landesparlament zum Teil hochbetagte Einsatzfahrzeuge vor. Der älteste Wagen stammte aus dem Jahr 1985, andere Fahrzeuge zum Verletzten-transport wurden in den 90er Jahren an-

geschafft und müssen bald ausgemustert werden. Tatsächlich drängt sich gerade am Beispiel Berlins der Verdacht auf, dass der gesamte Bereich der öffentlichen Gesundheitsvorsorge und des Katastrophenschutzes von der Politik jahrelang unterfinanziert wurde. Gerade weil dieses Versorgungssystem nicht ständig im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht, liegt die Versuchung nahe, hier den Rotstift anzusetzen, wenn gespart werden muss.

Auch Mitarbeiter der Berliner Innenverwaltung sehen bei der Katastrophenschutzvorsorge des Landes das Jahr 2002 als wichtigen Einschnitt an. Das Motto der damals regierenden rot-roten Landesregierung war: „Sparen, bis es quietscht.“ Das seinerzeit ausgegebene Ziel, den Schuldenberg wenigstens etwas abzubauen, haben SPD und Linkspartei allerdings verfehlt. Die langfristigen Folgen der roten Sparpolitik sind in Berlin allerdings bis heute vielerorts bemerkbar.

„KAMPF GEGEN RECHTS“

Senat finanziert „bedrohte Demokratieprojekte“

44 Prozent mehr Geld: Wo sich der Bund zurückzieht, will das Land Berlin einspringen

Das Land Berlin will „zivilgesellschaftliche Projekte“, die bislang vom Bund getragen wurden, aber von dort nicht mehr finanziert werden, teilweise „retten“. Anfang 2020 werden 60 von etwa 100 Berliner Projekten nicht mehr aus Bundesmitteln gefördert. Berlin finanziert nunmehr neun von den 60 Projekten, die der rot-rot-grüne Senat offenbar für besonders wichtig hält.

Das Projekt „KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen“ beschäftigt sich beispielsweise mit angeblich problematischen Kinderliedern wie „Bruder Jacob“, „C-A-F-F-E-E“ oder „Drei Chinesen mit dem Kontrabass“. Wenn es nicht möglich sei, diese Lieder aus den Kindergärten zu verbannen, müssten sie eben umgedichtet werden, lautet die Devise von „KiDs“.

Auch das Lied „Alle Kinder lernen lesen“ vermittele rassistische Bilder. Selbst Weihnachten, Advent und ähnliche Feste in den Kindergärten seien „problematisch“. Eren Ünal von der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung verteidigt die Aktivitäten von „KiDs“ entschieden: „Wir haben viel Zuspruch für unseren Ansatz erhalten, Kinder aktiv vor Rassismus zu schützen indem wir sie direkt beraten und unterstützen.“ Gerade junge Kinder im Kita- und Grundschulalter seien keineswegs zu jung für Beratung. Der Bund wollte KiDs nicht mehr finanzieren – das tut nun das Land Berlin.

Weihnachten sei „problematisch“

Eines der vielen Unterprojekte der von der früheren Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane

gegründeten „Amadeu-Antonio-Stiftung“ nennt sich „Civit.net“. Es versuchte, die 14- bis 24-Jährigen zu erreichen und warnt vor „Rechtspopulisten und Einzelpersonen“ in den sozialen Netzwerken. „Sie müssten lernen sich gegen Attacken des digitalen Mobs zur Wehr zu setzen.“

Berlin finanziert bereits jetzt zahlreiche Landesprojekte „gegen Rechts“ mit 5,2 Millionen Euro jährlich. Dieses Engagement soll deutlich ausgebaut werden. Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne): „Wir haben zwei Schippen draufgelegt.“ Künftig wendet Berlin 7,5 Millionen Euro für diese Aufgaben auf, eine Steigerung um satte 44 Prozent. Behrendt weiter: „Aus den sozialen Netzwerken ist eine Kloake des Hasses geworden.“ Timo Reinfrank von der „Amadeu-Antonio-Stif-

tung“ assistiert: Dass der Förderschwerpunkt Hass im Netz bei „Demokratie leben“ weggefallen ist, halte er für einen „großen Fehler“.

Kampagnen gegen alles Nichtlinke

Kritiker sehen in den finanziellen Bemühungen eher eine verdeckte Parteienfinanzierung zulasten der AfD, aber letztlich auch der beiden anderen bürgerlichen Parteien FDP und CDU. Insbesondere die Indoktrination von Kita-Kindern erinnere stark an die DDR und die Zeit des Nationalsozialismus.

Um die weiterlaufenden Bundesprogramme dauerhaft zu finanzieren, strebt Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) ein Bundesgesetz an, dass den Geldfluss verstetigen soll. Frank Bückner

● KOLUMNE

Corona-Chaos

VON VERA LENGSELD

Die globale Corona-Hysterie hat in der rot-rot-grünen Hauptstadt noch eine ganz besondere Note: Sie legt die absolute Unfähigkeit der Politik und die Scheu, selbstständig zu handeln und Verantwortung zu übernehmen, offen. Außerdem wirft sie ein Schlaglicht auf die herrschende Moral in einer Stadt, die für ihre demonstrative Hypermoralität bekannt ist.

Vergangenen Sonnabend waren die Regale meiner lokalen Kaufhalle teilweise gähnend leer. Praktisch waren nur noch die hochpreisigen Bio- und veganen Produkte zu haben, alles andere ausverkauft. Auf der Jagd nach Medikamenten aller Art und Desinfektionsmitteln und vor allem Atemschutzmasken waren die umliegenden Apotheken leergefegt. Im örtlichen Krankenhaus sind Desinfektionsmittel, Einmalhandschuhe und Atemschutzmasken gestohlen worden. Viele Berliner Krankenhäuser meldeten ähnliche Verluste.

Schon mit dem ersten Corona-Verdachtsfall war das Gesundheitssystem der Hauptstadt überfordert. Der „Tagesspiegel“ berichtete von einem Notfallsanitäter, einem Mann also, der die höchste nicht-ärztliche medizinische Ausbildung hat. Er war in Venedig und in Köln zum Karneval. Als er erkrankte, wollte er sichergehen, dass er nicht mit dem Corona-Virus infiziert war. Nach mehreren Telefonaten seines Hausarztes mit dem Gesundheitsamt wurde er ins Unfallkrankenhaus Marzahn eingeliefert. Dort wurde ein Virustest abgelehnt, weil der Mann nicht im Hochrisikogebiet gewesen sei.

Er fuhr deshalb zur Charité, wo ein Abstrich genommen wurde. Ihm wurde nahegelegt, sich selbst unter Quarantäne zu stellen, bis das Ergebnis des Tests in etwa vier bis acht Stunden vorliege. Es dauerte aber zwei Tage, denn die am Freitag nach 13 Uhr eingegangenen Proben seien bis Samstag 13 Uhr gesammelt und erst dann zum Labor geschickt worden. So viel Schlamperie macht sprachlos und zeigt das totale Versagen unserer angeblich so zuverlässigen medizinischen Versorgung im Notfall. Inzwischen steigt die Zahl der Infizierten rasant, denn in den Krankenhäusern sitzen Infizierte stundenlang neben Nichtinfizierten. Der wahre Notfall hat noch nicht begonnen.

● MELDUNG

Neuer Rekord im Tourismus

Potsdam – Brandenburgs Tourismusbranche konnte 2019 neue Bestwerte erzielen. Laut Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) buchten mehr als 5,2 Millionen Gäste fast 14 Millionen Übernachtungen in der Mark – zum Vorjahr eine Zunahme um 3,5 Prozent bei der Gästezahl und ein Plus von 3,2 Prozent bei den Übernachtungen. Der Umsatz der Branche stieg sogar um 5,2 Prozent an. Besonders viele Gäste zogen der Spreewald, die seereiche Oder-Spree-Region und Potsdam an. Laut Steinbach war 2019 auch der Campingurlaub „eine unserer tragenden touristischen Säulen“. Laut der Jahresbilanz dominieren beim Brandenburg-Tourismus Gäste aus Deutschland. Lediglich 8,9 Prozent der Besucher kamen aus dem Ausland. Dort ist die Mark insbesondere bei Polen, Niederländern und Chinesen beliebt. N.H.

MELDUNGEN

Schon bislang auf EU-Kosten

Brüssel/Ankara – Die Migranten, die sich an der griechisch-türkischen Grenze mehr oder weniger friedlich um Einlass in die EU bemühen, haben offenkundig zu großen Teilen auch schon in der Vergangenheit auf Kosten der EU gelebt. So berichtete Gerald Knaus, der Initiator des sogenannten Flüchtlingsdeals der EU mit der Türkei, dass auf Kosten der EU in der Türkei zurzeit 680000 syrische Kinder zur Schule gehen, mehr als drei Millionen Syrer das dortige Gesundheitssystem nutzen und 1,7 Millionen Menschen jeden Monat Transferleistungen erhalten. *M.R.*

Ausgaben für Facebook

Menlo Park, Kalifornien – Es gibt offenbar keinen direkten Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Facebook-Werbung und dem Erfolg im Vorwahlkampf der US-Demokraten. So haben Michael Bloomberg, Tom Steyer und Pete Buttigieg, die bereits aus dem Rennen ausgeschieden sind, mit 35,1, 3,02 und 1,53 Millionen US-Dollar im Zeitraum vom 30. Januar bis zum 28. Februar mehr für diesen Zweck ausgegeben als der gegenwärtige Favorit Joe Biden, der sich diese Art der Werbung 660000 Dollar kosten ließ. Bernie Sanders gab 3,12 und Elisabeth Warren 1,12 Millionen Dollar aus. *M.R.*

Corona: Hat Peking gelogen?

Tsingtau – In die Erfolgsmeldungen der chinesischen Führung über stark zurückgehende Neuinfektionen mit dem Coronavirus mischen sich Zweifel. Wie die „Epoch Times“ berichtet, sollen in der Provinz Shandong, zu der auch die frühere deutsche Kolonie Kiautschau gehört hat, Beamte aufgefordert worden sein, Datensätze zum Verlauf der Corona-Pandemie in ihrem Zuständigkeitsbereich zu löschen. Die Zeitung behauptet, entsprechende vertrauliche interne Dokumente erhalten zu haben. Mitarbeiter, die Zugang zu entsprechenden Daten hatten, mussten demnach Verpflichtungserklärungen unterzeichnen, „relevante Dokumente von ihren Laptops, Computern, Smartphones, externen Laufwerken usw. zu löschen“. Auch Screenshots seien zu vernichten. Die „Epoch Times“ hatte zuvor bereits berichtet, dass das chinesische „Zentrum für Krankheitskontrolle und -prävention“ (CDC) interne Datensätze zusammengestellt hat, etwa zur Zahl neuer positiver Corona-Diagnosen. Im Februar hätten diese Zahlen für Shandong zwischen 1,36- und 52-mal höher gelegen als die offiziellen Zahlen der Gesundheitsbehörde der Provinz. Die PAZ (08/2020, 21. Februar) hatte bereits vor Wochen Zweifel an Pekings Zahlen geäußert. Hierbei stütze sich diese Zeitung indes allein auf die mangelnde Plausibilität der Daten, welche die kommunistische Führung der Volksrepublik an die Öffentlichkeit brachte. Die Recherchen der „Epoch Times“ erhärten den damals geäußerten Verdacht der PAZ nun mit offenbar harten Fakten. Das Organ berichtet auch davon, dass viele Schwerkranke nicht behandelt würden wegen Überlastung der Krankenhäuser. *H.H.*



Auf dem Weg in die militärische Sackgasse – nun sollen EU und NATO nolens volens zur Hilfe eilen: Türkisches Militär in Syrien

Foto: action press

TÜRKEI

Erdogans Erpressungsversuch

Für eine Linderung des Immigrationsdrucks soll der Westen den Angriffskrieg gegen Syrien unterstützen

VON BODO BOST

Auf den Tod von 33 seiner Invasionssoldaten in Syrien reagierte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan mit einer Erhöhung des Engagements in seinem Angriffskrieg gegen den Nachbarn. Um dafür die Unterstützung der NATO zu bekommen, ließ die türkische Regierung aus Syrien eingereiste Immigranten in Richtung der griechischen EU-Grenze transportieren, in der Hoffnung, damit die Europäer und die NATO zum Eingreifen zwingen zu können. Die Migranten aus aller muslimischen Herren Länder – nur die wenigsten sind aus Syrien – sind Erdogans letzte Waffe gegen seine europäischen NATO-Partner. Das Vorgehen der Türkei, Migranten als Waffe einzusetzen, ist ein völkerrechtswidriger Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität der EU-Staaten.

Erpressbar durch „Flüchtlingsdeal“

Militärisch ist Erdoğan in einer Sackgasse. Eine Mitschuld an dem Erpressungsversuch tragen jedoch auch die nun erpressen europäischen Staaten, die sich von dem türkischen Despoten mit dem sogenannten Flüchtlingsdeal vor vier Jahren in eine

fatale Abhängigkeit manövrieren ließen. Im Rahmen dieses Deals gab man Erdoğan viel Geld und hielt auch still, als er in Nordsyrien und Libyen einmarschierte, um zu alter Größe aus Zeiten des Osmanischen Reiches zu gelangen. Die EU wurde so von den Launen eines Despoten abhängig und erpressbar. Griechenland hat derweil das Asylrecht für einen Monat ausgesetzt.

Militärisch hat sich Erdoğan mit seinen Interventionen in Syrien in eine Sackgasse manövriert. Mit jedem weiteren getöteten türkischen Soldaten wird der Gesichtswert in der eigenen Bevölkerung größer. Die Türkei hat mit radikalen Moslems und dem Islamischen Staat (IS) im Schlepptau zuerst die bis dahin friedliche syrische Kurdenprovinz Afrin überfallen. Dann stationierte Erdoğan in der Rebellprovinz Idlib türkische Militäreinheiten. Zuletzt unternahm seine Invasionstruppen den Versuch, die autonome Kurdenregion in Nordsyrien zu überrollen. All diese Einsätze waren weder mit den NATO-Verbündeten abgesprochen, noch entsprachen sie dem Völkerrecht.

Den mit Russen und Iranern für die syrische Provinz Idlib in Astana vereinbarten Waffenstillstand konnte Erdoğan nicht einhalten, weil sich radikale Moslems und

der IS auch aus Ankara nichts sagen lassen wollen. Die syrisch-russische Allianz trat daher Anfang des Jahres an, die von radikalen Moslems kontrollierte Provinz Idlib zurückzuerobern. Nachdem die syrischen Truppen die Hälfte der Provinz zurückgewonnen hatten, stoppte der syrische Vormarsch über Saraqib nach Idlib. Daraufhin erfolgte der erwartete syrisch-russische Schlag gegen die in Syrien stationierten Türken, der zu den 33 toten türkischen Soldaten führte.

Erdogan und seine neo-osmanische Machtclique ahnen, dass sie den Krieg in Syrien gegen Russland nicht gewinnen können. Deshalb setzt er nun auf die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und die NATO, für die er sonst nur Verachtung

überbringt. Die NATO müsse an der Seite der Türkei in den Krieg eingreifen – sie sei dazu verpflichtet, meint Erdoğan, ungeachtet der Tatsache, dass es sich beim Nordatlantiktakt gemäß dem Bündnisvertrag um ein Verteidigungs- und nicht um ein Angriffsbündnis handelt. Auch die EU müsse an der Seite der Türkei eingreifen, Russland und Syrien dazu zwingen, die in Astana ausgehandelte Demarkationslinie anzuerkennen und sich aus Idlib zurückzuziehen. Vom Astana-Prozess hatte Erdoğan NATO und EU vorsätzlich ausgeschlossen, weil er meinte, Russen und Irans Mullahs seien vertrauenswürdiger und mächtiger. Es gibt keinen einzigen völkerrechtlich legitimen Grund, weshalb EU und NATO dem radikal-islamischen Hasardeur aus Ankara nun zur Hilfe eilen sollten. Erdoğan hat sich und seine Türkei vorsätzlich in diese Situation gebracht.

Die einzig friedliche Lösung des Krieges wäre, dass Erdoğan seine Truppen umgehend aus Syrien zurückzieht. Wenn er wollte, könnte er beim Rückzug die mit ihm verbündeten Muslimbrüder und islamischen Terroristen mitnehmen, um sie dann, wie bereits praktiziert, in Libyen einzusetzen. Syrer und Russen würden einem solchen Abzug nicht im Wege stehen.

Den Opfern der türkischen Aggression fehlt ein vergleichbares Erpressungspotenzial

IRAN

Großayatollah empfiehlt Suren gegen Coronaviren

Der Mullah-Staat spielt bei der Ausbreitung der Krankheit eine unsägliche Rolle

Teheran wird von den USA und der British Broadcasting Corporation (BBC) beschuldigt, das Ausmaß der Epidemie im Iran verheimlicht zu haben. Laut dem US-Außenminister Mike Pompeo haben die iranischen Behörden „wertvolle Details verborgen“. Irans Präsident Hassan Rohani beschuldigte im Gegenzug die USA ein weiteres Virus, das der „extremen Angst“, über den Iran verbreiten zu wollen.

Schon mit den 237 bislang öffentlich gemachten Todesfällen (Stand 10. März) hat das Coronavirus im Iran die zweithöchste Corona-Sterberate weltweit. Die BBC sprach unlängst allerdings schon von Hunderten von Corona-Toten mehr im

Iran als offiziell zugegeben. Damit läge das Land womöglich noch vor China bei der Sterberate im Vergleich zur Größe der Bevölkerung.

Eine Pilgerstadt ist das Epizentrum

Angesichts dessen, dass der Iran keine gemeinsame Grenze mit China hat, stellt sich die Frage nach den Gründen der hohen Ansteckungsrate. Einer könnten die intensiven wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder seit der Wiedereinführung der US-Sanktionen vor drei Jahren sein, die unter anderem dazu geführt haben, dass der Iran als eines der letzten Länder seine Flugverbindungen mit China abgebrochen hat.

Ausgebrochen ist die Krankheit im Iran in der heiligen Stadt Ghom. Ghom ist nicht nur das Epizentrum der Epidemie im Iran, sondern auch eine Pilgerstadt, deren zahlreiche Moscheen bis heute geöffnet sind. Vergebens hatte sogar Ghoms Abgeordneter in der Nationalversammlung, Amir Abadi, tagelang darum gebeten, die heilige Stadt, in der sich täglich Tausende von Schiiten aus dem gesamten Nahen Osten treffen, unter Quarantäne zu stellen.

Mit dem Koran gegen Corona

Anders dagegen der Freitagsprediger von Ghom, Mohammad Saidi. Dieser meinte, dass die Feinde Irans Ghom als eine unsä-

gere Stadt darstellen wollten. Gerade Moscheen würden körperlich und psychisch Kranke gesund machen. Deshalb müssten gerade jetzt die Menschen in die Moschee kommen. Bislang hat keine wichtige religiöse Instanz den Gang zu den Moscheen untersagt. Der Leiter der islamisch-theologischen Hochschule in Ghom, Großayatollah Hossein Vahid Chorasani, empfahl gar, die Krankheit mit Koransuren zu bekämpfen. So haben sich vom Iran aus via islamischem Pilgerstrom Bewohner fast aller anderen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens mit dem Virus angesteckt, vor allem jedoch die Bürger mehrheitlich schiitischer Staaten. *B.B.*

VON NORMAN HANERT

Wegen der anhaltenden Ausbreitung des neuartigen Coronavirus warnen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vor negativen Folgen für die Weltwirtschaft. Besonders schwer trifft es wie bei den befallenen Patienten auch bei den Großunternehmen jene, die bereits vorgeschädigt sind. Ein Beispiel ist der Stahlkonzern Thyssenkrupp. Das angeschlagene Unternehmen konnte Ende Februar den erfolgreichen Abschluss eines Kaufvertrags für seine Aufzugssparte melden. Thyssenkrupp ist es gelungen, mit einem aus dem US-Investor Advent, der britische Beteiligungsgesellschaft Cinven und der Essener RAG-Stiftung bestehenden Käuferkonsortium einen beachtlichen Preis auszuhandeln. Die Käufer zahlen an den Essener Konzern 17,2 Milliarden Euro. Das Geld soll in die Umstrukturierung wie die Schuldentilgung fließen und nach Angaben des Unternehmens auch einen Teil der Pensionsverpflichtungen finanzieren. Trotz der Erfolgsmeldung strafen Anleger das Essener Unternehmen ab. Der Aktienkurs von Thyssenkrupp rutschte auf einen historischen Tiefststand. Nach dem Kursverfall hielt es der Thyssenkrupp-Finanzchef Johannes Dietsch offenbar für angebracht, bei den Mitarbeitern um Vertrauen zu werben: „Ich bin fest davon überzeugt, dass Thyssenkrupp eine gute Zukunft hat, auch ohne das Aufzugsgeschäft“, schrieb der Manager an die Mitarbeiter.

Vorgeschädigte sind gefährdeter

Der Konzern, einst aus den deutschen Traditionsunternehmen Krupp, Hoesch und Thyssen hervorgegangen, ist durch hohe Verluste, Schulden und Pensionslasten massiv angeschlagen. Das Essener Unternehmen hat zuletzt nur noch mit Industriekomponenten und dem Werkstoffhandel Geld verdient. Das nun verkaufte Aufzugsgeschäft war die eigentliche Ertragsperle des Konzerns. Der Anlagenbau und die Stahlerzeugung schrieben dagegen Verluste.

Thyssenkrupp ist nicht das einzige deutsche Traditionsunternehmen, das in den letzten Jahren in eine schwierige Lage geraten ist. Die Deutsche Bank und die Commerzbank sind nur noch Schatten ihrer selbst. Auch Siemens war vor 20 Jahren noch eine globale Supermacht, wenn es um Telekommunikationstechnik ging. Bei der aktuellen Diskussion, wer die Technik für den Aufbau des neuen 5G-Mobilfunknetzes liefern soll, spielt der Münchner Konzern aber keine Rolle mehr.



Arg mitgenommen: Thyssenkrupp

Foto: pa

DEUTSCHLANDS GROSSKONZERNE

Anschluss verpasst

Die Coronavirus-bedingte Eintrübung der Wirtschaftsaussichten trifft diverse Großunternehmen in einer ohnehin schon schwierigen Lage

Auch in den Vereinigten Staaten ist eine ähnliche Entwicklung bei großen Traditionsunternehmen zu konstatieren. General Motors, bis 2007 nach Verkaufszahlen immerhin der weltgrößte Automobilhersteller, rutschte 2009 in die Insolvenz und war zeitweise sogar verstaatlicht. Die großen Fluggesellschaften American Airlines, Delta, United und Continental Airlines haben in den USA mittlerweile alle irgendwann Insolvenzverfahren durchlaufen. Derzeit häuft der Siemens-Rivale General Electric Milliardenverluste an und gilt als Sanierungsfall.

Unterschiede zu den USA

Deutliche Unterschiede zwischen Deutschland und den USA werden jedoch im internationalen Vergleich der Börsenkaptalisierung von Großunternehmen deutlich. In der Liste der 100 wertvollsten Unternehmen der Welt haben die großen Ölmultis ihre früheren Spitzenstellungen zwar an Technologieunternehmen und

Internetgiganten verloren, dominiert wird die Liste aber immer noch von US-Unternehmen. Ende des vergangenen Jahres rangierten allerdings nur noch zwei deutsche Konzerne, nämlich Siemens und SAP, unter den ersten 100. Im Jahr 2017 konnten sich immerhin noch sechs deutsche Firmen in der Liga der Top 100 platzieren.

Deutlich wird an dieser Entwicklung, dass es dem Wirtschaftssystem der USA

„Das Internet ist für uns alle Neuland“

Angela Merkel
am 19. Juni 2013 auf einer
Pressekonferenz mit dem
damaligen US-Präsidenten Barack
Obama

wesentlich besser gelungen ist, den schleichenden Bedeutungsverlust der alten Industrien durch den Aufstieg von Unternehmen wie Apple, Facebook, Ebay, Amazon oder der Google-Mutter Alphabet aufzufangen. Die große Stärke des deutschen Wirtschaftssystems sind nach wie vor die vielen „Hidden Champions“, die exportstarken Mittelständler, die mit ihren Spezialprodukten Weltmarktführer sind. Die deutsche Politik muss sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Bedeutung des Internets und der Digitalisierung der Wirtschaft lange unterschätzt und die Entwicklung verschlafen habe. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte noch im Jahr 2013, das „Internet ist für uns alle Neuland.“ Zu diesem Zeitpunkt waren US-Unternehmen wie Amazon und Facebook längst zu globalen Marktführern herangewachsen. Inzwischen ist ihre Marktmacht so groß, dass in den Vereinigten Staaten bereits ernsthaft über ihre Zerschlagung diskutiert wird.

CORONA

Wer die Gewinner sind und wer die Verlierer

Abgesehen von einzelnen Branchen warnen Analysten vor weiter einbrechenden Aktienkursen

Wie jede Krise kennt auch die durch das Coronavirus ausgelöste Gewinner und Verlierer. Auf der Seite der Profiteure stehen derzeit die Lebensmittel- und Drogeriemärkte. Denn seit einigen Tagen kaufen die Kunden hier die Regale leer und schleppen alles nach Hause, was scheinbar der Daseinsvorsorge in Zeiten einer Pandemie zu dienen vermag: Wasserflaschen, Kloppapier, Nudeln, Mehl, Reis, Babynahrung, Konserven jedweder Art, bis hin zum vorher fast völlig ignorierten Dosenbrot, Seife, Desinfektionsmittel und natürlich Mundschutzmasken in jedweder Ausführung. Allerdings verlangt der Handel – noch – keine Wucherpreise dafür. Anders dahingegen dubiose Geschäftemacher im Internet. Eine Liter-Flasche des Desinfektions-

mittels Sterillium kann bei denen schon mal 300 Euro kosten. Normal waren bis vor Kurzem um die 20 Euro. Genauso unverschämte agieren die Anbieter beim Atemschutz. Der Listenpreis für eine 20er-Packung hochwertiger Masken des Herstellers Farstar Medical beträgt 51 Euro. Angeboten werden nun im Internet Partien von jeweils zehn Stück für 389,99 Euro.

Fälle von Wucher im Internet

Weitere Corona-Gewinner sind Unternehmen der Pharmabranche, vor allem die in China. So schnellen aktuell die Aktienkurse von Shandong Lukang Pharma, Zhende Medical, Jiangsu Nanfang Medical und Shanghai Shenqi Pharmaceutical in

die Höhe. Gleiches gilt für den US-Impfstoffhersteller Novavax und den kanadischen Großproduzenten von Atemschutzmasken Alpha Pro Tech. Ein dickes Plus verbuchte auch Ecolab, bekannt als weltweiter operierender Anbieter im Bereich der professionellen Reinigung und Hygiene.

Auf der Seite der Verlierer stehen dahingegen Unternehmen, die ihr Geld dadurch verdienen, dass Menschen reisen, in Kaufhäusern „shoppen“ gehen und Massenveranstaltungen besuchen. Beispielsweise muss aktuell ein Fünftel der Luftflanz-Flotte mangels Nachfrage am Boden bleiben, was kräftig auf den Gewinn drückt. Weltweit büßten Aktiengesellschaften allein in der letzten Februarwoche fünf Billionen US-Dollar an Börsenwert ein. Der

US-amerikanische Ökonom Nouriel Roubini vertritt inzwischen die Ansicht, dass die Aktienmärkte in diesem Jahr wegen der Coronakrise um insgesamt 30 bis 40 Prozent einbrechen werden. Passend dazu prophezeite das „Wallstreet Journal“ Ende Februar ein wirtschaftliches „Blutbad“.

Am allerschlimmsten trifft das Virus jedoch – abgesehen von den direkt damit Infizierten – Menschen mit einem geschwächten Immunsystem. Denn denen fehlen nun plötzlich die dringend benötigten Desinfektionsmittel und Schutzmasken, weil diese von Gesunden in Panik gehortet werden. Das dürfte für so manchen chronisch Kranken tödlich enden, auch ganz ohne Coronainfektion.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Wartungslinie in Dahlewitz

Braunschweig – Das Luftfahrtbundesamt hat dem Triebwerkshersteller Rolls-Royce die Genehmigung erteilt, an seinem Standort im brandenburgischen Dahlewitz, Landkreis Teltow-Fläming, eine neue Wartungslinie in Betrieb zu nehmen. Der britische Technologiekonzern will in Dahlewitz Triebwerke des Modells Trent 1000 warten, das für die Boeing 787 „Dreamliner“ entwickelt wurde. Weltweit sind 5000 dieser Triebwerke für Großraumflugzeuge im Einsatz. Bereits mittelfristig soll die Zahl auf 6500 Triebwerke wachsen. Rolls-Royce hat an seinem Standort südlich von Berlin bereits ein Kompetenzzentrum für Zwei-Wellen-Triebwerke und auch ein Montagezentrum für Antriebe vom Typ Trent XWB angesiedelt. Das Werk im Land Brandenburg beschäftigt mittlerweile mehr als 3000 Mitarbeiter. Für die neue Wartungslinie für das „Dreamliner“-Triebwerk stellt das Unternehmen derzeit mehr als 250 zusätzliche Triebwerksmechaniker ein. N.H.

Geldgeschenk für alle Bürger

Hongkong – Die Regierung in Hongkong will jedem Erwachsenen mit festem Wohnsitz in der Sonderverwaltungszone, einmalig 10000 Hongkong-Dollar, umgerechnet etwa 1130 Euro, schenken. Laut der „South China Morning Post“ begründete Hongkongs Finanzminister Paul Chan die Zahlung mit den Worten, es müssten „entscheidende Maßnahmen“ ergriffen werden, um die wirtschaftlichen Probleme der Stadt anzugehen. Bereits vergangenes Jahr hatte Hongkongs Wirtschaft unter den Auswirkungen einer monatelangen Massenprotestbewegung zu leiden. Inzwischen ist die Stadt stark von den Folgen der Coronavirus-Epidemie betroffen. Die geplanten Geldgeschenke an die Bürger gehen in Richtung des Konzepts vom sogenannten Helikoptergeld, das einige Ökonomen schon längere Zeit diskutierten. Im vergangenen Jahr hatte auch die Brüsseler Denkfabrik Bruegel der EZB-Präsidentin Christine Lagarde empfohlen, über „Helikoptergeld“ nachzudenken, wenn es die Wirtschaftslage erfordere. N.H.

Post scheitert mit Scootern

Bonn – Die Deutsche Post hat angekündigt, die Produktion von Elektro-Lieferwagen bei ihrer Tochter Streetscooter noch im Laufe dieses Jahr einzustellen. Wie der Konzern mitteilte, sollen bereits bestellte Fahrzeuge noch produziert und bis in das kommende Jahr ausgeliefert werden, allerdings werden keine Neubestellungen entgegengenommen. Weiter teilte das Unternehmen mit, dass auch die Suche nach einem Käufer für die Elektroauto-Sparte nicht mehr weiterverfolgt wird. Die Pläne der Post sehen vor, die Konzerntochter Streetscooter nicht abzuwickeln, sondern als reinen Betreiber der Bestandsflotte an elektrischen Zustellfahrzeugen zu behalten. Streetscooter hat in Deutschland zwei eigene Werke in Aachen und Düren. Zudem lässt das Unternehmen auch E-Transporter bei Ford in Köln produzieren. Allein im vergangenen Jahr hat Streetscooter etwa 100 Millionen Euro an Verlust eingefahren. N.H.

KOMMENTARE

Ein Gespenst taucht auf

HARALD TEWS

Man stelle sich vor, irgendjemand käme auf die Idee, ein Hindenburg-Denkmal zu errichten. Ein Riesenaufschrei ginge durch das Land. In Zeiten geradezu hysterischer Bilderstürmerei, da historische Persönlichkeiten daraufhin abgeklopft werden, was sie vor Urzeiten gesagt, geschrieben oder getan haben, ist niemand mehr vor Anfeindungen sicher.

Straßen und Plätze von preußischen Generälen werden umbenannt, der Kieker Tirpitzhafen wird bald „Oskar-Kusch-Hafen“ heißen (nach einem regimekritischen und zum Tode verurteilten U-Boot Kommandanten im Zweiten Weltkrieg), und wer sich noch traut, in einer Richard-Wagner-Straße zu wohnen, macht sich allein deshalb schon des Antisemitismus verdächtig.

Dafür tauchen die alten sozialistischen Gespenster wieder auf, die man eigentlich seit 1989 für ausgetrieben hielt. In Gelsenkirchen darf ein Lenin-Denkmal errichtet werden – und keinen regt es so richtig auf. Wenigstens die Stadtverwaltung hat versucht, das

Shandmal auf juristischem Weg verbieten zu lassen. Vergebens: Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat eine von der Stadt erlassene Verfügung gegen die Aufstellung der Leninbronze für unzulässig erklärt.

Geklagt hatte eine Partei, von der viele dachten, dass sich längst das Totentuch der Geschichte über sie ausgebreitet hätte: die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD). Die Steinzeitsozialisten werden offenbar durch Spenden so erfolgreich am Leben gehalten, dass sie sich als Parteizentrale ein denkmalgeschütztes, ehemaliges Sparkassengebäude in Gelsenkirchen leisten können.

Laut Gericht beeinträchtigt ein zwei Meter hohes Lenin-Denkmal nicht die Sicht auf das Haus und verstößt somit nicht gegen das Denkmalschutzgesetz. Das Urteil wird besonders jene schmerzen, die nach dem Fall der Mauer in mitteleuropäischen Städten die Lenin-Köpfe von den Denkmälern rollen ließen. Wenn jetzt Lenin, Marx und Co. wieder auftauchen, ist für so manchen der Gedanke an eine DDR 2.0 nicht fern.

Unworte zum Sonntag

RENÉ NEHRING

„Wir müssen die Parlamente stürmen, in denen Neofaschisten sitzen und uns in Schreckstarre verfallen lassen genauso wie das Corona-Virus ... Mit Verlaub: Ich könnte kotzen!“ Mit diesen und anderen drastischen Worten äußerte sich am vergangenen Sonnabend Pastorin Annette Behnken in der ARD-Sendung „Das Wort zum Sonntag“ zur prekären Situation der Migranten an der griechisch-türkischen Grenze.

Ganz abgesehen davon, dass Deutschland seit Jahrzehnten von demokratischen Parteien regiert wird und allenfalls diese Schuld an den Zuständen vor Ort haben können, ist der Aufruf zum Sturm auf gewählte Parlamente – vor einem Millionenpublikum im öffentlich-rechtlichen Fernsehen – eine unglaubliche, nie dagewesene Entgleisung.

Nur zur Klarstellung: Niemand muss diejenigen mögen, die für Pastorin Behnken „Faschisten“ sind (wenngleich schon dieser Begriff eine Zumutung ist; denn eine wahre faschistische Partei würde in diesem Lande zurecht verbo-

ten). Doch woher nimmt Frau Behnken das Recht, all jene jagen zu wollen, deren politische Ansichten sie nicht teilt?

Demokratie lebt davon, dass die Bürger die freie Wahl haben, von wem sie sich vertreten lassen möchten. Der Ort, an dem die gewählten Vertreter zusammenkommen, um über ihre Ansichten und Ziele zu streiten und politische Entscheidungen herbeizuführen, ist das Parlament. Wer hier die Mehrheit hat, bestimmt die Richtung – und hat dennoch die Pflicht, auch die Minderheitsmeinung zu akzeptieren. Nicht zuletzt, weil diese Abgeordneten auch als Minderheit einen Großteil des Volkes repräsentieren.

Wenn Pastorin Behnken also im Namen der Barmherzigkeit dazu aufruft, die Parlamente zu stürmen, dann ruft sie dazu auf, die Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens auszuhebeln. Sie mag vielleicht eine höhere Moral auf ihrer Seite wännen. Mit Demokratie hat das freilich nichts zu tun – mit Jesus Christus, der gerade auch dazu aufrief, die eigenen Feinde zu lieben, übrigens auch nicht.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Erdoğan's Druckmittel: Migranten in der Türkei, die nach Europa im Allgemeinen und in der Regel nach Deutschland im Besonderen weiterwandern wollen
Foto: imago images/ANE Edition

KOLUMNE

Türkische Erpressung

FLORIAN STUMFALL

Der Pakt zwischen der Europäischen Union und der Republik Türkei bezüglich der Asylsucher, die von dort nach Europa drängen, ist gescheitert. Er wurde durch den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan dadurch faktisch außer Kraft gesetzt, dass er verkündete, die Grenze sei für jedermann offen, ohne indes dem Irrtum vorzubeugen, dies gelte für die griechische Seite ebenso wie für die türkische. Erdoğan rundete diese Maßnahme dadurch ab, dass er systematisch Migranten an die Grenze zu Griechenland transportieren ließ – ein Bubenstück, wie man ein solches im allgemeinen Erpressung nennt. Denn so viel scheint offenkundig: Erdogan will von der Europäischen Union mehr Geld.

Aus griechischer Sicht betrachtet stellt sich die Frage, wie man den Ansturm abwehren soll. Denn mit den ersten Migranten, die am Grenzfluss Evros auftauchten, wurde auch die Erinnerung an das Jahr 2015 wach, in dem die unselige Migrationspolitik der deutschen Kanzlerin Angela Merkel zu einer wahren Völkerwanderung geführt hatte.

Dieser Rückblick offenbart auch eine auffällig unehrliche Beurteilung der damaligen Ereignisse durch die deutsche Politik und ihre Medien. Der allgemeine Tenor lautet: Was damals geschehen ist, die Grenzöffnung für jedermann, war rechtens und richtig, darf sich aber nicht wiederholen. Gleichwohl gibt es viele unbeirrte Befürworter einer Grenzöffnung, nicht nur bei den Grünen; und deren Strategie kulminiert in dem Vorwurf, durch eine rigorose Zurückweisung setze Griechenland das Asylrecht außer Kraft, und das sei ein Akt wider die Menschenrechte.

Das Asylrecht gilt nur bedingt

Das macht es notwendig, einen genaueren Blick auf das Asylrecht und seine Beschaffenheit zu werfen. Und hier muss die erste Feststellung lauten: Das Asylrecht ist kein Menschenrecht. Diese sind jedem eigen durch Geburt; es sind dies das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, freie Meinung, Recht auf Eigentum und wenige andere mehr. Diese Rechte gelten unbedingt, das heißt, sie sind von keiner Voraussetzung abhängig, denn sie leiten sich unmittelbar aus der Natur des Menschen her. So jedenfalls die Auffassung der westlichen Philosophie- und Rechtsstradition.

Das Asylrecht aber gilt nur unter bestimmten Voraussetzungen und ist daher bedingt. Sind die Voraussetzungen nicht gegeben – nämlich die gegenwärtige Verfolgung einer bestimmten Person aus unzulässigen Gründen – so besteht kein Anspruch auf Asyl. Wer wegen einer Straftat verfolgt wird, kann sich ebenso wenig auf das Asylrecht berufen wie ein anderer, der sich in Europa ein bequemeres Leben erhofft, als er es zu Hause hat. Ingleichen setzt die Gewährung des Asyls voraus, dass der Petent unmittelbar aus dem Machtbereich kommt, in dem er bedroht wird.

Wieso wollen die Muslime nach Europa, wo sie es doch in die Länder gleichen Glaubens sehr viel näher hätten?

Was nun Deutschland angeht, so ist das Land von lauter Nachbarn umgeben, die als rechtsstaatlich unbedenklich gelten dürfen. Die Frage nach Asyl sollte sich hierzulande daher auf die wenigen Fälle beschränken, in denen ein Asylsuchender per Flug ankommt. Wer, nachdem er schon weitere Länder passiert hat, an der französischen Grenze nach Asyl in Deutschland ansucht, hat dazu ebenso wenig Recht wie einer an der bayerisch-österreichischen. Wo das Asylrecht besteht, bedeutet es Schutz vor Verfolgung, nicht das Recht, sich ein Land seiner Wahl auszusuchen.

Wie aber verhält es sich mit Griechenland und der Türkei? Die deutsche Linke beklagt die griechische Haltung den Migranten gegenüber. Dabei gibt es keinen Anlass, am Charakter der Türkei als einem sicheren Herkunftsland zu zweifeln. Zumindest muss man das zugrunde legen, wenn man die offizielle Politik der EU Ankara gegenüber wertet. Die Türkei befindet sich seit 1996 in einer Zollunion mit der EU und ist seit 1999 als offizieller Beitrittskandidat anerkannt. Zwar hat sich 2016 das EU-Parlament für ein Einfrieren der Beitrittsverhandlungen ausgespro-

chen, aber das ist für die Kommission nicht bindend, und zum Ende dieses Jahres wird die Gemeinschaft an Ankara gegen acht Milliarden Euro an „Heranführungshilfen“ gezahlt haben.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die Politik der EU Ankara gegenüber ist in sich stringent und wohlbegründet, dann sind Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der Türkei nicht erlaubt. Oder aber es bestehen solche Zweifel, dann hätte sich die Politik der EU ad absurdum geführt.

Abwehrschlacht am Evros

Für Griechenland müsste das bedeuten, dass es das Asylbegehren eines in der Türkei verfolgten Türken prüfen müsste. In keinem Fall aber wäre davon die Notwendigkeit abzuleiten, Griechenland müsste ebenso die Ansuchen von Syrern, Irakern, Afghanen und Schwarzafrikanern prüfen, die über die Türkei kommen und dort teilweise über Jahre ein unangefochtenes Leben geführt haben. Familien, die in der Türkei ihre Kinder aus der Schule nehmen, um nach Europa aufzubrechen, können eine Verfolgung ebenso wenig glaubhaft machen wie Asylanten in Deutschland, die in ihren Herkunftsländern Urlaub machen.

Die Abwehrschlacht am Evros hat noch einen weiteren Aspekt. Warum, so lautet die Frage, ziehen die überwiegend mohammedanischen Karawanen alle in Richtung Europa, wo sie es doch in die Länder gleichen Glaubens sehr viel näher hätten? Wieso sehnt sich der verfolgte Iraki nicht nach Saudi-Arabien? Und wieso wird er überhaupt verfolgt, wo doch die USA in zwei blutigen Kriegen und mit einer Unzahl von Bomben dort Demokratie und Freiheit eingerichtet haben? Oder warum geht der Schiit aus Mesopotamien nicht in den Iran, der Afghane nicht in die Emirate, wo er mit der Hilfsbereitschaft seiner Glaubensbrüder sollte rechnen dürfen?

Natürlich: Die missverständene und daher überdehnte Vorstellung von einem Asylrecht für alle weckt Begehrlichkeiten und fördert den massenhaften Missbrauch. Nirgendwo kann man aus den Lasten der Vergangenheit mehr Münzen schlagen als in Europa und in Deutschland gar. Allerdings geht das zu Lasten nicht nur der Europäer und der Deutschen in Sonderheit, sondern auch derer, die tatsächlich ein Recht auf Asyl hätten.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

So sicher wie in Abrahams Schoß

Mehr Platz für den großen Raffael – Dresden feiert die Wiedereröffnung der sanierten Sempergalerie

VON VEIT-MARIO THIEDE

Noch sitzt den Dresdenern der Schock über den Juwelenraub im Grünen Gewölbe tief in den Gliedern. Dafür sorgt nebenan am Zwinger die Wiedereröffnung der Sempergalerie für etwas Erleichterung. Wegen Modernisierungsarbeiten standen den Besuchern sieben lange Jahre immer nur Teilbereiche offen. Nun aber gilt wieder uneingeschränkt der in der Tribuna angebrachte Spruch: „Willkommen im Heiligtume der Kunst.“

Über den kapellenartigen Raum in der Mitte des ersten Obergeschosses werden die Säle und Kabinette der weltberühmten Gemäldesammlung Alte Meister erschlossen. Links erwarten den Besucher die Werke von Rubens, Rembrandt und vielen weiteren niederländischen Malern des 15. bis 17. Jahrhunderts, rechts geht es zu Raffael und zahlreichen anderen italienischen Meistern des 14. bis 17. Jahrhunderts. Treppauf gelangt man zu Bellottos berühmten Ansichten von Dresden und Pirna sowie der weltgrößten Sammlung von Gemälden Lucas Cranachs und seines gleichnamigen Sohnes.

Die Meisterwerke residieren in einem eigens für sie im Stil der italienischen Hochrenaissance errichteten Museumsbau. Den Entwurf des 1855 fertiggestellten Bauwerks lieferte Gottfried Semper, der neben Schinkel bedeutendste deutsche Architekt des 19. Jahrhunderts. Für die grundlegende Sanierung bezahlte der Freistaat Sachsen 49,8 Millionen Euro. Weitere 600.000 Euro gab ein privater Spender dazu. Auf dem neuesten Stand ist nun die Museumstechnik. Erneuert sind das Parkett und die farbigen Wandbespannungen. Hochmoderne Akzentbeleuchtung unterstützt das in vielen Bereichen genutzte Tageslicht, um die Kunstwerke optimal zu präsentieren.

Neben 700 Bildern beherbergt das Museum nun auch 420 Werke aus der Skulpturensammlung bis 1800. Die bereits vom berühmten Kunstgelehrten Winckelmann verehrte „Große Herculinerin“ und weitere antike Werke sind im Erdgeschoss des Ostflügels versammelt. Der Bildniskopf des Trajan gehört zu den



Italien sieht rot: Die italienische Malerei vom 14. bis 17. Jahrhundert ist vor pastellroter Wandbespannung gehängt

zahlreichen römische Porträtbüsten, die August der Starke von König Friedrich Wilhelm I. von Preußen geschenkt bekam. In den Bilderräumen nehmen Kleinbronzen, Büsten und Marmorwerke den Dialog mit ausgewählten Gemälden auf. So soll die gegenseitige Befruchtung der beiden Gattungen anschaulich werden.

Festhalten an „Dresdner Hängung“

Den Löwenanteil der Gemälde und Skulpturen trugen August der Starke und sein Sohn August III. zusammen. Prunkstück der Erwerbungen Augusts des Starken ist die von Giorgione unter Mitwirkung Tizians gemalte „Schlummernde Venus“ (um 1508). Sie wird als Italiens erstes großformatiges weibliches Aktgemälde beurteilt. August III. verdankt die Sammlung so hervorragende Werke wie Correggios Gemälde „Heilige Nacht“ (um 1528). Es galt lange als das beste Stück der Sammlung. Dann aber machte ihm Raffaels ebenfalls von August III. angekaufte „Sixtinische Madonna“ (1512/13) diesen

Rang streitig. Das Hauptinteresse beider Sammler galt der italienischen und niederländischen Malerei, während spanische und französische Bilder weit weniger vertreten sind. Und von den Cranachs abgesehen, spielt auch die altdeutsche Malerei nur eine untergeordnete Rolle.

Zu altbewährten Publikumslieblingen wie Liotards „Schokoladenmädchen“ (um 1744), der von Rubens verführerisch in Szene gesetzten „Bathseba am Springbrunnen“ (um 1635) oder Rembrandts tragikomischem Gemälde „Ganymed in den Fängen des Adlers“ (1635) gesellen sich frisch restaurierte Werke. Das umfangreichste Forschungs- und Restaurierungsprojekt betraf Veroneses „Cuccina-Zyklus“ (um 1571). Die im Auftrag der Kaufmannsfamilie Cuccina gemalten vier Großformate mit Szenen aus dem Leben Jesu erforderten die Sicherung kleinteiliger Farblösungen auf insgesamt 33 Quadratmetern Bildfläche.

Der überreiche Besitz an Alten Meistern stellte das Team um Generaldirektoren

Marion Ackermann vor ein Luxusproblem, nämlich die von ihr so genannte „Inszenierung der schieren Fülle“. Gelöst wurde es auf traditionelle Weise: Die Neuinszenierung hält an der berühmten „Dresdner Hängung“ fest. Und so hängen die Gemälde in den Abteilungen der alten Niederländer und Italiener in bis zu drei Reihen dicht an dicht übereinander, um die Stärken der Sammlung zu zelebrieren und die Museumsgäste in der Opulenz großer Formate schwelgen zu lassen.

Die Fassade des Bauwerks ist reich mit steinernen Schutzpatronen aus Kunst und Christentum geschmückt. Zu ihnen gehört Abraham. Bleibt zu hoffen, dass die Sammlung hier dank der auf den neuesten Stand gebrachten Überwachungstechnik so sicher ist wie in Abrahams Schoß.

Die Gemäldegalerie am Theaterplatz 1 ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt: 14 Euro. Internet: www.skd.museum. Reisetipps unter: www.visit-dresden.travel

KINOKRITIK

Einen Bären aufgebunden

Wer zu spät kommt, ... hat bald ein paar graue Haare mehr. Im Kinofilm „Berlin, Berlin“, der am 19. März anläuft, platzt gleich zu Beginn ein angegrauter Dauerverliebter in die Hochzeit seiner Angebeteten, nachdem ihm sein bester Freund mit einem Antrag zugekommen ist.

Dass dieser Kinofilm zur gleichnamigen Teenie-Serie, die von 2002 bis 2005 in der ARD lief, ebenfalls mit 15-jähriger Verspätung entstanden ist, darüber haben sich die Macher offenbar keine grauen Haare wachsen lassen. Wer aber Erwachsene auf ein Kinderkarussell setzen, muss damit rechnen, dass es irgendwann durchdreht. Und das ist hier leider passiert.

In der beliebten Vorabendserie spielte eine jugendliche Schar um Hauptdarstellerin Felicitas Woll alle Irrungen und Wirrungen der Liebe in einer Berliner Wohngemeinschaft auf erfrischende Weise durch. 15 Jahre später versucht sich die Filmmanufaktur von damals, inzwischen aber sichtlich gereift, mit einem Jung-Mädchenhumor durch den Film zu hangeln. Das geht gründlich schief.

Um sich etwas erwachsen zu geben, werden die Akteure von Berlin zu einem Straßentrip in den Harz ge-



Will heiraten: Lolle (Felicitas Woll)

zwungen. Dass dort den „Bärlinern“ um Lolle (F. Woll) ein echter Bär und eine Guru-Sekte aufzulauern, ist so durchgeknallt wie der ganze Rest, der sich auf dem Potsdamer Schloss Bellevue auf dem Pfingstberg dafür ein königliches Finale leistet. H. Tewes

ARD-DREITEILER

Zurück in die Zukunft der 50er

Kinderjahre der Bundesrepublik – Die ARD-Serie „Unsere wunderbaren Jahre“ findet Parallelen zu heute

Mit 40 D-Mark Startgeld begann das Wirtschaftswunder – genau so viel erhielt jeder erwachsene Westdeutsche nach der Währungsreform im Juni 1948 auf die Hand. Motto: Mach was draus!

Um die Zeit des Neubeginns zu zeigen, bedient sich der TV-Dreiteiler „Unsere wunderbaren Jahre“ (18., 21. und 25. März, jeweils 20.15 Uhr im Ersten) eines Kunstgriffs, der schon bei der in Berlin spielenden Geschichtsrevue „Kudamm 56“ im ZDF gut funktionierte. Man nehme drei unterschiedliche Schwestern sowie eine vor Pflichtbewusstsein klirrende Mutter und schicke sie durch wechselnde Konflikte. Hier ist es die Unternehmerfamilie Wolf, die von dem mit seiner Vergangenheit ringenden Vater Eduard (Thomas Sarbacher) geführt wird. Tochter Ulla (Elisa Schlott) will ausbrechen, die stille Gundel (Vanessa Loibl) kämpft um die Anerkennung des Patriarchen, Margot

(Anna Maria Mühe) muss ihr Kind durchbringen und wartet darauf, dass ihr Mann aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrt. Die kriegsversehrte Mutter Christel (Katja Riemann) schließlich trauert der verpassten Karriere als Pianistin hinterher.

Die Kinderjahre der Bundesrepublik sind solide in Szene gesetzt – trotzdem schleicht sich beim Zuschauer gelegentlich ein Déjà-vu-Gefühl ein. Verwerfungen



Wunderbares Team: Ulla (Elisa Schlott) fährt auf Tommy (David Schütter) ab

gen innerhalb eines Familienclans waren schon öfter zu sehen, genauso wie der adrette Look der 50er Jahre, jene auf Figur geschnittenen Kostüme und akkurat betonierte Frisuren. Im Ensemble glänzt vor allem ein junger Schauspieler, der in seiner lässigen Pose an James Dean erinnert – David Schütter, der Enkel des legendären Hamburger Theaterchefs Friedrich Schütter, ist eine Entdeckung.

Schauplatz des Films ist die nordrhein-westfälische Kleinstadt Altena, aus der die Rohlinge für die D-Mark gepresst wurden. Tatsächlich wurde in Altena nur die Burg gefilmt, für andere Szenen reiste das Team nach Tschechien, wo weniger Verkehrsschilder und Supermärkte den Retro-Look stören. Wie ebenfalls schon öfter gesehen, wird auch das Frauenbild der 50er Jahre beleuchtet, wo der Haushaltsvorstand den Ton angibt und die Gattin still den Tee anreicht. Entwickeln

Frauen eigene Ambitionen wie Ulla, die in Tübingen studieren will, oder Gundel, die die Firmenleitung anstrebt, laufen sie gegen Beton. Regisseur Elmar Fischer versteht die Trilogie genau 75 Jahre nach Kriegsende auch als Analyse der deutschen Befindlichkeit. „Deutschland liegt heute vom Lebensstandard her weltweit auf Platz drei. Trotzdem haben wir geradezu eine Empörungswirtschaft und eine ständige Wut in uns“, sagte er der PAZ.

Das Ende des Dreiteilers bleibt offen: Die drei Schwestern suchen nach mühsamen Emanzipationsversuchen ihren eigenen Weg. Auch die Mutter, bisher durch ihre Behinderung und das Frauenbild ihrer Zeit geknebelt, findet endlich in ihre Kraft. Fortsetzung folgt? An Peter Pranges Romanvorlage soll es nicht liegen: Das gleichnamige Opus spannt einen weiten Bogen bis zur Einführung des Euro. Verfilmt ist erst ein Drittel. Anne Martin

MELDUNG

Es folgt die Werbung

Berlin – Mit „Marken:Zeichen“. Das Grafische Atelier Stankowski + Duschek“ stellt die Kunstbibliothek auf dem Kulturforum am Matthäikirchplatz vom 13. März bis 28. Juni zwei Pioniere des werblichen Grafikdesigns vor. Logo, Leitsystem, Corporate Identity: Was heute selbstverständlich zu jedem Firmenimage gehört, steckte Mitte des 20. Jahrhunderts noch in den Kinderschuhen. Bahnbrechend in der Entwicklung war das Stuttgarter Grafikatelier Stankowski + Duschek, das mehrere Jahrzehnte zu den führenden Büros für Kommunikationsdesign in Deutschland zählte. Die Ausstellung stellt das Werk des Ateliers inklusive vieler berühmter Markenzeichen und Erscheinungsbilder anhand von rund 300 Exponaten vor. tws

NOELLE-NEUMANN

Die „Pythia vom Bodensee“

Betrachtet man in diesen Tagen das Werk der Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann, die am 25. März 2010 verstarb, so erscheint vieles hochgradig aktuell. So etwa die Theorie der „Schweigespirale“. Das gleichnamige Buch mit dem Untertitel „Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut“ erschien erstmals 1980. Noelle-Neumann hatte ihre Erkenntnisse aus langjährigen Beobachtungen gewonnen. Demnach neigen Menschen dazu, ihre Ansichten weniger stark zu vertreten, wenn sie glauben, diese würden dem vorherrschenden Meinungsklima widersprechen. Folge ist, so die Theorie, dass die lautstark vertretene Meinung einer Minderheit oder die in den Medien dargestellte Ansicht als Mehrheitsmeinung erscheinen kann. Die Furcht vor sozialer Isolation hemmt Widerspruch, die Vertreter der eigentlichen Mehrheitsmeinung erkennen sich gegenseitig nicht, das Schweigen setzt sich in Form einer Spirale fort. Bereits zuvor hatte Noelle-Neumann Forschungsergebnisse präsentiert, die besagten, dass deutsche Journalisten wesentlich linksliberaler eingestellt seien als die übrige Bevölkerung.

Geboren wurde die Tochter des späteren Generaldirektors der Tobis-Filmgesellschaft Ernst Noelle am 19. Dezember 1916 in Berlin. Nach dem Studium einschließlich Austauschjahr in den USA wurde sie mit der 1940 erschienenen Arbeit „Amerikanische Massenbefragungen über Politik und Presse“ bei dem Publizistikwissenschaftler Emil Dovifat promoviert. Die Meinungsforschung sollte ihr Lebenssthema werden. 1948 gründete sie mit ihrem Ehemann Erich Peter Neumann das „Institut für Demoskopie Allensbach“. In Anspielung auf die Priesterin des Orakels von Delphi wurde sie später oft als „Pythia vom Bodensee“ bezeichnet. Große Bekanntheit sollte sie im Zusammenhang mit ihren Wahlprognosen erlangen. Noelle-Neumann beriet alle CDU-Bundeskanzler bis Helmut Kohl. An der Universität Mainz, an der sie ab 1964 als Professorin wirkte, baute sie das Institut für Publizistik auf. Frühzeitig betonte sie die Rolle des Fernsehens bezüglich der öffentlichen Meinungsbildung, breit rezipiert wurde dabei der Vortrag „Der getarnte Elefant“ von 1969. Der Studentenbewegung und den mit dem Stichwort „1968“ verbundenen Vorgängen stand sie deutlich ablehnend gegenüber. In ihren „Erinnerungen“ schrieb sie: „Im Winter 1970/71 musste ich jede zweite Vorlesung abbrechen.“ Jahrelang standen sie und ihr Chefassistent unter Polizeischutz.

Erik Lommatzsch



Elisabeth Noelle-Neumann

DEUTSCHE REICHSBAHN

Woran Bismarck scheiterte, das erreichte Versailles

Vor 100 Jahren wurde mit der sogenannten Verreichlichung der deutschen Länderbahnen die Reichsgründung von 1871 auf dem Eisenbahnsektor nachvollzogen



Auf einer Dampflok: Logo der Deutschen Reichsbahn mit dem stilisierten Adler im Zentrum

Foto: Hugh Llewelyn

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich das deutsche Eisenbahnwesen in einem ausnehmend desolaten Zustand. Das hatte vor allem zwei Gründe. Der eine waren die Aderlässe infolge der Reparationen. Beginnend mit dem Waffenstillstand von Compiègne vom 11. November 1918 mussten insgesamt 8200 Lokomotiven und 300000 Waggons an die Siegermächte abgeliefert werden. In deutscher Hand verblieben vorrangig veraltete Schienenfahrzeuge der unterschiedlichsten Baureihen. Das verkomplizierte und verteuerte den Betrieb und die Instandhaltung.

Verpfändung an die Sieger

Der andere Grund war das Fehlen einer einheitlichen Eisenbahngesellschaft des Reiches. Stattdessen gab es ein chaotisches Nebeneinander von Privat- und Staatsbahnen von Bundesstaaten beziehungsweise Reichsländern. Die Einzelstaaten besaßen auf ihrem Territorium die Eisenbahnhoheit, obwohl der erste Reichskanzler Otto von Bismarck lange darum gerungen hatte, die Bahn zu „verreichlichen“. Ihm gelang es zwar, eine zentrale Eisenbahnbehörde zu schaffen, aber sein Gesetzentwurf, mit dem diesem Reichseisenbahnamt die Oberaufsicht über das deutsche Bahnwesen übertragen werden sollte, scheiterte am Widerstand der Länder. So gab es 1919 acht Eigentümer von Staatsbahnen mit jeweils eigenständigen Befugnissen: Baden, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Preußen, Sachsen und Württemberg.

Für eine „Verreichlichung“ sorgte indirekt der vom Deutschen Reich mit den alliierten und assoziierten Mächten geschlossene Frieden von Versailles mit dem Abschnitt III über „Eisenbahnen“ und dessen erste vier Kapitel mit den Überschriften „Bestimmungen über internationale Beförderung“, „Rollendes Material“, „Abtretung von Eisenbahnländern“ und „Bestimmungen über einzelne

Eisenbahnlinien“. Wollte das Reich die Vorgaben der dortigen Artikel 365 bis 374 im Hinblick auf die Modalitäten der internationalen Beförderung und des Zustandes des rollenden Materials erfüllen, führte an einer Zentralisierung und Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens kein Weg vorbei. Folglich hieß es im Artikel 89 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919: „Aufgabe des Reichs ist es, die dem allgemeinen Verkehre dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu übernehmen und als einheitliche Verkehrsanstalt zu verwalten.“

Die Umsetzung dieser Vorgabe erfolgte durch den Staatsvertrag über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich vom 31. März 1920, den die acht betroffenen Länder zwischen dem 3. und 29. April unterzeichneten, sowie das Gesetz über die Genehmigung dieses Vertrages durch die Deutsche Nationalversammlung vom 30. April 1920, das rückwirkend zum Monatsbeginn in Kraft trat. Damit markiert der 1. April 1920 den offiziellen Gründungstag der Deutschen Reichseisenbahnen. Faktisch vollzogen wurde die Gründung einen guten Monat später, am 5. Mai 1920, mit der Inkraftsetzung einer diesbezüglichen Vorläufigen Verwaltungsordnung durch den

Reichsverkehrsminister Gustav Bauer. Für die Umbenennung in „Deutsche Reichsbahn“ am 27. Juni des Folgejahres sorgte dann Bauers Amtsnachfolger Wilhelm Groener.

Um die Reparationsverluste auszugleichen und einen homogenen Fahrzeugpark zu schaffen, initiierte das Reichsverkehrsministerium mehrere Programme zur Vereinheitlichung des Fahrzeugmaterials. So waren von den Länderbahnen nicht weniger als 210 verschiedene Lok-Typen übernommen worden, an deren Stelle sukzessive Einheitslokomotiven treten sollten. Ein erster Prototyp für Schnellzüge rollte im November 1925 aus der Berliner Fabrik von Borsig. Darüber hinaus kaufte die Reichsbahn bis 1923 215 neue Waggons.

Aufgrund der eingangs geschilderten Probleme blieb die Deutsche Reichsbahn zunächst defizitär. In den ersten Jahren ihres Bestehens erwirtschaftete sie nur ein Drittel der laufenden Kosten, was hohe Zuschüsse aus dem Staatshaushalt nötig machte. Schließlich geriet die Reichsbahn jedoch in die Gewinnzone, eine Entwicklung, die das Interesse der Siegermächte an der Reichsbahn steigerte. Der nach dem US-Vizepräsidenten von 1925 bis 1929 benannte Dawes-Plan

vom 16. August 1924 sah zur Regelung der Reparationszahlungen Deutschlands an die Siegermächte die Verpfändung der Reichsbahn an die Reparationsgläubiger vor. Daraus resultierte die Gründung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft am 30. August 1924. Das nun privatwirtschaftlich geführte Unternehmen wurde sogleich mit einer Schuldverschreibung in Höhe von elf Milliarden Goldmark belastet – bei 15 Milliarden Grundkapital. Es folgte ein stetiger Aderlass in Form von Geldabflüssen in Höhe von 660 Millionen Reichsmark pro Jahr. Eine Besserung der Situation trat erst infolge der Konferenz von Lausanne zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Sommer 1932 ein. Damals rückten die Siegermächte von einem Großteil ihrer noch bestehenden Reparationsforderungen ab. Trotzdem dauerte es bis zum 10. Februar 1937, dass die Deutsche Reichsbahn wieder voll unter die Hoheit des Reiches gestellt wurde. Zu dieser Zeit gehörte sie zu den modernsten und profitabelsten Eisenbahnunternehmen Europas.

Vorgängerin der Deutschen Bahn

In den westlichen Besatzungszonen gingen die dortigen Anlagen und Fahrzeuge nach der Gründung der Bundesrepublik mit Wirkung vom 7. September 1949 an die Deutsche Bundesbahn über. Auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone mutierte die Reichsbahn zur Staatsbahn der DDR. Anders als in der Bundesrepublik wurde in der DDR der Name „Deutsche Reichsbahn“ beibehalten, um beispielsweise nicht die alliierte Betriebserlaubnis für West-Berlin zu verlieren. Das Ende der Reichsbahn in der DDR kam mit der gesetzlichen und organisatorischen Neuregelung des Eisenbahnwesens in Deutschland nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Am 1. Januar 1994 verschmolzen die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Bundesbahn zur Deutschen Bahn, einer Aktiengesellschaft, die sich zu 100 Prozent im Besitz der Bundesrepublik befindet.

Kurzporträts



FOTO: BUNDESARCHIV BILD 102-00001/0000001/CC-BY-SA 3.0

Weimars dritter Verkehrsminister von 1920 bis 1923, der parteilose **Wilhelm Groener**, war vorher Erich Ludendorffs Nachfolger als Erster Generalquartiermeister und wurde später Reichswehrminister



FOTO: LIBRARY OF CONGRESS

Der US-amerikanische Bankier und Politiker **Charles G. Dawes** entwickelte im Auftrag der Reparationskommission als Vorsitzender eines Sachverständigenausschusses den nach ihm benannten Dawes-Plan



FOTO: BUNDESARCHIV BILD 102-0000001/0000001/CC-BY-SA 3.0

Nach seinem erzwungenen Rücktritt als Reichskanzler wegen des Kapp-Lüttwitz-Putsches bekleidete der Sozialdemokrat **Gustav Bauer** 1920 noch für ein paar Wochen das Amt des Reichsverkehrsministers

VON KLAUS J. GROTH

Katyn war ein blinder Fleck der Geschichte. Die Morde dort wurden vertuscht, verfälscht, verschwiegen. Erst in der Ära Gorbatschow kam die Wahrheit bruchstückhaft an den Tag. Inzwischen steht fest: Mit dem Namen Katyn verbinden sich mehrere schwerste Verbrechen Josef Stalins am polnischen Volk. In diesem Jahr liegen die Massenmorde 80 Jahre zurück.

In den Tagen vom 3. April bis 11. Mai 1940 erschossen Angehörige des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) in einem Wald bei Katyn 4400 Polen, überwiegend Offiziere. Wie heute bekannt ist, war Katyn nur ein Ort von mehreren für die von Stalin befohlenen Massenhinrichtungen. 22.000 bis 25.000 Offiziere, Polizisten, Ärzte und Hochschullehrer fielen ihnen zum Opfer. Stalin hatte ihren Tod verfügt getreu seinem zynischen Wahlspruch „Ein Mensch – ein Problem, kein Mensch – kein Problem“.

240.000 polnische Soldaten waren in Gefangenschaft geraten, nachdem die Sowjetunion 1939 in den Osten der Republik Polen einmarschiert war. Die Sowjets sperrten die Offiziere in Sonderlager. Auch sämtliche 15.000 Reserveoffiziere verhaftete der NKWD. Es war bekannt, dass diese Männer das Sowjetsystem außerordentlich kritisch beurteilten.

22000 bis 25000 polnische Opfer

Geheimdienstchef Lawrentij Berija ließ die Gefangenen bespitzeln. Er erfuhr, was er schon vorher wusste: Die Offiziere waren ein Sicherheitsrisiko. Und er wusste, was Stalin von ihm erwartete. Er legte dem Politbüro am 5. März 1940 einen geheimen Vorschlag vor. Darin heißt es: „Die kriegsgefangenen Offiziere und Polizisten, die sich in den Lagern befinden, versuchen ihre konterrevolutionäre Tätigkeit fortzusetzen, sie betreiben antisowjetische Agitation.“ Die Zahl dieser Konterrevolutionäre gab Berija mit 25.700 an. Er empfahl „Anwendung der Höchststrafe – Erschießung!“ Und fügte hinzu: „Die Verfahren sind durchzuführen, ohne die Gefangenen vorzuladen und ohne ihnen die Anklage vorzulegen.“

Das Beschlussprotokoll Nr. 13/144 unterzeichnete neben Josef Stalin das Politbüro. Der Beschluss betraf die Lager Starobjelsk in der östlichen Ukraine mit 3900 Gefangenen, Ostaschkow am Seliger-See mit 6500 Gefangenen und Kosjelsk beim südrussischen Orel mit 4700 Gefangenen. Vier Wochen später begann der Massenmord.

Dass Berijas Geheimpolizei in Katyn mordete, war bereits vorher bekannt, aber erst seit Ende der 80er Jahre im Zuge der Glasnost-Politik zögerlich die Archive der Sowjetunion geöffnet wurden, wurden die anderen Orte der Massenmorde bekannt. Mittlerweile hat Russland die Exekution von 22.000 polnischen Staatsangehörigen eingestanden. Im ersten Mordbefehl Berijas war die Zahl von 25.700 genannt worden.

Ab Anfang April brachten Güterzüge die Gefangenen zur Hinrichtungsstätte nach Katyn nahe Smolensk. Die Gefangenen wurden durch Schüsse in den Hinterkopf getötet. Einer der Henker erinnerte sich später: „Natürlich haben wir Wodka bis zur Besinnungslosigkeit getrunken. Die Arbeit war schließlich nicht die einfachste ... Und wir wuschen uns mit Parfüm. Bis zum Gürtel. Anders konnte man den Geruch von Blut und Verwesung nicht loswerden. Sogar die Hunde wichen vor uns zurück.“ Im Juni 1940 war die mörderische Arbeit getan, waren die Lager geleert. Die Mörder erhielten eine Geldprämie, sie feierten mit einem großen Besäufnis.

1941 drang die Wehrmacht in das Gebiet von Katyn vor. Soldaten fanden von Wölfen ausgebuddelte Menschenknochen. Ausgrabungen wurden vorgenommen. Im amtlichen Untersuchungsbericht des auswärtigen Amtes von 1943 heißt es: „Bis im Juli die Sommerhitze eine Unterbrechung der Ausgrabungsarbeiten notwendig



Während der deutschen Besatzung 1943 freigelegt: Leichen polnischer Offiziere im Wald von Katyn

Foto: akg images

MASSAKER VON KATYN

Josef Stalins Variante von „Haltet den Dieb“

Warum die Anklage gegen Deutschland bei den Nürnberger Prozessen stillschweigend verschwand

machte, konnten 4143 Opfer geborgen und bestattet werden. Davon wurden 2805 einwandfrei identifiziert ... Es handelt sich um eine ganze Reihe von Massengräbern, von denen einige Russen, die Mehrzahl indessen Polen, und zwar zu etwa 90 v. H. polnische Offiziere, enthielten. In dem größten Polengrab, das eine Länge von 28 m und eine Breite von 16 m aufweist, wurden in der obersten Schicht 250 Leichen gefunden; darunter befanden sich 11 weitere Schichten von Leichen; dies eine Grab allein enthält mithin annähernd 3000 Opfer ... Die Leichen liegen mit dem Gesicht nach unten und weisen nach den bisherigen Feststellungen sämtlich Genickschüsse auf ... Einem Teil der Offiziere ... waren die Hände auf dem Rücken gefesselt; bei einigen war ein Sack bzw. der Uniformrock über dem Kopf zusammengebunden ... Die Offiziere hatten mit wenigen Ausnahmen keine Wertsachen mehr bei sich ... Es han-

delt sich also um einen Massenmord polnischer Offiziere ... wobei ein auffallend großer Teil die Traditionslitze der Pilsudski-Regimenter trägt.“

22000 Exekutionen zugegeben

Die Untersuchungen in Katyn leitete Oberstleutnant Rudolf-Christoph von Gersdorff. Er betreute auch die internationale Kommission von Rechtsmedizinern, die Reichspropagandaminister Joseph Goebbels nach Katyn entsandt hatte. Deren Berichte schockierten, sofern man sie zur Kenntnis nehmen konnte oder wollte. Franklin D. Roosevelts USA wollten nicht, Winston Churchills Großbritannien weigerte sich und Stalin beschuldigte Deutschland, das Massaker von Katyn angerichtet zu haben. Nach 1945 schoben die Sowjets Katyn als Anklage auf die Liste der in Nürnberg zu verhandelnden Kriegsverbrechen. Allerdings verschwand

der Punkt später stillschweigend. Der US-amerikanische Geheimdienst hatte nach dem Krieg Oberleutnant Fabian von Schlabrendorff vernommen, der 1943 gemeinsam mit Rudolf-Christoph von Gersdorff ein Attentat auf Hitler verübte, das allerdings scheiterte. Oberstleutnant von Gersdorff hatte die Untersuchungen in Katyn geleitet, von Schlabrendorff war dabei. Er hatte keinen Zweifel an der sowjetischen Täterschaft. Schlabrendorff warnte die Amerikaner, die Anklage wegen Katyn zu verhandeln. Nach langem Zögern wurde der Punkt gestrichen. Aus der Welt war die Schuldzuweisung dennoch nicht. Bis 1989 gab es in der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten eine klare Sprachregelung: Der Massenmord von Katyn war ein Verbrechen der Deutschen. Ein russischer „Dokumentarfilm“ aus den 1990er Jahren erzählt die Geschichte noch genauso.

VIKTOR EMANUEL II.

Italiens Pendant zu Wilhelm I.

Italiener und Deutsche gelten als sogenannte verspätete Nationen. Im Gegensatz zu den Bewohnern der kontinentalen Flügelmächte Frankreich und Russland sowie der Engländer beziehungsweise Briten auf ihrer Insel lebten sie lange in kleinstaatlicher Zersplitterung. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bekamen jedoch auch sie im Abstand von nur einem Jahrzehnt ihren Nationalstaat, das Königreich Italien beziehungsweise das Deutsche Reich.

Italiens Pendant zum Königreich Preußen als Kernstaat war das Königreich Sardinien. Otto von Bismarcks italienische Entsprechung als Regierungschef des Kernstaates und des neuen Nationalstaates sowie politischer und diplomatischer Kopf der Einigung war Camillo Benso von Cavour. Und Wilhelms I. Gegenstück vom Stiefel als Herrscher des Kernstaates und dann des jungen Nationalstaates war schließlich Viktor Emanuel II. Hier gibt es allerdings einen wichtigen Detailunterschied. Während Wilhelm auch nach der Kaiserproklamation in Versailles preussischer König blieb, weil die deutschen Fürstentümer die Reichseinigung überlebten und als Staaten – wenn auch als Bundesstaaten mit eingeschränkter Souveränität – fortexistierten, ging Viktor Emanuels altes Königreich Sardinien in seinem neuen Königreich Italien auf. Das ist ebenso symptomatisch für den stärker zentralistischen Charakter des Königreichs Italien gegenüber dem Deutschen Reich wie die Titel der Monarchen. Dem König von Preußen blieb zu seinem Leidwesen der Titel „Kaiser von Deutschland“ versagt, weshalb er anfänglich sogar auf den Kaisertitel verzichten wollte, während Viktor Emanuel so „König von Italien“ wurde, wie er vorher König von Sardinien gewesen war.

Ähnlich wie Wilhelms rieb sich auch Viktor Emanuels Königreich am Vatikan. Das kann nicht oft genug betont werden, zeigt es doch, wie eindimensional es ist, den Kulturkampf in Preußen auf den konfessionellen Gegensatz zu reduzieren. Und ähnlich wie der Deutsche Kaiser – wenigstens zum Ende von dessen Regentschaft hin – erfreute sich auch der italienische König großer Beliebtheit in der Bevölkerung. Bezeichnungen wie „Padre della Patria“ (Vater des Vaterlandes) oder „Re Galantuomo“ (Gentleman-König) zeugen hiervon. Obwohl der vor 200 Jahren, am 14. März 1820, in Turin geborene Italiener 23 Jahre jünger war als der Deutsche, starb er bereits ein Jahrzehnt früher. Er erlag am 9. Januar 1878 den Folgen einer Erkältungskrankheit. *Manuel Ruoff*



FOTO: THE BRITISH LIBRARY

Viktor Emanuel II. im Jahre 1866

VON ERIK LOMMATZSCH

In normalen Zeiten würde ich einen größeren Raum besorgen. Aber wir leben nicht in normalen Zeiten.“ So Susanne Dagen, die gemeinsam mit ihrem Partner Michael Bormann in Dresden neben einer Buchhandlung das „Kulturhaus Loschwitz“ betreibt. Bundesweit bekannt geworden war Dagen vor zweieinhalb Jahren, als sie die „Charta 2017“ auf den Weg brachte. Die Petition war Folge der Zerstörung von Ständen „rechter“ Verlage auf der Frankfurter Buchmesse. Angeprangert wurde, „wie zum scheinbaren Schutz der Demokratie die Meinungsfreiheit ausgehöhlt wird“, also der vorherrschende Gesinnungskorridor.

Den „größeren Raum“ – die Kapazitäten des idyllischen „Kulturhauses“ sind begrenzt – bräuchte Dagen im März für die Präsentation dreier Schriftsteller: Uwe Tellkamp, Jörg Bernig und Monika Maron. Die Autoren stellen jeweils neue Bücher vor, welche in der „Edition Buchhaus Loschwitz“ erscheinen. Titel der Reihe: „EXIL“. Sämtliche Veranstaltungen waren weit vor dem Termin ausgebucht, auch für Zusatzveranstaltungen sind keine Plätze mehr zu bekommen.

Alle drei Autoren verbindet, dass sie sich, jeder auf seine Weise, deutlich anders positioniert haben, als es das gegenwärtig tonangebende mediale und politische Deutschland gutzuhelfen vermag. Tellkamp und Bernig gehörten auch zu den Erstunterzeichnern der „Charta 2017“. Eine geplante Lesung Tellkamps im Dresdener Lingnerschloss wurde unlängst verhindert (die PAZ berichtete). Monika Maron sollte sich an einer „Umfrage“ der „Welt am Sonntag“ beteiligen, wobei klar die Absicht verfolgt wurde, spekulative – Gegenstand war der erst für 2021 angekündigte Roman Tellkamps „Lava“ – und vor allem negative Äußerungen zu erhalten. Maron verweigerte das. Andere, wie die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, zeigten die gewünschte „Haltung“.

Veranstaltung rasch ausverkauft

Die Buchreihe „EXIL“ versteht sich „als Kunst der Zuflucht ebenso wie als Zuflucht der Kunst, die sich einem Klima zunehmender politischer Anfeindung ausgesetzt sieht“. Bitter nötig in einer Zeit, in der prominente Schriftsteller bereits (wieder) anfangen, nur noch für die Schublade zu schreiben. In einer Zeit, in der hochprämierte Autoren schlagartig keine Preise mehr bekommen, weil sie sich selbstdenkend-kritisch geäußert haben. In einer Zeit, in der Verlage die Zusammenarbeit nicht weiterführen. Geistiges Exil und innere Emigration sind hierzulande keine Begriffe mehr, mit denen man ausschließlich historisches Geschehen verbindet.



Kämpft für die Freiheit der Literatur: Susanne Dagen, Buchhändlerin und Betreiberin des „Kulturhauses Loschwitz“

Foto: imago images/Sven Ellger/

GESINNUNGSKORRIDOR

„Aber wir leben nicht in normalen Zeiten“

Insel der Freiheit: Mit Uwe Tellkamp, Jörg Bernig und Monika Maron startet die Dresdener „Edition Buchhaus Loschwitz“ ihre neue Reihe „EXIL“

Drei ansprechend gestaltete Bücher liegen nun als erste „EXIL“-Staffel vor. Die Autoren stehen mit ihren – bekannten – Namen für die Programmatik der Reihe. Die Zugänge, die mehr oder weniger direkt die unmittelbare Gegenwart berühren, sind dabei höchst unterschiedlich. Unter dem Titel „Das Atelier“ entführt Uwe Tellkamp den Leser in einem im wahrsten Sinne des Wortes farbenprächtig schillernden Stück Literatur nicht nur in den Kunstbetrieb, sondern auch in die Kunst an sich, die Kunstgeschichte und die Geschichte. Die Vielzahl von – realen – Namen und Anspielungen fordert zum Entdeckungsrundgang heraus, oft lohnt ein zweiter Blick. Neben Bildern, allein durch Sprache vermittelt, findet man im „Atelier“ immer wieder Kleinigkeiten wie den Mopshund Scylla. Benannt ist dieser nach einem griechischen Meeresungeheuer, welches mit seinem Gegenüber Charybdis die Wahl zwischen zwei Übeln als einzige mögliche Wahl symbolisiert.

Oder es gibt unvermittelt einen Hinweis auf „Das gespaltene Bewusstsein“. Dabei handelt es sich um ein älteres geschichtswissenschaftliches Standardwerk, dessen Titel überraschend aktuell erscheint.

Jörg Bernig versammelt in seinem „EXIL“-Band „An der Allerweltsecke“ Reiseeindrücke, etwa von Aufenthalten im ehemaligen Jugoslawien. Erlebtes und historische Betrachtungen nimmt er zum Anlass für Reflexionen. In seinen Aussagen ist er weniger subtil als Tellkamp. So heißt es, das, was sich bei uns lauthals als „Europa“ bezeichne, habe die „Geistigkeit dieses Erdteils“ vergessen. Sie sei eingetauscht worden „gegen das Katzensilber entgrenzter Ökonomien, gegen nivellierende politische Parolen ... gegen Selbstaufgabe und gegen die im fortlaufend skandierten Toleranzmantra verborgene Selbstverleugnung vor allem und jedem, wenn es nur nicht das Eigene ist“.

In einem ihrer „Essays aus drei Jahrzehnten“, welche sie für ihr Buch „Krumme

Gestalten, vom Wind gebissen“ ausgewählt hat, bekennt Monika Maron, beim Zeitunleser überkomme sie immer öfter das Gefühl, sie „lebte in einem Irrenhaus“, und sie ist gleich beim Thema, wenn sie darüber nachdenkt, dass es ja gar nicht mehr so genannt werden dürfe. „Behindertenhaus“ wahrscheinlich auch nicht. An anderer Stelle erinnert sich Maron, die bis 1988 in der DDR lebte, sie höre seit einiger Zeit wieder „ein böses, hilfloses Lachen“, welches sie von damals kenne – das „gallige Gelächter“, eine resignierte „Form des Widerstands“.

Das hilflose Lachen ist zurück

Die „Edition Buchhaus Loschwitz“, in der nun „EXIL“ erscheint, wurde von Dagen und Bormann bereits 2002 ins Leben gerufen, zu diesem Zeitpunkt weit von dem Gedanken entfernt, in die kultur- und tagesspolitische Diskussion einzutreten. Der klassischen Idee der Verlagsbuchhandlung folgend, ging es um Liebhaberprojekte und

Regionales. So erschien etwa ein Bildband „Flusslandschaften. Die Elbe bei Dresden“. Seit 2013 wird, auf Initiative des „Kulturhauses Loschwitz“, ein Lyrikstipendium vergeben, verbunden mit einem mehrwöchigen Aufenthalt vor Ort und einer Publikation. Bis 2019 erschien jährlich ein Band, so etwa von dem Leipziger Dichter Andreas Reimann. Gegenwärtig gibt es keinen Stipendiaten. Für die in den Vorjahren begehrte Auszeichnung fanden sich plötzlich kaum noch qualifizierte Bewerber. Dass das anderweitige Engagement der Initiatoren für das freie Wort hierfür maßgeblich ist, dürfte mehr als naheliegend sein.

Und ein Zeichen der Zeit: Sofern nicht „politisch korrekt“ eingerahmt, verzichtet sogar der – in der Regel – arme Poet auf Finanzierung und Veröffentlichung. Aber es gibt auch andere Zeichen: Die zeigen sich im Bedarf eines größeren Raumes, wenn „EXIL“ vorgestellt wird und daran, dass bereits im Herbst die zweite Staffel der Buchreihe erscheint.

„NUDGING“

Manipulieren statt befehlen

Wie die Bürger durch Psychotricks auf Linie gebracht werden sollen

Fahrverbote, Rauchverbote, Alkoholverbote, Schweinefleischverbote, Feuerwerksverbote, Heizpilzverbote, Schottergärtenverbote – immer mehr Deutsche sträuben sich gegen den allgegenwärtigen Reglementierungswahn und die Bevormundung von oben. Das lässt die Regierenden erfinderisch werden. So stellte das Bundeskanzleramt 2015 drei Referenten mit psychologischen, soziologischen, anthropologischen und verhaltensökonomischen Kenntnissen ein. Aufgabe dieser Spezialisten sollte es sein, das Regierungshandeln künftig stärker am Konzept des sogenannten Nudging auszurichten.

Dessen geistige Väter sind Richard Thaler, seit 2017 Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissen-

schaften, und Cass Sunstein, einer der führenden juristischen Experten der USA. Die beiden späteren Berater von Präsident Barack Obama veröffentlichten 2008 ein Buch mit dem Titel „Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness“ (deutscher Titel „Nudge: Wie man kluge Entscheidungen anstößt“).

Idee stammt aus den USA

Darin vertreten sie die Ansicht, dass sich der Mensch oft nicht rational verhalte, weshalb er im Interesse des Gemeinwohls durch Nudges, also „Anstupser“ im Sinne von Denkanstößen, in die richtige Richtung gedrängt werden müsse. Thaler und Sunstein plädierten somit dafür, statt mittels Vorschriften und Verböten eher mit unterschwelligem Signa-

len zum Zwecke der motivierenden Steuerung zu regieren. Denn das erzeuge weniger Widerstand und Konflikte, da der Zielgruppe des Nudging ja die Möglichkeit offenstehe, sich doch anders zu entscheiden als gewünscht. Letzteres sei dabei aber umso unwahrscheinlicher, je stärker die Individuen den Wunsch nach gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung verspürten.

Kritiker wie Gerd Gigerenzer, ehemals Präsident des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, oder der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Jan Schellenbach bezeichnen dies unumwunden als versuchte Manipulation der Bürger. Außerdem hätten die Menschen meist gute Gründe für ihr angeblich „nicht optimales Verhalten“. Jedoch gebe es keine

Diskussion darüber, weil die Initiatoren des Nudging im Schutze der Anonymität agierten. Ebenso könne sich der Bürger kaum gegen die subtile staatliche Bevormundung wehren. Deshalb sei das Ganze im Grunde zutiefst antidemokratisch.

Es klappt nicht so richtig

Andererseits scheiterten die meisten bisherigen Nudging-Versuche hierzulande kläglich. So zeitigten die „Anstupser“ oder manchmal auch schon Rempeler, sich doch bitteschön „klimafreundlich“, „welt-offen“ und „tolerant“ zu verhalten, bisher nur wenig Wirkung in Bezug auf die tatsächliche Veränderung ganz konkreter Alltagsgewohnheiten. Deshalb steht zu erwarten, dass der Staat bald wieder eine härtere Gangart wählen wird, weil das

„Anstupsen“ nicht wie erhofft funktioniert oder – noch – auf rechtliche Einschränkungen trifft. Wie im Falle des nach wie vor im Kern geltenden Organ-spender-Gesetzes: Statt der von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) favorisierten Nudging-Lösung, dass jeder automatisch Organspender sei, der dem nicht vorsorglich widersprochen habe, bleibt es bei der alten Regelung, die eine ausdrücklich erklärte, aktive Zustimmung erfordert.

Dabei dürften die direkten Interventionen durch Vorschriften und Regulierungen insbesondere dann stark zunehmen, wenn die Grünen, bekanntlich die Verbotsfetischisten schlechthin, erneut in der Bundesregierung vertreten sein werden. *Wolfgang Kaufmann*



KÖNIGSBERG

„Planet Ozean“ kurz vor Vollendung

10000 Quadratmeter Wasserwelt: Der Neubau des Ozeanmuseums lockt mit ungewöhnlichem Konzept

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In Königsberg wurde der Bau eines Gebäudes abgeschlossen, das in seiner architektonischen und ingenieurtechnischen Ausprägung einzigartig sein dürfte. Es handelt sich um das zukünftige Hauptgebäude des Ozeanmuseums „Planet Ozean“. Das 42 Meter lange Gebäude in Form eines Globus soll zu einer der architektonischen Dominanten der Pregelstadt werden. Die Kugel des Gebäudes ist bereits mit speziellen Gläsern ausgekleidet und ihr Erscheinungsbild repräsentiert den Blick auf unseren Planeten wie bei einem Globus.

Das Gebäude basiert auf einem Entwurf von Oleg Romanow, einem Architekten aus St. Petersburg. Der Wettbewerb wurde bereits 2011 ausgetragen. Erst danach begann die Entwurfsplanung des späteren Museumsgebäudes.

Die Kosten für den Bau des „Planet Ozean“ sowie die Gestaltung des angrenzenden Geländes betragen umgerechnet etwa 36 Millionen Euro. Das Projekt wurde durch das Staatliche Zielprogramm „Kultur Russlands (2012–2018)“ gefördert. Aus technischer Sicht war der Bauprozess für das Königsberger Gebiet einzigartig. Der Boden am Pregelufer ist äußerst instabil, weshalb es notwendig war, die Pfähle bis zu einer Tiefe von 23 Metern einzuschlagen. Ein weiteres Gestaltungsmerkmal sind die 32 Meter hohen Betonsäulen, die das Gebäude durchziehen. Zehn runde Säulen wurden zu einem der wichtigsten tragenden Elemente des Kugelrahmens. Sehr ungewöhnlich ist auch die Verkleidung der Kugel. Die Gläser sind undurchsichtig, bemalt und erzeugen den Eindruck, als ob man einen „Blick auf die Erde aus dem Weltraum“ habe.

Der Globus ist mit trapezförmigen Gläsern bedeckt, die auf jeder Ebene eine eigene Form haben. Jedes Glas ist absolut individuell, weil es sein eigenes Muster hat. Es gibt insgesamt 1200 Gläser. Unge-



Weithin sichtbar: Der Globus im Königsberger Zentrum soll zu einem neuen Wahrzeichen der Stadt werden

Foto: J.T.

wöhnlich ist auch das Konzept der internen Aufteilung des Gebäudes. Es wird sogenannte Labors für die Erde, das Leben, das Wasser, die Luft sowie für den Raum und die Schönheit beherbergen. Die Besucher von „Planet Ozean“ haben die Möglichkeit, durch riesige Meeresaquarien zu gehen, ein Kinoplanetarium und ein Observatorium zu besuchen, Teilnehmer an interaktiven Kursen zu werden und die meisten Exponate mit den Händen zu berühren.

Im Erdgeschoss gibt es eine Rezeption. Neben den Kassen werden die Besucher von einem „planetarischen Offizier“

empfangen, das heißt, von einer Person, die sie begrüßt und ihnen sagt, wo welche Führungen stattfinden. Auf der gleichen Ebene wird es einen Laden, ein Café und dann den Beginn der ersten Ausstellung geben, die der Ostsee gewidmet ist: die Geschichte der Entstehung, die Eiszeit, ein Aquarium mit den Bewohnern der Ostsee sowie eine Forscherkabine.

Riesenaquarium und Erholzone

Insgesamt wird es auf dem „Planeten Ozean“ 29 Aquarien geben. Jedes ist einem Ökosystem gewidmet, das einem be-

stimmten Wasserkörper innewohnt: warmes Salzwasser, kaltes Salzwasser, frisches warmes Meer und so weiter. Alle „Wasser“-Ökosysteme werden hier vertreten sein.

Das größte Aquarium mit Raubfischen wird acht Meter hoch sein. Die Betreiber rechnen damit, dass der Komplex nach seiner Eröffnung von bis zu 800000 Menschen pro Jahr besucht werden wird, seine Gesamtfläche fasst zirka 10000 Quadratmeter. „Planet Ozean“ wird von einem Wissenschaftspark, dem Erholungsgebiet „Bernsteinmeer“ und einem Yachthafen umgeben sein.

MELDUNGEN

Müll in Allenstein

Altenstein – Umgerechnet 40 Millionen Euro wurden für den Bau eines Betriebes zur Beseitigung kommunaler Abfälle und zur Energie-Gewinnung in Allenstein aus dem Europäischen Fonds bewilligt. Weitere 63 Millionen Euro werden für den Bau eines ähnlichen Betriebes in Danzig bereitgestellt. Der Allensteiner Betrieb – identisch mit dem Danziger – soll mit der Abfall-Verbrennung elektrische Energie und Fernwärme erzeugen. Für die bessere Energieversorgung werden in beiden Städten örtliche Betriebe gegründet. Sie sollen gleichzeitig dafür sorgen, dass die Abfall-Menge im gesamten Bereich der Ostsee begrenzt wird. Gegner der Verbrennungsanlage in Allenstein wiesen jedoch darauf hin, dass diese negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Einwohner der Stadt haben werde. Die Anlage in Allenstein soll im Oktober 2022 in Betrieb gehen. PAZ

Drehbrücke wird saniert

Lötzen – Die denkmalgeschützte Drehbrücke in Lötzen soll erneuert werden. Für Fußgänger und Autos wurde sie daher bereits gesperrt. Am 2. März haben die Bauarbeiten begonnen, die bis zum 28. April dauern. Um die Brücke sanieren zu können, werden sämtliche Holzelemente der Brücke auseinandergenommen. Die Stahlkonstruktion wird gereinigt und der Korrosionsschutz erneuert. Darüber hinaus wird eine neue Steuerung eingebaut. Das Kreisbauamt erhielt für die Überholung einen Zuschuss aus dem Fonds für Kommunalstraßen. Die Kosten betragen umgerechnet rund 54000 Euro. Zuletzt wurde dieses Denkmal im Jahr 2011 saniert. PAZ

VERKEHR IN ALLENSTEIN

Verkehrsbetriebe erweitern ihren Fuhrpark

Bereits 112000 Monatskarten verkauft – Immer mehr Städter steigen auf Bus und Straßenbahn um

Die Flotte der Allensteiner Städtischen Verkehrsbetriebe wurde erweitert. Jerzy Roman, Vorstandsvorsitzender der Verkehrs- und Umweltverwaltung, sowie Stadtpräsident Piotr Grzymowicz sprachen Mitte Februar auf einer eigens einberufenen Konferenz über neu angeschaffte Fahrzeuge, die zum Teil bereits im Einsatz sind. Insgesamt kaufte die Stadt 13 Busse – acht neue und fünf gebrauchte aus der Bundesrepublik. „Jedes Jahr verzeichnen wir einen Anstieg der Passagierzahlen um acht Prozent“, sagte Roman. „Wir freuen uns, dass weitere Busse in Allenstein eingetroffen sind. Das ist die Umsetzung des Vertrages aus dem Jahr 2017. Es gibt acht neue Busse, von denen sechs Kurzbusse mit einer Länge von zwölf Metern und zwei Langbusse von 18 Metern sind“, fügte Grzymowicz hinzu.

Es handelt sich um Solaris-Busse, die in der Nähe von Posen hergestellt werden. Darüber hinaus beschaffte die Stadt auch fünf gebrauchte MAN-Fahrzeuge aus der Bun-



Verbesserung der Infrastruktur: Mit dem Kauf neuer Straßenbahnen und Busse soll der öffentliche Personennahverkehr in Allenstein attraktiver werden

Foto: D.K.

desrepublik. Das Älteste von ihnen ist neun Jahre alt. Alle haben eine Laufleistung von

40000 bis 50000 Kilometern. Schätzungen des Allensteiner Verkehrsunternehmens

zufolge nutzen immer mehr Stadtbewohner öffentliche Transportmittel. Während 2013 zirka 30 Millionen Fahrgäste mit dem Bus fuhren, nutzten 2019 43,5 Millionen Menschen das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Täglich lassen sich etwa 130000 Passagiere mit Stadtbusen befördern. Die Zahlen beinhalten auch mehrfache Fahrten derselben Personen.

Ein Beweis dafür, dass immer mehr Städter auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, ist die Tatsache, dass bislang über 112000 Stadtkarten, die ähnlich wie Monatskarten funktionieren, ausgegeben wurden. Die Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs legen jährlich neun Millionen Kilometer zurück, 800000 Kilometer davon werden mit der Straßenbahn bewältigt. Derzeit gibt es 15 Straßenbahnen in Allenstein, aber in Kürze wird der Fuhrpark um weitere Modelle erweitert. Die Stadt wartet auf neu bestellte Panorama-Straßenbahnen des türkischen Herstellers Durmazlar. Bald wird es zwölf davon geben. Sie sollen bis Ende Mai

eingeführt werden. Die Erste davon ist bereits in Allenstein und befindet sich in der Zulassungsprüfung. Der Preis für ein Fahrzeug beträgt umgerechnet knapp 2,2 Millionen Euro, was bedeutet, dass die Stadt beinahe 26,4 Millionen Euro für alle Straßenbahnen gezahlt hat. Grzymowicz beteuerte, dass man sich bemühe, ein öffentliches sowie umweltfreundliches Verkehrssystem zu entwickeln. Der Magistrat stehe kurz vor der Bekanntgabe des Ausschreibungsverfahrens für den Bau weiterer Straßenbahnlinien. Der Stadtpräsident äußerte die Hoffnung, dass es gelinge, die Pläne innerhalb von zwei Jahren umzusetzen.

Der Ausbau des Straßenbahnnetzes hatte wegen der vorgenommenen Sparmaßnahmen und Defizite im städtischen Haushalt lange unter einem Fragezeichen gestanden. Da das Straßenbahnprojekt in die Liste der aufwendigsten sowie größten Transportprojekte polenweit aufgenommen wurde, kann die Stadt nun mit günstigen Finanzierungsbedingungen rechnen. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Berghoff, Elisabeth, geb. **Kuschinski**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. März

Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. März

Rokotta, Kurt, aus Lyck, am 1. März

Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gläßmann, Karl, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März

Gysbers, Herta, geb. **Hagenbach**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 18. März

Hülse, Fritz, aus Arissau, Kreis Fischhausen, am 15. März

Nadowski, Marie, geb. **Frassa**, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März

Wiekling, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gaudl, Anneliese, geb. **Kling**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. März

Geschwandter, Dr. Hans, aus Rauhendorf, Kreis Ebenrode, am 18. März

Lanzendorf, Erika-Ursula, geb. **Fahrn**, aus Lyck, am 4. März

Neumann, Marta, geb. **Babick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. März

Otto, Hildegard, geb. **Schwesig**, aus Wehlau, am 16. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dannat, Liesbeth, geb. **Jebra-mek**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 18. März

Gutthat, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März

Mattke, Helmut, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. März

Mozarski, Rose, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. März

Saß, Margarete, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März

Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März

Swida, Rosemarie, geb. **Bludau**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 19. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Günther, Lieselotte, geb. **Turowski**, aus Lyck, am 11. März

Holuba, Renate, geb. **Kirschnick**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. März

Jankowski, Erich, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 1. März

Knackstädt, Ruth, aus Groß Pon-nau, Kreis Wehlau, am 15. März

Nickel, Christel, geb. **Hömke**, aus Fischhausen, am 17. März

Porath, Edeltraut, aus Lyck, am 1. März

Vogl, Helga, geb. **Jankowski**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 15. März

Wenzel, Anneliese, aus Lyck, am 4. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. **Waschke-witz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März

Bothe, Erika, geb. **Kraft**, aus Mos-tolten, Kreis Lyck, am 18. März

Daschkey, Paul, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. März

Donder, Hans, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 11. März

Draempaehl, Else, geb. **Markow-ski**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. März

Falk, Ruth, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Groth, Hildegard, geb. **Zwiesler**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 8. März

Hoffmann, Hannelore, geb. **War-nat**, aus Lyck, am 14. März

Kulessa, Anneliese, geb. **Pilgrim**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 1. März

Lichtenstein, Elisabeth, geb. **Ma-chowski**, aus Freythen, Kreis Or-telsburg, am 19. März

Lojewski, Siegfried, aus Scharei-ken, Kreis Treuburg, am 15. März

Pietruck, Horst, aus Treuburg, am 15. März

Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März

Schulz, Margarete, geb. **Freiwald**, aus Lyck, am 14. März

Steltz, Irmgard, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. März

Sültemeyer, Else, geb. **Roziew-ski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. März

Tödt, Irmgard, geb. **Niklas**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dombrowski, Herbert, aus Lyck, Bahnhofstraße 1, am 13. März

Krüger, Emma, geb. **Marzinow-ski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 3. März

Mattke, Richard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 12. März

Ott, Trude, geb. **Homp**, aus Groß-heidekrug, Kreis Fischhausen, am 16. März

Risch, Irmgard, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neiden-burg, am 19. März

Rohmann, Emma, geb. **Griese**, aus Lyck, Steinstraße 17, am 7. März

Welz, Irmgard, geb. **Zittlau**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 3. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. **Wehowski**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März

Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Busse, Hildegard, aus Lyck, am 1. März

Eichentopf, Magda, geb. **Gru-nert**, aus Hellmahren, Kreis Lyck, am 15. März

Hänsel, Lieselotte, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März

Kienzle, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März

Kulik, Kurt, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 19. März

Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Maske, Hannelore, geb. **Kleist**, aus Neukirch, Kreis Elchnieder-ung, am 19. März

Meyer, Waltraud, geb. **Ollech**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Robitzki, Erna, geb. **Lütje**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 16. März

Schliwinski, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März

Schmidt, Margarete, aus Lyck, Deutsche Straße 1, am 18. März

Torkler, Eleonore, aus Kobilin-nen, Kreis Lyck, am 19. März

Zywulska, Leokadia, aus Lyck, am 18. März

Zywulska, Leokadia, aus Lyck, am 18. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baehr, Margarete, aus Widmin-ten, Kreis Lötzen, am 18. März

Broziewski, Franziska, aus Gol-len, Kreis Lyck, am 1. März

Brückner, Waltraud, geb. **Schön-her**, aus Lötzen, am 17. März

Burdinski, Elisabeth, geb. **Krzos-sa**, aus Rheinwein, Kreis Ortels-burg, am 19. März

Edlefs, Ursel, geb. **Sulimma**, aus Lyck, Bahnbeamtenhaus 3, am 6. März

Fischer, Hildegard, geb. **Radma-cher**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 19. März

Grigat, Hildegard, geb. **Rawe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. März

Gusko, Waltraud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. März

Hempel, Christa, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 7. März

Jorzik, Walter, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 8. März

Kohn, Waltraut, geb. **Kehlert**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März

Niepert, Ruth, geb. **Wippich**, aus Lyck, Fligges Garten, am 9. März

Piachnow, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Backeln, Kreis Fischhausen, am 14. März

Pyko, Heinz, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. März

Roeder, Margarete, aus Milucken, Kreis Lyck, am 9. März

Schlüter, Ingeborg, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 17. März

Schmidtke, Waltraud, geb. **Kol-berg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März

Schönholz, Gudrun, aus Lyck, am 17. März

Steinke, Anneliese, geb. **Kir-schnick**, aus Sorthenen, Kreis Fischhausen, am 14. März

Wietzorek, Magdalene, geb. **Pentz**, aus Lyck, am 5. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böckenheuer, Ruth, geb. **Lisow-ski**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 16. März

Brandt, Lieselotte, geb. **Marke-witz**, aus Lyck, Von-Ludendorff-straße 2, am 19. März

David, Hedwig, geb. **Ziegler**, aus Lyck, am 17. März

Eichholz, Hildegard, aus Auglit-ten, Kreis Lyck, am 9. März

Ernst, Günther, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 18. März

Fischer, Waltraud, geb. **Kuhr**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 14. März

Geiger, Hans, aus Bladlau, Kreis Heiligenbeil, am 15. März

Hille, Gerhard, aus Neidenburg, am 13. März

Köhler, Ilse, geb. **Arband**, aus Starckenberg, Kreis Wehlau, am 18. März

Kokon, Reinhold, aus Groß Fried-riehsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. März

Loges, Hannelore, geb. **Soyka**, aus Lyck, Freystraße 8, am 6. März

Mielenz, Irmgard, geb. **Kudritzki**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. März

Muscheites, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 14. März

Nagorny, Gerda, aus Gailau, Kreis Lyck, am 16. März

Nicklas, Lucie, geb. **Kowalewski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März

Riekewald, Günter, aus Lyck, am 14. März

Salomon, Edeltraud, geb. **Dom-mel**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 14. März

Schaberer, Hilde, geb. **Haus-mann**, aus Gaffken, Kreis Fisch-hausen, am 19. März

Schlasze, Christel, geb. **Waschk**, aus Grenzdamm, Kreis Neiden-burg, am 18. März

Sowa, Theodor, aus Borschim-men, Kreis Lyck, am 9. März

Steinmann, Johanna, geb. **Osen-ger**, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. März

Utke, Ursula, geb. **Schulz**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 18. März

Wascher, Ruth, geb. **Bilitza**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 17. März

Wierutsch, Horst, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 1. März

Wysotzki, Irmgard, geb. **Jendal**, aus Neidenburg, am 18. März

Zywietz, Werner, aus Passen-heim, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beinlich, Edith, geb. **Marzian**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 16. März

Bemba, Waldy, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. März

Blaurock, Reinhold, aus Hügel-walde, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Block, Günter, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 16. März

Bronnert, Edith, geb. **Freiwald**, aus Alleinen, Kreis Fischhausen, am 14. März

Dormeyer, Arthur, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 19. März

Erdmann, Hannelore, geb. **Gus-ko**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. März

Fischer, Edith, geb. **Sobottka**, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 19. März

Freyenhagen, Hans-Joachim, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 18. März

Gedenk, Lothar, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 4. März

Gentsch, Ruth, geb. **Litzbarski**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 14. März

Gloger, Traute, geb. **Hirschböck**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. März

Goede, Hannelore, geb. **Hell-wing**, aus Treuburg, am 18. März

Gregor, Werner, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Hein, Erika, geb. **Kurapkat**, aus Eimenthal, Kreis Ebenrode, am 18. März

Heinrich, Elisabeth, geb. **Dost**, aus Treuburg, am 19. März

Hildebrandt, Hildegard, geb. **Richter**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. März

Hollensteiner, Ursula, geb. **Glo-watz**, aus Lyck, am 4. März

Holzlehner, Waltraud, aus Rot-bach, Kreis Lyck, am 6. März

Hoops, Margitt, geb. **Schaak**, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 17. März

Jablonski, Gertrud, geb. **Linka**, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Jadischke, Reinhold, aus Klein Sakrau, Kreis Neidenburg, am 18. März

Kallweit, Friedrich, aus Schenken-hagen, Kreis Ebenrode, am 15. März

Klapdor, Gerda, geb. **Faak**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 16. März

Klaus, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. März

Klein, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 14. März

Koewius, Hedwig, geb. **Schwart-ke**, aus Lyck, am 14. März

Kopka, Walter, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Krause, Wolfgang, aus Insterburg, am 15. März

Kulschewski, Edeltraud, geb. **Po-trawki**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 3. März

Lasarzewski, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 10. März

Marschhausen, Gisela, geb. **Sku-bisch**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. März

Motzkeit, Werner, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 17. März

Nitsch, Wolf-Dieter, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. März

Prien-Will, Gertrud, geb. **Osen-ger**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 14. März

Romeike, Arno, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 13. März

Salmingkeit, Fritz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. März

Schemionek, Edelgard, geb. **Falk**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 19. März

Sperner, Traute, geb. **Klein**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchnieder-ung, am 13. März

Thorun, Manfred, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 14. März

Tolkiehn, Karin, geb. **Glang**, aus Wargen, Kreis Fischhausen, am 19. März

Warnk, Heinz, geb. **Stache**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März

Z

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Reutlingen – Am Sonnabend, den 14. März um 14 Uhr, veranstaltet die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen die Jahreshauptversammlung 2020 im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Str. 6a in Reutlingen. Der Vorstand lädt alle Mitglieder mit Familie und Freunde herzlich ein.

Nach 75 Jahren Flucht und Vertreibung wollen wir unserer unvergessenen, verlorenen Heimat in Treue gedenken. Darum rufe ich allen Ostpreußen in Reutlingen und Umgebung zu: Bitte folgt unserer Einladung, der Mensch hat nur eine Heimat; und das ist da, wo die Wurzeln sprießen. Für uns ist das Ost- und Westpreußen. Wir

freuen uns auch alle, dass die Landesvorsitzende aus Stuttgart, Frau Uta Lüttich ihr Kommen zugesagt hat. Frau Uta Lüttich wird ein Grußwort halten. Das erste Zusammenkommen 2020 werden wir mit Kaffeetafel und fröhlichen Gesprächen einleiten.

Folgende Punkte stehen auf dem Programm:

1. Begrüßung der 1. Vorsitzenden
2. Gedenken der verstorbenen Mitglieder
3. Jahresrückblick 2019/2020 der 1. Vorsitzenden Ilse Hunger
4. Bericht der Kassenwartin Marianne Praß
5. Bericht der Kassenprüferin Elisabeth Hürzel
6. Bericht der Frauengruppenleiterin Erika Manzau-Schmidt
7. Entlastung des Vorstandes und Aussprache.

Nach einer Pause folgt ein Bild- und Tonvortrag von Peter Jeremian.

Mit unserem obligatorischen Maultaschenessen mit Kartoffelsalat, der von den Damen des Vorstandes zubereitet wird, lassen wir den Tag ausklingen. Auf ein gesundes Wiedersehen!

Eure Ilse Hunger

Stuttgart – Dienstag, 17. März 2020, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat in Stuttgart, Schloßstraße 92: Die Frauengruppe und die Kreisgruppe treffen sich zu einem kulturellen Nachmittag. Unser Thema ist „Frühling und Ostern“. Alle Mitglieder – auch Westpreußen – und Gäste sind herzlich eingeladen, wir freuen uns über Ihren Besuch.

13. Ostdeutscher Ostermarkt

Stuttgart – Zum bereits 13. Mal findet am Sonnabend, den 21. März, von 10 bis 16 Uhr im Haus der Heimat in Stuttgart, Schlossstraße 92, ein ostdeutscher Ostermarkt statt. In einer gemeinsamen Aktion von dem Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem BdV-Bund der Vertriebenen Vereinigte Landsmannschaften, dem Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland (JSDR e.V.) und fast aller Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler werden den Tag über an verschiedenen Ständen im Haus der Heimat in Stuttgart kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, ostpreußischer Bärenfang, schlesischer Mohn- und Streußelkuchen, ostpreußischer Raderkuchen und vieles mehr angeboten.

Darüber hinaus bieten die Aussteller verschiedene Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst an, wie Ostereierbemalen der Böhmerwälder, ostpreußische textile Volkskunst und vieles mehr. Im zweiten Stock des Hauses der Heimat wird am Vormittag österliches Basteln für Interessierte, und ab 14.00 Uhr eine schlesische Lesung stattfinden.

Eine kleine Cafeteria rundet das Angebot ab und bietet Möglichkeit zur Unterhaltung.

Weitere Informationen bekommen Sie gerne von: DJO-Deutsche Jugend in Europa e.V., Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart. Ansprechpartner ist Herr Hartmut Liebscher, Telefon 0711-625138, Telefax 0711-62 51 68, E-mail: hartmut@djow.de

Zusendungen für die Ausgabe 13/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 13/2020 (Erstverkaufstag 27. März) bis spätestens Dienstag, den 17. März 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040)41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Bürozeiten: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Von Wilfried Schaudienst „Die große Intrige“

Im Jahr 2020 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal. Mit diesem Krieg wollte Deutschland den Versailler Vertrag revidieren. Es war 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass es mit seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat, was in jüngster Zeit von Historikern verneint wird. Es verlor 13 % seines vorherigen Gebietes und musste 132 Milliarden Goldmark (47.000 Tonnen Gold) zahlen. Weitere Reparationsleistungen ruinierten das Land. Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Russland hatten mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit gesehen, die sensationelle Entwicklung des Deutschen Reiches, die im ersten Teil des Buches beschrieben wird, zu stoppen. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden wollten, musste Deutschland dazu gebracht werden, den Krieg zu erklären. Dies gelang mit einer groß angelegten Intrige, die im zweiten Teil beschrieben wird.

Die zweite Auflage des Buches hat 265 Seiten, erhältlich für 13,90 EUR, portofrei. Bestellung unter: intrige@freenet.de



ANZEIGE

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landshut – Dienstag, 17. März, 14 Uhr, Zusammenkunft im Gasthaus „Zur Insel“, Kassenprüfung, Jahreshauptversammlung.

Bremen

Bremen – In diesem Monat bieten wir Ihnen einen besonderen Vortrag: „Erhaltung einer mittelalterlichen Dorfkirche im russischen Teil Ostpreußens“.

Dazu haben wir Herrn Martin Lehmann, Vorsitzender des „Förderkreises Kirche Mühlhausen Kreis Preußisch Eylau e. V.“ aus Königswinter eingeladen. Er wird uns über ein Stück bewahrter ostpreußischer Regionalgeschichte am Beispiel einer dem Verfall preisgegebenen historischen Dorfkirche berichten. Wir möchten Ihnen mit diesem Vortrag auch ein kleines Wunder präsentieren, denn bei dieser Kirche handelt es sich um ein Kleinod dörflicher Kirchenarchitektur mit beeindruckenden Ausmalungen. Es war bei der Grenzöffnung 1990 bereits in schwerster Form geschädigt und

damit dem völligen Verfall preisgegeben.

Herr Lehmann wird berichten, wie es trotzdem gelang, dem Verschwinden der Kirche erfolgreich entgegenzuwirken, und wie dabei deutsche und russische Widerstände mehr oder weniger erfolgreich überwunden werden konnten. Gemeinsam wollen wir uns darüber austauschen, was getan werden müsste, um diesem prächtigen Bauwerk eine dauerhafte Zukunft zu geben bzw. zu erhalten.

Für den Vortrag konnten wir die Epiphanius-Gemeinde der Bremischen Evangelischen Kirche als Mitveranstalterin gewinnen. Die Veranstaltung findet dort am Freitag, 20. März 2020, um 19.00 Uhr im „Epicafé“ der Kirchengemeinde in der Bardowickstraße 83, 28329 Bremen-Vahr statt.

Der Eintritt ist frei. Für die Kosten der Bewirtung mit alkoholfreien Getränken und kleinen Snacks steht ein Spendenkorb bereit. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln besteht folgende Erreichbarkeit: Buslinie 25, Haltestelle: Stellichter Straße, Straßenbahnli-

nen 2 und 10, Haltestelle: Föhrenstraße.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Kassel – Rückblickend auf die Jahreshauptversammlung im Februar ist zu vermelden, dass der alte Vereinsvorstand auch der neue ist. Es konnte kein neues Mitglied für einen Vorstandsposten gewonnen werden. Vorsitzende sind also weiterhin Gerhard Landau und Gertraud Nitschky. Sie übernehmen auch die Ämter Schriftführung und Kassenleitung. Als Beisitzerin und Beisitzer unterstützen Erika Katzinski und Norbert Leder unsere Gemeinschaft.

Von Interesse dürften folgende Statistikdaten sein: Mitgliederzahl 41 (Vorjahr: 44), bei einem Alters-

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ANZEIGE

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

Vor 75 Jahren
Danke Papa!



Herbert Packhäuser

* 04.09.1909 † März 1945

Mit dem Einsatz deiner Kameraden war es uns ermöglicht
aus Königsberg Ende Januar 1945 über Pillau und Gotenhafen
mit der Hansa dem Schrecken des Krieges zu entfliehen.

Ein General wollte zuvor die ostpreußische Zivilbevölkerung im
Stich lassen. Er wurde abgelöst und ein hehrer General verteidigte
den Kessel von Heiligenbeil, damit der ostpreußischen
Bevölkerung ihre Flucht gen Westen ermöglicht wurde.

Wir haben es geschafft, weil du und viele deiner Kameraden uns
dies ermöglicht haben, aber ihr habt dafür euer Leben gegeben.

In unendlicher Dankbarkeit
Deine Söhne Bernd und Karsten

festhalten. Da ihm die Gabe des
Humors und der feinen Ironie ge-
geben ist, könnte die Veröffentli-
chung von Erfolg gekrönt werden.
Gerhard Landau



Nordrhein-
Westfalen

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21,
59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037.
Fax (02964) 945459, E-Mail:
Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de,
Internet: Ostpreussen-NRW.de



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner,
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Verschiebung der Frühjahrstagung

Landesgruppe - Die für den 21.
März vorgesehene Frühjahrstagung
findet nicht statt!

Liebe Kreisvorsitzenden, Delegierte
und Mitglieder, das Corona-Virus
breitet sich in Nordrhein-Westfalen
immer weiter aus. Die Mel-
dungen über Infizierte und unter
Quarantäne Gestellte häufen sich.
Das Robert-Koch-Institut in Berlin
gab die Empfehlung heraus, geschlossene
Veranstaltungen sowie
Restaurant-/Gaststättenbesuche
möglichst zu meiden.

Der Vorstand der Landsmannschaft
Ostpreußen, Landesgruppe
NRW, hat deshalb beschlossen, die
für den 21. März 2020 im Oberhausen
Hotel Haus Union vorgesehene
Landes- Kultur- und Frauen-
tagung aus Gründen höherer Gewalt
zu verschieben. Die Kreisvorsitzenden,
Delegierten und Mitglieder
werden über den neuen
Termin rechtzeitig unterrichtet.

Wilhelm Kreuer

Ennepetal - Die Landsmannschaft
Ostpreußen veranstaltet am Sonn-

abend, den 14. März, ihren nächs-
ten Monatstreff zusammen mit
dem BdV Kreis- und Stadtverband.
Beginn der Veranstaltung ist 15
Uhr in der Heimatstube an der
Kirchstraße 52 in Ennepetal. Es
werden Kaffee und Kuchen ser-
viert. Gäste sind zu dem Treffen
herzlich willkommen.



Schauspieltalente gesucht Das Theater am Forum Baltikum sucht für
eine Inszenierung Darstellerinnen und Darsteller (hier ein Szenefoto
aus „Biedermann und die Brandstifter“, dem aktuellen Stück der Ditt-
chenbühne)
Foto: Forum Baltikum - Dittchenbühne

Dittchenbühne lädt zum Casting
für „Wann brennt Copernikus?“

Elmshorn - Das Elmshorner „Fo-
rum Baltikum - Dittchenbühne“
bietet Menschen, die gern Theater
spielen möchten, eine tolle Chan-
ce: Für die neue Inszenierung des
Stücks „Wann brennt Coperni-
kus?“ werden noch Darstellerin-
nen und Darsteller gesucht.

Dittchenbühnen-Chef Raimar
Neufeldt erläutert: „Für das Ko-
pernikus-Stück wird es bis zu zwölf
Aufführungen in Elmshorn geben
und zehn auf der Herbst-Tournee
rund um die Ostsee. Zuvor kommt
natürlich eine ganze Reihe von
Proben dazu. Momentan halten
wir Ausschau nach jungen und al-
ten Bühnentalenten.“

Wer interessiert ist, sollte sich
zunächst einmal - am besten per E-
Mail - im Theaterbüro melden:
buero@dittchenbuehne.de. Danach
wird dann zum Casting gebeten.
Neufeldt: „Terminlich richten wir
uns dabei nach den Bewerbern.“

Darüber hinaus, so Raimar
Neufeldt, könne die Bühne immer

Mitwirkende für das Kinderthea-
ter brauchen. Der Aufwand hierfür
kann völlig unterschiedlich sein, je
nach Rolle und Stück. So werden
beim Weihnachtsmärchen viele
Rollen doppelt besetzt, um die

jungen Darstellerinnen und Dar-
steller zu entlasten. Für interes-
sierte Kinder, Jugendliche und für
ihre Eltern ist auch in diesem Fall
das Theaterbüro der erste An-
sprechpartner.

durchschnitt von 82 Jahren. Die
durchschnittliche Besucherzahl
betrug im vergangenen Jahr 25,7
(im Vorjahr: 30,2).

Im Anschluss an die Mitglieder-
versammlung hielt Gerhard Raßner

einen Vortrag unter dem Titel „Rei-
sen über Oder und Weichsel, da
kann man was erleben“. Im Gegen-
satz zu den üblichen Darstellungen
von Heimatreisen, in denen vor
allem die besuchten Örtlichkeiten ins
Bild gerückt werden, schilderte der
nordhessische Bewunderer Königs-
bergs so manche Unsäglichkeiten
bei Grenzübertritten, Verständig-
ungsschwierigkeiten mit den jetzt
dort Lebenden und die eine oder
andere Merkwürdigkeit organisato-
rischer oder technischer Art, wel-
che den Aufenthalt mitunter zu ei-
nem Abenteuer werden ließen. Der
Erfahrungsschatz des Referenten
ist groß, besuchte er doch den Nor-
den Ostpreußens immerhin 32 Mal.

Seine Erlebnisse will Gerhard
Raßner übrigens in einem Buch

Wirken Sie mit an
der Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«
Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

Kulturzentrum Ostpreußen
Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der
Hauptmann von Köpenick
Sonderausstellung vom 7. März
bis 30. August 2020
Am 16. Oktober 1906 besetzte
der aus Tilsit stammende Wil-
helm Voigt mit einigen Soldaten
das Köpenicker Rathaus und
raubte die Stadtkasse. Die „Kö-
penickiade“ ist das Thema einer
in dieser Form völlig neuen Aus-
stellung. Sie beleuchtet die ost-
preußische Abstammung Voigts
und rekonstruiert die Ereignisse
in Köpenick. Darüber hinaus
wird auch die Verarbeitung des
Schelmenstücks in der Presse
sowie in Literatur und Film in
den Blick genommen.
Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9
91792 Ellingen/Bay.
www.kulturzentrum-
ostpreussen.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 3x3 magic square and a 7x7 word search grid.

Schüttelrätsel

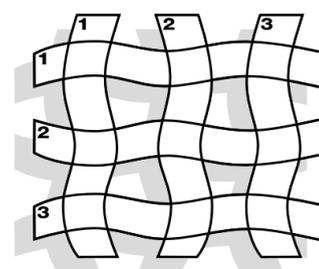
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die
Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern.
Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT
kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letter combinations like ADEE, LLRUW, AEMM, AKQRU, DEIR, AAERW, AFLU, ELRU, EEST, AAFIM, ASU, ADDE, EK, EFRR, TU, EEF.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames
Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes
Wort für Wohlbefinden.

Grid for Mittelworträtsel with words: WINTER, FABRIK, MOEBEL, MEHL, MODE, BACH, ARZT, SERIE, FORM, LEIM, NEST, HEMD, FILET, KONSUL.



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senk-
recht dieselben Wörter in das Dia-
gramm.

- 1 Schaufel
2 Verkäufer von Kaltspeise
3 Förderer, Gönner

Heimatkreisgemeinschaften


Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

Schiedsgericht beantragt

Trotz der Klarstellung des Sprechers in der PAZ vom 16. August 2019, dass in der Landsmannschaft zwei unabhängige Kreisgemeinschaften mit getrennten Zuständigkeiten für die Stadt und den Landkreis Allenstein bestehen, verbreitet die Kreisgemeinschaft Allenstein weiterhin, dass ihre Zuständigkeit beide Bereiche umfasst. Dies geschah zuletzt mit dem Heimatjahrbuch 2019, das Ende vorigen Jahres erschien.

Da freundliche Appelle erfolglos waren, hat die Stadtgemeinschaft beschlossen, den von der Satzung der Landsmannschaft für solche Fälle vorgesehen Weg zu beschreiten und eine endgültige Klärung durch ein Schiedsgericht herbeizuführen. Wir hoffen, dass damit die Irritationen für unsere Mitglieder ein Ende finden werden.


Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 - 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Samonien. Ein Gut und Gestüt im östlichen Ostpreußen 1890 - 1944

Geschichte wird erst plastisch, wenn Elemente des Makro und des Mikro zusammengefügt werden. Dieses Kunststück gelingt Wolfgang Rothe immer wieder auf das Beste.

Seine zu Recht als Standardwerk bezeichnete „Siedlungs-Geschichte von Preußisch-Litthauen am Beispiel des Kirchspiels Tollmingkehmen“ bildet Rahmen und Hintergrund. Ein Fotoalbum als DVD illustriert die Darstellung und macht sie optisch erfahrbar. Zwar handelt es sich um private, familiäre Dokumente. Da aber die ostpreußische Gutswirtschaft und Gutsherrschaft familiär ausgerichtet und bestimmt war, wird auf diese Weise ein lebendiges und wirklichkeitsnahes Bild vor dem entsprechenden Zeithorizont vermittelt. So wird nicht nur ein Gut und Gestüt im östlichen Ostpreußen beschrieben, sondern optisch prä-

sentierte, wobei erkennbar wird, wie sich die „große“ Politik an der Basis auswirkte.

Die generelle Beschreibung der ostpreußischen Güter bleibt eine leere Hülse, wenn keine konkrete Vorstellung vermittelt wird. Das geschieht durch die vorgelegte DVD, die das Foto-Album mit Dokumenten aus der Zeit von 1890 bis 1944 enthält. Wer nicht nur die Blanko-Formulierung von der Einheit eines ostpreußischen Gutes aufnehmen, sondern dies konkret belegt und belebt erfahren möchte, findet hier ein treffliches Beispiel.

Die Menschen, die Ostpreußen in seiner hier erfahrbaren Form erlebt haben, werden aus biologischen Gründen immer weniger. Zwar umgibt diese östliche Provinz ein Mythos. Für Nachkommen von Ostpreußen, noch weniger für solche, die keinen persönlichen Bezug zu der Region haben, wird das „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ immer entfernter und undeutlicher. Belege des früheren Lebens können helfen, Gegend und Menschen vorstellbar erscheinen zu lassen. So wird Geschichte fassbar und kann Erinnerung erhalten bleiben – auch über Generationen hinweg.

Das ist der Sinn und Gewinn der veröffentlichten Dokumente.

Prof. Dr. George Turner
Selbstverlag-DVD, 19,90 Euro,
über info@wolfgangrothe.de


Gumbinnen

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Acht tägige Busreise nach Gumbinnen, 27.05. bis 03.06.2020

Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen, Reiseleitung: Gerhard D. Thies

Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Kreisgemeinschaft an einer Reise nach Gumbinnen. Bei der Stadtführung in unserer Kreisstadt kann Ihnen der Gumbinner Gerhard Thies kompetent aus eigenem Erleben die historische Entwicklung der Stadt erläutern, bis zum heutigen gelungenen Aufbau von Gusev, an dem die Kreisgemeinschaft ihren Anteil hat. Mit Recht kann man von der schönsten Stadt im Königsberger Gebiet sprechen.

Programmablauf:

1. Tag: Anreise nach Thorn
Fahrt ab Hannover mit Zustiegs-möglichkeiten entlang der Fahrt-

route bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn. Ihr in Altstadtnähe gelegenes Hotel ist ein guter Ausgangspunkt, um am Abend noch die sehenswerte Thorer Altstadt auf eigene Faust zu erkunden.

2. Tag: Oberländischer Kanal
Nach dem Frühstück Weiterreise nach Ostpreußen. Südlich von Elbing erwartet Sie ein Höhepunkt Ihrer Reise: eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal. Hier überwinden die Schiffe auf der restaurierten Strecke zwischen Buchwalde und Hirschfeld den Höhenunterschied zwischen dem Ermeland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Anschließend Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang und von hier weiter bis nach Gumbinnen. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

3. Tag: Gumbinnen
Am Vormittag Stadtführung durch Gumbinnen mit dem gebürtigen Gumbinner Gerhard D. Thies. Sie besuchen unter anderem den Gumbinner Elch, die frühere Friedrichsschule mit Besichtigung der historischen Freskos mit der Darstellung der Ankunft der Salzburger in Ostpreußen, die neue russisch-orthodoxe Kirche, die historische neugotische Fassade der früheren Volksbank, und die Gedenkstätte in der ehemaligen Wilhelmstraße. Ein Spaziergang auf der Promenade an der Pissa führt vorbei an den russischen Ehrenmalen zum Ersten und Zweiten Weltkrieg, zum alten Friedhof und neu erbauten Sportzentrum am Zusammenfluss von Pissa und Rominte.

Am Nachmittag besuchen Sie bei einem kleinen Ausflug Judtschen/Kanthausen mit Besuch des restaurierten Pfarrhauses. Hier lebte von 1747 bis 1750 der junge Immanuel Kant als Hauslehrer der Kinder der Pfarrersfamilie. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

4. Tag: Trakehnen und Rominter Heide
Ausflug in die einzigartige Landschaft der Rominter Heide und Besuch des einst weltberühmten Gestütes in Trakehnen. Im früheren Forsthaus Warnen am Rande der Rominter Heide, in dem heute die russische Familie Sajac eine Landwirtschaft und ein kleines Gästehaus betreibt, werden Sie zum leckeren Mittagsimbiss erwartet. Für Ihre individuellen Ausflüge steht unser bewährter Taxiservice bereit. Übernachtung in Gumbinnen.

5. Tag: Königsberg
Nach dem Frühstück Weiterreise nach Königsberg. Während einer Stadtführung besichtigen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das Königstor und andere. Vom neuen Fischdorf starten Sie zu einer kleinen Bootsfahrt auf dem Pregel, an der Kneiphofinsel mit dem Dom vorbei bis zum Königsberger Hafen. Anschließend werden Sie in einem Restaurant zum gemeinsamen Mittagessen erwartet.

Ein Höhepunkt Ihres Ausfluges nach Königsberg ist ein Orgelkonzert im Dom. Das in Deutschland hergestellte Instrument gehört heute zu den größten im ganzen Ostseeraum. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

6. Tag: Kurische Nehrung
Heute unternehmen Sie einen Ausflug auf die Kurische Nehrung.

Die einzigartige Landschaft der zirka 100 Kilometer langen Landzunge zwischen der Ostsee und dem Kurischen Haff wird durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Bei einem Spaziergang auf die Epha-Höhe haben Sie eine grandiose Aussicht über die großen Sanddünen, die Ostsee und das Kurische Haff. Bei Rossitten besuchen Sie die Feldstation „Fringilla“ der 1901 gegründeten Vogelwarte Rossitten, damals die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Hier erleben Sie hautnah das Beringen der Zugvögel. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

7. Tag: Marienburg
Auf der ersten Etappe der Heimreise erwartet Sie noch ein letzter Höhepunkt Ihrer Reise: eine Führung durch die Marienburg. Die weltweit größte aus Backstein errichtete Burganlage beeindruckt den Besucher bis heute durch ihre Größe und Architektur.

Anschließend Weiterreise nach Westen durch Pommern zur letzten Zwischenübernachtung in Schneidemühl/Pila.

8. Tag: Heimreise
Rückreise nach Deutschland.

Programmänderungen sind möglich. Leistungen:

- Fahrt im modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC und Kaffeeküche
 - 1 Ü/HP in Thorn, Hotel „Bulwar“
 - 3 Ü/HP in Gumbinnen, Hotel „Kaiserhof“
 - 2 Ü/HP in Königsberg, Hotel „Tourist“
 - 1 Ü/HP in Schneidemühl/Pila, Hotel „Gromada“
 - Besichtigungsprogramm wie beschrieben
 - deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen sowie zu den Besichtigungen in Polen
 - Visa-Beschaffung
- Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen.
Preis p.P. EUR 799,-,
Einzelzimmerzuschlag: EUR 175,-
Visagebühr: EUR 85.
Auskunft bei der Kreisgemeinschaft Gumbinnen, Vorsitzende Karin Banse, Tel. (05825) 642.
Anmeldungen direkt beim Reiseveranstalter Partner-Reisen Grund-Touristik GmbH & Co. KG, Telefon (05132) 58 89 40.


Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

32. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land

Freitag, 20. März bis Sonntag, 22. März, Pension „Quellenhof“ Altenau, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz.
Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.

ANZEIGE



Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen. 1 Kor. 13,13

Nach einem erfüllten Leben ist sie von uns gegangen.

Edith Vogel
geb. Boczek

(Vater: Rudolf Boczek,
Mutter: Ida Boczek, geb. Zach)

* 14.9.1925 Kannwiesen, Kr. Ortelsburg
† 11.2.2020 Köln

In Liebe und Dankbarkeit

Ulla Hettlage, geb. Vogel und Thomas Hettlage

Kondolenzadresse: Kremer Bestattungsunternehmen Jakobstr. 24, 50678 Köln

**Königsberg-Stadt**

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg.
Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Vorstandstagung in Duisburg

Am 29. Februar traf sich der im September 2019 neu gewählte Vorstand der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr.) in der Patenstadt Duisburg zu seiner konstituierenden Sitzung im Patenschaftsbüro.

Dem Vorstand gehören neben langjährig bewährten Persönlichkeiten wie Lorenz Grimoni, Dr. Eberhard Neumann von Meding, Dr. Christean Wagner, Dr. Wolfgang Reske, Dr. Dirk Hagen und Klaus Weigelt acht neue, davon drei kooptierte Mitglieder an: als Schatzmeisterin Heike Verena Paulun, die schon in den 1980er Jahren als damals jüngstes Mitglied im Vorstand mitarbeitete, und der bereits durch seine Artikel im „Königsberger Bürgerbrief“ bekannte Jörn Pekrul; weiter der Slawist Dr. Wolfram Eggeling, der Internet-Experte Andreas Schaaf-Fiege und die neue Schriftführerin Margret Matuschik; als Kooptierte die Buchautorin Henriette Piper, der Kirchenbauexperte Dr. Torsten Walter und der Bobrowski-Experte und Orgelbauer Jörg Naß.

Mit diesem erweiterten und deutlich verjüngten Vorstand ist die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr.) gut gerüstet für die Aufgaben, die in den 2020er Jahren zu bewältigen sein werden. Da geht es vor allem um die Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, wo seit 2016 die Bestände des früheren Museums Stadt Königsberg ihre Heimat ge-

funden haben. Zum anderen steht 2021 das 70jährige Jubiläum der außerordentlich erfolgreichen Patenschaft mit Duisburg (1951–2021) auf der Tagesordnung. Und schließlich wirft bereits jetzt das Kant-Jubiläum 2024 – 300 Jahre Immanuel Kant – sein Licht auf die Arbeit der Stadtgemeinschaft.

Im Vordergrund der Duisburger Sitzung standen zunächst das Kennenlernen und die Integration der neuen Vorstandsmitglieder. Es wurden viele neue und bereichernde Aspekte der Verbundenheit mit Königsberg und der Stadtgemeinschaft geäußert. Der direkte persönliche Herkunfts- und Verbundenheitsaspekt durch Kindheit, Eltern und Großeltern oder Verwandte wird mit den Jahren immer geringer. Dafür treten kulturelle, historische und geistige Aspekte der Verbundenheit in den Vordergrund. Königsberg wird als einzigartige ostpreußische Metropole von vielen Menschen erkannt und wertgeschätzt, die Zusammenarbeit mit den Freunden in Königsberg wird wie bisher schon auch von den Neumitgliedern als eine zusätzliche Aufgabe der Zukunft gesehen, besonders im Hinblick auf das Kant-Jubiläum.

Zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum wurde die nächste Sitzung des Vorstandes für den 27. Juni 2020 nach Lüneburg einberufen. Die diesjährige Mitgliederversammlung/Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft findet am 12. September 2020 in Duisburg statt. Hierzu wird in der Sommerausgabe des „Königsberger Bürgerbriefes“ mit Tagesordnung eingeladen.

Insgesamt zeigten sich eine motivierende Aufbruchsstimmung und eine inspirierende menschliche Atmosphäre im neuen Vorstand. Klaus Weigelt

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.



Königsberg, Pr. um 1900
Ostpreußen früher Der Roßgarten war ein historischer Stadtteil von Königsberg. Er schloss sich direkt nördlich an die Burgfreiheit an und lag am östlichen Ufer des Schlosssteiches innerhalb des Stadtwalles. Das Bild zeigt den Roßgarter Markt mit Blick in die Königstraße in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg

800 WÖRTER MASURISCH

Von „bschedda“, „kowera“ und „dschjad“

Siegmond R. Fröhlich hat den Klang der Sprache seiner Vorfahren aus der Erinnerung heraus festgehalten

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In Masuren, dem südöstlichen Gebiet Ostpreußens, war Masurisch noch bis zum Zweiten Weltkrieg die Alltagssprache großer Teile der ländlichen Bevölkerung. Der Wortschatz dieses eigentümlichen Idioms ist zu rund zwei Dritteln der polnischen und zu einem Drittel der deutschen Sprache entlehnt.

Der Ursprung der masurischen Sprache liegt in der Ordenszeit. Sie entstand wahrscheinlich „als sprachliche Brücke zwischen den nach Mazury zugewanderten zwei Hauptethnien“, der slawischen und der germanischen. Diese Vermutung äußert Siegmund R. Fröhlich in seinem Buch „Masurische Wortschatze und Familiengeschichten. An der Tür meiner Erinnerungen“. Sein Buch hat Fröhlich, Jahrgang 1955, seinen Großeltern, Eltern und Verwandten gewidmet, die diese Sprache noch gesprochen haben, sowie all denen, die an ihr interessiert sind.

Die masurische Sprache ist untergegangen, aber doch noch nicht ganz. Der Autor ist einer von wohl nur noch sehr wenigen ehemaligen Spätaussiedlern, die ihren Klang noch gut in Erinnerung haben. Bis zu seiner Umsiedlung nach Nordenham/Unterweser im Jahr 1972 lebte er mit seinen Eltern im Osten Polens nahe der Grenze zu Weißrussland. Trotz seiner anfänglich nur rudimentären Deutschkenntnisse machte er 1975 Abitur, studierte und promovierte in Technischer Chemie. Er arbeitete in der Industrie und war anschließend 21 Jahre als Professor an der Fachhochschule Emden tätig.

Ferien bei den Großeltern verbracht

Seit seiner frühen Kindheit verbrachte er die Sommerferien zumeist auf dem Bauernhof seiner Großeltern in Ogródkten bei Lyck [Elk]. Dorthin waren sie und einige andere Familienmitglieder 1945 nach der gescheiterten Flucht vor der anrückenden Roten Armee zurückgekehrt. Unter polni-



Masuren: So, wie für den Landstrich in Ostpreußen Seen und Alleen charakteristisch sind, ist es auch seine Sprache, das Masurische

scher Herrschaft brach für sie und die übrigen in Masuren verbliebenen Deutschen erst nach Jahren eine friedlichere Zeit an, als die Regierung die Deutschen zu sogenannten „mazurskie autochtony“ (masurischen Ureinwohnern) erklärt hatte. Sie mussten allerdings ihre deutschen Pässe und Papiere abgeben und sich polnische Dokumente ausstellen lassen.

Als Richard Fröhlich nach seinem Eintritt in den Ruhestand mit der Sammlung masurischer Wörter begann, konnte er auf kein Buch oder Schriftstück zurückgreifen, um sich an der Schreibweise zu orientieren. Er kannte nur die lokal gefärbte Mundart seiner Großeltern und Verwandten, denen die masurische Sprache auch nur mündlich übermittelt worden war. 800 Wörter der „Mazurska Gwara“ oder „Ma-

zurska Gadna“ hat er mit Unterstützung eines Onkels und mehrerer namentlich nicht genannter Personen gesammelt und in deutscher Phonetisierung aufgeschrieben. Die Substantive sind klein geschrieben. Durch Nachsprechen kann man sich somit eine Vorstellung vom Klang dieser Sprache machen. Einige Beispiele: tsejtunek (Zeitung), zenitsch sje (heiraten), bschedda (Armut), kowera (Briefumschlag), dschjad (alter Kerl), gzijsdatsch (pfeifen). – Einzelne der aufgelisteten Wörter waren übrigens der Rezensentin des Buches, bekannt, weil ihre Mutter sie gelegentlich in ihre Rede eingestreut hat.

Besonders reizvoll an dem nun vorliegenden ersten masurisch-deutsch-polnischen Wörterbuch sind die vorangestellten, mit Fotos und passenden Wortköstlichkeiten

angereicherten Familiengeschichten und Überlieferungen aus Ogródkten. Letztere handeln von Bräuchen an Fest- und Feiertagen, von Leben und Arbeit auf dem Hof im Kreislauf der Jahreszeiten und uraltem Aberglauben. Zusätzliche Informationen zur Geschichte Masurens und seiner Sprache hat der Autor durch Internet-Recherche zusammengestellt. Auf der polnischen Internetseite zur Mazurska Gwara fand er ein masurisches Gedicht, das den Abschluss dieses kleinen, mit liebevoller Sorgfalt erstellten Bandes bildet.

Siegmond R. Fröhlich: „Masurische Wortschatze und Familiengeschichten. An der Tür meiner Erinnerungen“, Isensee Verlag, Oldenburg 2019, broschiert, 96 Seiten, 9,90 Euro

Entwicklung der Trakehner Zucht nach dem Krieg

Neuanfang im Westen Von der 30000 Kopf starken Population erreichten lediglich knapp 1000 Tiere den rettenden Westen. Nur 27 Stuten aus dem Hauptgestüt Trakehner kamen in der heutigen Bundesrepublik an. Trakehner leben dennoch weiter. Bereits am 23. Oktober 1947 konstituierte sich in Hamburg der „Verband der Züchter und Freunde des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung e.V.“, kurz „Trakehner Verband“. 1962 fand der erste Trakehner Hengstmarkt in Neumünster statt, der bis heute zu den gefeierten Veranstaltungs-Höhepunkten im Jahr zählt und von Gästen aus der ganzen Welt besucht wird. Heute sind über 2500 Stuten beim Trakehner Verband mit weit über 3500 Mitgliedern registriert. Trakehner genießen in den sportlichen Disziplinen und wegen ihrer Vielseitigkeit hohes Ansehen, und Züchter, Freunde und Förderer der edlen Pferderassen sorgen für ihr Fortbestehen rund um den Globus.

Informationen: Trakehner Verband e.V., Rendsburger Straße 187A, 24537 Neumünster, Telefon (04321)90270, www.trakehner-verband.de



Stolzes Zucht Pferd: Die Stute „Belle Fleur“

Foto: Stefan Lafrentz

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Ermordung einer besonders wehrlosen Bevölkerungsgruppe

Ein Ausstellung in Oppeln widmet sich dem NS-Euthanasie-Programm in Schlesien

Am 3. März wurde in Oppeln eine Ausstellung eröffnet, die sich den schlesischen Opfern der NS-Patientenmorde widmet. Als Ausstellungsort wurde das Zentrale Kriegsgefangenen-Museum des Lagers Lamsdorf gewählt. Nach Auffassung Lucjan Dzumlas, Generaldirektor des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Oppeln und Gleiwitz, der die Ausstellung „Vergessene Opfer der NS-„Euthanasie““ nach Oppeln holte, ist dieses schwere Kapitel auch ein Teil der schlesischen Geschichte, der noch aufzuarbeiten ist.

Wissenschaftler der Stiftung Sächsische Gedenkstätten/Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein haben in einem zwei Jahre andauernden und von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ geförderten Projekt eine deutsch-polnische Wanderausstellung erarbeitet. Auf 21 Tafeln können die mörderischen Auswirkungen der NS-Gesundheitspolitik in Schlesien ergründet werden. Aus der preußischen Provinz Schlesien wurden zwischen April und September 1941 mehr als 2600 Patienten aus psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalten ins sächsische Pirna-Sonnenstein verlegt. Diese Patienten wurden im Rahmen der NS-Euthanasie in der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein ermordet.

Zur Eröffnung der Ausstellung reiste Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler des Freistaates Sachsen, aus Dresden an. In seiner Rede ging der Vertriebenenbeauftragte auf die Einmaligkeit der NS-Gräueltaten an der besonders wehrlosen Bevölkerungsgruppe ein: „Sie betraf Menschen, die noch das größte Urvertrauen in den Anderen hatten. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, weil meine jüngste Tochter in einem Heim für geistig Schwerbehinderte wohnt. Alle Kinder dort sehen in dem Anderen immer nur jemanden, der die helfende Hand reicht. Sie können gar nicht damit rechnen, dass jemand danach trachtet, sie auszuschließen“, so Baumann.

Während andere deutsche Politiker bei solchen Angelegenheiten in der Regel Vergleiche zu aufkeimenden Nationalismen von heute ziehen, gab er zu bedenken: „Wie ist das mit der Abtreibung? Wie ist das mit der vollständigen Inklusion? Ist diese für die Kinder immer gut? Ich denke, dass auch diese Fragen wichtig sind. Es ist klar, dass diese Zeiten nie wieder kommen dürfen; aber man fängt im Kleinen an, den anderen zu achten. Wir müssen ihnen Liebe und Raum in unseren Herzen geben“, so der dreifache Vater Baumann.



Engagieren sich mit ihrer Ausstellung für ein brisantes Thema: Dr. Jens Baumann sowie Hagen Markwardt (rechts). Foto: C.W. Wagner

Hagen Markwardt, Wissenschaftler der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, gab zu bedenken, dass trotz einer Vielzahl an Literatur wissenschaftlicher und belletristischer Art zu den NS-Euthanasiemorden immer noch eine gewisse Schwierigkeit des Erinnerens bestehe. „Es wurde lange über die scheinbar banale Frage gestritten, ob die Namen der Opfer genannt werden dürfen, oder ob die Namen anonymisiert

werden müssten. Grund: Die Nennung der Namen könnte für die Angehörigen unangenehm werden. In dieser Argumentation schwingen noch alte eugenische Vorstellungen mit und zeigen, dass psychische Erkrankungen heute immer noch von Teilen der Gesellschaft stigmatisiert werden“, so Markwardt. Er ist froh, mit der Wanderausstellung in Oppeln auf offene Ohren gestoßen zu sein.

Dies sei nicht immer der Fall, so der Wissenschaftler, der mit Kollegen in Pirna-Sonnenstein eine zusätzliche Tafel für Patientenmorde in Bunzlau erarbeitet hat. Die niederschlesische Stadt zeige jedoch leider kein Interesse an der Ausstellung. Immerhin gab es auch in Schlesien selbst Krankenmorde. „Dabei handelte es sich um Kindereuthanasie. Es war eine eigenständige Mordphase. In dieser gab es die Verpflichtung, dass Neugeborene oder Kinder und Jugendliche mit sichtbarer Behinderung an einen sogenannten Reichsausschuss gemeldet werden mussten. Diese Meldungen dienten der Selektion von Opfern. Wurden diese als positiv begutachtet, wurden die Kinder an eine sogenannte „Kinderfachabteilung“ verwiesen. Davon gab es zwei: eine im Breslauer Krankenhaus Nord, dem Städtischen Psychiatrischen Klinikum, und im oberschlesischen Lublinitz (Lublinitz), wo sehr gut dokumentiert ist, wie durch Überdosierung von Medikamenten Kinder ermordet wurden“, so Markwardt. Chris W. Wagner

● **Die Ausstellung** „Vergessene Opfer der NS-„Euthanasie“. Die Ermordung schlesischer Anstaltspatienten 1940–1945“ in Oppeln ist noch bis zum 28. April zu sehen.

MEDIZIN

Arthur Lutze – Wunderheiler und Arzt

Ein Wellness-Pionier mit Patienten aus aller Welt – und einem Versandhandel

Arthur Lutze wuchs in Stettin auf, begann seine berufliche Laufbahn als Postbeamter in Nordhausen und begeisterte sich dann für Samuel Hahnemanns Homöopathie. Mit Folgen. Er entwickelte sich im Sog seines Vorbildes in Köthen zum Wunderheiler, zum Vorbild-Vegetarier, der seiner Zeit weit voraus war, und zum Wellness-Pionier. Mehr noch: Lutze trotzte der Kritik der konventionellen Medizin sowie seiner homöopathischen Kollegen, errichtete in der Residenzstadt der Askaner die damals größte homöopathische Klinik der Welt und behandelte Patienten aus allen fünf Erdteilen. Dazu betrieb er nebenbei zusätzlich den weltweiten Versand eigener Medikamente. Damit und mit der Gratisbehandlung von vielen mittellosen Patienten erlangte der Hahnemann-Nachfolger auch über seinen Tod vor 150 Jahren hinaus Weltgeltung. Sein pompöser Klinikbau im Stil der Neorenaissance, der erhalten blieb und kürzlich saniert wurde, war bis 1914 als Heilstätte in Betrieb.



Arthur Lutze (1813–1870, Kopie eines Gemäldes in der Lutze-Klinik in Köthen, Öl auf Leinwand) Foto: Wikipedia

Arthur Lutze wurde am 1. Juni 1813 in Berlin geboren. Sein Vater fungierte als hannoverscher Konsul Unter den Linden. Doch seine Kindheit und Jugend verbrachte der spätere Wunderheiler in Pommern. Er wuchs auf dem Familiengut Arthursberg bei Stettin auf, das nach ihm benannt wurde, besuchte das Stettiner Gymnasium und erhielt dabei eine vielseitige Bildung. Dazu prägte ihn die Küstenlandschaft Pommerns. Schon in seiner pommerschen Jugendzeit widmete sich Lutze recht ungewöhnlich einer gesunden Lebensweise. Nach dem gymnasialen Schulabschluss sorgte der frühe Tod seiner Eltern für eine Zäsur. Der junge Mann kam in materielle Schwierigkeiten, verzichtete auf ein Studium und trat in den Postdienst ein, der ihn nach Nordhausen in Nordthüringen brachte.

Fast 13 Jahre wirkte Lutze nacheinander in Nordhausen und Langensalza als Postschreiber und dann als Postsekretär. Doktor Philipp Rath, ein einheimischer Arzt, verwies ihn auf die Anfänge der Homöopathie und auf Samuel Hahnemann. Der Postbeamte las dessen Schriften, fühlte sich in seinen eigenen Anschauungen vielfach bestätigt und begann als Autodidakt intensive Studien zur Homöopathie. Mehr noch. Er behandelte nebenberuflich Freunde sowie Bekannte auf der Grundlage der Homöopathie. Die dabei erreichten Erfolge trugen ihm den Ruf eines Wunderheilers ein und brachten ihn zunächst in Nordhausen und dann in Langensalza auf Kollisionskurs mit den Behörden.

Ablehnung durch die Schulmedizin

Die Postvorgesetzten lehnten seine Nebentätigkeit ab. Die Schulmedizin bezeichnete ihn als Kurpfuscher und protestierte vor allem gegen die kostenlose Behandlung armer Patienten. Das brachte Lutze in Bedrängnis. Er quittierte deshalb 1843 in Langensalza den Postdienst, verfasste sein bekanntes „Manifest“, ein Be-



Lutzeklinik in Köthen: Das ursprünglich im Jahr 1855 eingeweihte Gebäude wurde in den letzten Jahren umfangreich renoviert. Im Garten befindet sich der Ausgangspunkt des Hahnemann-Lutze-Pfades (auch Homöopathiepfad) und ein homöopathischer Kräutergarten. Foto: Bachstadt-Köthen

kennntnis zur Homöopathie, und wechselte zunächst als Heilpraktiker nach Potsdam, wo er an einem Zivilwaisenhaus als Lehrer wirkte. Dabei blieb es nicht. Er behandelte in schneller Folge Tausende von Kranken, sammelte praktische Heilerfahrungen in großem Umfang und ergänzte die Vorgaben seines Vorbildes Hahnemann durch seine eigenen Erkenntnisse erheblich. Doch auch hier protestierte die zugelassene Ärzteschaft. Mit Erfolg. Die Behörden verboten ihm mit Hinweis auf seine „fehlende medizinische Approbation“ 1845 jede weitere Heiltätigkeit. Da kam Hilfe aus Köthen. Der Herzog von Anhalt-Köthen, der zuvor schon Samuel Hahnemann gefördert hatte, bot nun auch Lutze ein bleibendes Asyl und die Möglichkeit zur Heiltätigkeit. Das war die Rettung und bildete den Anfang für eine steile Karriere als Heilpraktiker.

Wie schon zu Hahnemanns Zeiten gedieh Köthen dank Lutze erneut zum Wallfahrtsort für Kranke, die von der Schulme-

dizin nicht geheilt wurden und deshalb keine Alternative sahen. Um sich vor weiteren Angriffen der Schulmedizin zu schützen, promovierte er 1848 nach eingehenden Studien der akademischen Medizin bis hin zur erfolgreichen Operation des Grauen Stars zudem an der Universität in Jena als „Doktor der Medizin und Chirurgie“.

„Prophet“ für eine neue Heilkunde

Fortan behandelte Lutze als Dr. med. und hatte noch größeren Zulauf. Mit seinem großen „Rauschbart“ wirkte er wie ein „Prophet“ für eine neue Heilkunde. Sein Angebotspektrum reichte von geradezu modern wirkenden diätischen Heilpraktiken über seine populäre Broschüre „Lebensregeln der neuen, naturgemäßen Heilkunde“, die binnen kurzem 64 Auflagen erlebte, und dem „Gesundheits-Kaffee“, der bis ins 20. Jahrhundert Verbreitung fand, bis zur eigenen Produktion von Medikamenten. Seine Medikamente und Broschüren verschickte er weltweit. Dar-

aus entstand ein Versandhaus moderner Prägung.

Als Krönung gilt der Bau seiner Klinik im Stil der Neorenaissance, die 1855 eingeweiht wurde. Die Klinik, die er über den Verkauf der spektakulären „Lutze-Taler“ finanzierte, die bis heute als begehrte Sammler-Objekte gelten, hatte mehrere große Krankensäle, über 70 Zimmer für vermögende Privatpatienten, verfügte über Heilbäder und glänzte zusätzlich mit Park, Bibliothek sowie eigener Kunstgalerie. Hier behandelte Lutze in der Folge im großen Stil eine reiche Klientel. Arme Patienten blieben aber auch weiterhin kostenfrei. Lutze und seine Klinik-Mitarbeiter behandelten allein 1864 ca. 26 690 Kranke. Im selben Jahr wurden zusätzlich 162 000 Anfragen und Bestellungen aus der ganzen Welt erledigt. Die stetig wachsenden Einnahmen verwendete er für neue Heil-Projekte, den Ausbau einer eigenen Ausbildungsanstalt für Heilpraktiker und für andere wohltätige Zwecke. Über diesen Erfolg starb der Aufsteiger, der auch zahlreiche Fachbücher veröffentlicht hatte, am 11. April 1870 in Köthen, das ihm bis heute ein ehrendes Andenken bewahrt.

Dieses reicht von einer Dauerausstellung zum Thema Homöopathie mit Lutze über das Denkmal im Köthener Schlosspark bis zur jüngsten Restaurierung der einstigen Lutze-Klinik und ihre Umnutzung in ein modernes Seniorenstift. Das gemeinsame Denkmal für die Heilpraktiker Hahnemann und Lutze im Köthener Schlosspark gegenüber dem früheren Klinikbau wurde 1897 von Heinrich Pohlmann geschaffen, einem maßgeblichen Vertreter der Berliner Bildhauerschule.

Martin Stolzenau

● **Info** Im Jahr 2010 wurde die ehemalige Lutzeklinik an die Kanzler von Pfau'sche Stiftung veräußert, die das Gebäude als „Lutze-Stift“ für ihre Zwecke umgebaut hat. <https://www.koethen-anhalt.de>

REISE NACH HINTERPOMMERN

Mit Pommern nach Pommern reisen

Busreise vom 12. bis 19. August 2020 mit den Rummelsburgern



Das Schlosshotel Podewils

Aufgerufen sind besonders Pommern-Nachkommen und Pommern-Interessierte, die schon immer mehr über das „Land am Meer“ erfahren wollten. Gerne auch unsere Zeitzeugen. Unter fachkundiger Reisebegleitung Hinterpommern erleben ist sicher eine spezielle Erfahrung. Es werden nicht nur interessante und historische Stätten und Bauwerke besucht, man erfährt Details zur Geschichte und genießt die wundervolle, stille Landschaft Hinterpommerns mit ihren Wäldern, Seen und der Ostseeküste mit ihren Dünenlandschaften. Einige Reisehöhepunkte seien genannt: Schlawe, Rügenwalde und Rügenwaldemünde. Wandeln auf den Spuren des Reichskanzlers Otto von Bis-

marck und seiner Ehefrau Johanna, geb. von Puttkamer, in Varzin, Wussow, Reinfeld B und Alt Kolziglow. Die Ostseeküste im Heimatkreis Schlawe unter professioneller Leitung der Zeitzeugin Brigitte Jerzewska, geb. Wirtz (*1928). Die Lonske Düne im Blauen Ländchen mit Leba, Rumbke und wiederum der Ostsee, Bootsfahrt über den Lebasee nach Klucken (Dorf der Lebakaschuben). Die Besteigung zweier der drei Heiligen Berge Pom-

merns (Pollnow und Revekol). Auch die Kirche in Groß Volz, deren Weiterbestehen ja erst kürzlich gesichert wurde mit dem dazugehörigen Friedhof der Familie von Massow wird besucht (siehe PZ in der PAZ Nr 6/2020).

Ein großes Treffen mit der Deutschen Minderheit aus Köslin, Stolp und Rummelsburg. Vorträge von Frau Jerzewska und Jürgen Lux. im Hotel Podewils runden das Programm ab, u.v.m.

Der Schlossee am Hotel Podewils lädt zum Verweilen ein

(Fotos: G. Stramm)



Unterbringung während der gesamten Reise im mittelalterlichen Schloß Podewils in Krangen. Der Schlosspark und die vielen Sitzmöglichkeiten am Hotel bieten abends Entspannung. Die idyllische Umgebung lädt zu Spaziergängen um die Seen oder Baden im Schlossee ein, sodass man die Tage in der Natur ausklingen lassen kann.

Besonders interessant bei solchen Heimatreisen ist es, dass immer wieder familiengeschichtliches Wissen einfließt.

Die 8-tägige Busreise startet in Bad Fallingb., über Hamburg, mit Zustiegmöglichkeiten an der A1 und A24. Preis im Einzelzimmer/Halbpension 750,50 €, im Doppelzimmer/Halbpension 617,50 € pro Person.

Reisebegleitung, weitere Information und Anmeldung bei Nikolaus von Puttkamer, Heimatkreisvorsitzender, Tel. 0731-62345 oder Dr. Jürgen Lux, Mail: jpo-lux@t-online.de Bitte beachten: Anmeldeschluss ist der 1. April 2020

● **Weitere Info**

<https://www.rummelsburg-de.underaktuelles.de>

● **POMMERSCHES LANDESMUSEUM**

SONNTAG, 22.03.11.00 Uhr
Eintritt: 4,50 Euro

ENTDECKUNGSTOUR
IM LANDESMUSEUM

Zeitreise in die Stein- und Bronzezeit Pommerns mit Dr. Sabine Lindqvist. Ist es nicht immer wieder spannend, sich vorzustellen, wie die Leute in früheren Zeiten hier lebten? Die Exponate zur Stein- und Bronzezeit helfen uns, die Vergangenheit Pommerns zu besuchen. Die Führung beginnt ca. 6400 v. Chr. auf Rügen und streift dann die zahlreichen Veränderungen während der Jungsteinzeit. Ein materialreicher Hortfund sowie Schmuck und gut erhaltene Waffen entführen uns schließlich in die Bronzezeit, aus der wir von einer Fruchtbarkeitsgöttin wieder verabschiedet werden.



(Foto: Pommerisches Landesmuseum)

Rakower Straße 9 17489 Greifswald
Telefon: +49 (0) 3834 83 12
www.pommersches-landesmuseum.de

„Polen stand Gewehr bei Fuß“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die Frage wird sein, wie lange der grünste Grüne noch Hurra schreien wird. Vielleicht bis zu dem Moment, wenn an Wohnungseigentümer herangetreten wird: Erst kommt der Appell, dann die Anordnung.“

Jens Pauly, Düsseldorf

zu: Eine zweite Migrationswelle könnte das Land zerreißen (Nr. 10)



Ausgabe Nr. 10

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DAS KLEINERE ÜBEL
ZU: ALS DIE FRANZOSEN IM MEMELLAND DAS SAGEN HATTEN“ (NR. 5)

Von einer „unrühmlichen“ Franzosenzeit im Memelland kann keine Rede sein, zumal die Franzosen nur eine kurze Zeit das Sagen hatten. Nachdem der Bevollmächtigte des Reiches, Graf Lambsdorff, das Memelland dem französischen General Odry übergeben hatte, versicherte dieser den deutschen Beamten dort die Wahrung aller Rechte und forderte sie auf, im Dienst zu verbleiben. Zugleich setzte er ein Direktorium (aus Einheimischen) ein. Auch war er ein Freund einer Freistaaten-Lösung für das Memelland.

Neben den zitierten „preußischen Klein-Litauern“ Erdmann Simoneit und Hugo Reidys sind noch andere Memelländer zu benennen, die ihr Herz für Litauen entdeckten. So Viktor Gallus, Martin Janikus, Wilhelm Gaigalat, Storost/Tilsit. Sie waren Beamte, Pfarrer, Sekretäre, Referendare, Lehrer und hatten dem deutschen Staat bisher loyal gedient.

Ihre Eltern waren deutsche Staatsbürger und auch als „Preußisch-Litthauer“ deutsch gesinnt. Übrigens: Preußisch-Litthauer waren keine Litauer, aber das ist ein anderes Thema. Sie gaben ihren Kindern deutsche Vornamen, was diese vergessen wollten, indem sie Vor- und Zuname in der Schreibweise litauisierten. Vergessen haben sie auch, dass sie ihr Wissen und Denken allein der deutschen Kultur verdanken. Die Litauer, die dann im Memelland das Sagen hatten, honorierten eine solche litauische Gesinnung.

Für das Reich war damals der Einmarsch der Litauer ins Memelland das kleinere Übel, bevor Polen hier seine Truppen mobilisieren würde. Polen stand Gewehr bei Fuß. Wissend, dass die Zeit für Deutschland arbeiten wird, sah man den anberaumten Wahlen mit Zuversicht entgegen.

Die vier Wahlen im Memelland von 1935 bis 1938 ergaben einen über 80 bis 90 Prozent hohen Anteil für die Deutschen, trotz ständiger Schikanen und Unterdrü-

ckungsmaßnahmen durch Litauen, eine Litauisierung der Deutschen gelang nicht. Es ist nachweisbar, dass die einheimischen „Preußisch-Litthauer“ ebenfalls die deutsche Liste gewählt haben. Der ständige Zuzug von Litauern aus Litauen änderte am Wahlergebnis nichts.

Nicht unerwähnt soll sein, dass die amerikanischen Litauer erhebliche Geldsummen Litauen zur Verfügung stellten.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

NACHTRÄGLICH IDENTIFIZIERT
ZU: GLÜCKWÜNSCHE (NR. 7)

Beim Aufschlagen der Glückwunscheite in der PAZ fiel mir gleich das veröffentlichte Bild, das ich auch besitze, auf. Es ist aufgenommen nördlich vom Fischerort Stombeck, Kreis Königsberg (Pr), seit dem 1. Oktober 1934 zusammen mit Plöstwehnen eingemeindet in die Gemeinde Willkeim mit künftigem Namen Willkeim.



Fischer auf dem vereisten Kurischen Haff: Rechts fischen zwei Baltruschs mit

Die Landkreise Fischhausen und Königsberg (Pr) wurden am 1. April 1939 zum Landkreis Samland zusammengelegt. Auf der Aufnahme sind mein Onkel Fritz Baltrusch (Dritter von rechts, *5.8.1907 in Stombeck, †19.6.1995 in Bergisch Gladbach) und seine Frau Eliesabeth Baltrusch geborene Rakau (Erste von rechts,

*29.4.1915 in Stombeck, verstorben am †25.4.2007 in Bergisch Gladbach) zu sehen. Wer die übrigen Personen sind, wird man wohl nicht mehr herausfinden können. *Hans-Georg Baltrusch, Bremerhaven*

ERHEBLICHE ZWEIFEL
ZU: DIE LETZTE FAHRT DER „WILHELM GUSTLOFF“ (NR. 4)

Zu den von Ihrem Autor dargebrachten statistischen Zahlen habe ich erhebliche Zweifel, da sie nach meinem Empfinden weder für den Januar 1945 noch für die gesamte Evakuierungsaktion zutreffen. Mir bekannten Informationen nach sind während der Evakuierungszeit mindestens 20 Schiffe mit Flüchtlingen durch Torpedierung, Bombardierung beziehungsweise Minentreffer auf See geblieben. Die Zahl der Opfer liegt über 24000 Menschen. *Wolfgang Stephan, Rostock*

UM DIE ECKE GEDACHT
ZU: RIESENSTAUS IN KÖNIGSBERG (NR. 4)

Der Artikel ist an mehreren Stellen inhaltlich schief. Der Autor berichtet von einer Großbaustelle auf der Brandenburger Straße in Ponarth, die lange Staus verursacht. Dann erklärt er die Brandenburger Straße zu einer Magistrale, die mit dem Zentrum und mit dem Steindamm direkt verbunden ist. Hier muss er also mehrfach „um die Ecken“ gedacht haben.

Weiter spricht er von Gleisbauarbeiten vor dem Straßenbahndepot auf der Brandenburger Straße. Die Straße hier vor dem ehemaligen Depot Süd hieß zu deutscher Zeit Dirschauer Straße. Das Straßenbahndepot gleich südlich vom Hauptbahnhof, den die Russen Südbahnhof nennen, muss also noch in Betrieb sein. Im Jahr 2002 bin ich noch mit der Straßenbahn – ehemalige Linie 15, die am Ponarther Kino ihre Wendeschleife hatte – nach Ponarth gefahren. Einige Zeit später wurden die Gleise ab Depot stillgelegt und ausgebaut.

Von dem einst umfangreichen Straßenbahnnetz in Königsberg ist so gut wie nichts geblieben. Eine letzte Linie mit der Nr. 5 verkehrte im Juli 2019 noch vom Hammerweg über Nordbahnhof, Roßgärtner Tor und Dom nach Rosenau und umgekehrt. Wenn der Autor schreibt, dass man mit drei Hauptlinien per Bahn nach Ponarth gelangen kann, dann muss ihm wohl einiges entgangen sein.

Jürgen Druske, Hannover

STEINE IM GLASHAUS
ZU: WEHE, WENN BERLIN COURAGE ZEIGEN WILL (NR. 6)

Es ist schon unglaublich, wie wenig Gabe an Selbstreflexion die Abgeordnete Regina Kittler besitzt. Ihren Satz „Hindenburg hätte dazu beigetragen, die Demokratie in Deutschland zu zerstören“ sollten sie und ihre Parteigenossen erst einmal auf sich anwenden. Sprich, kehren vor der eigenen Haustüre, bevor mit Steinen im Glashaus geworfen wird.

Berlin, mit der ureigenen Rot-Grün-Rot-Wolke, zerstört mehr Demokratie, als diese Damen und Herren es anderen angeeignet lassen wollen. Im Zuge der Streichung der Ehrenbürgerschaft Hindenburgs sollte man dann auch über die Entfernung des Karl-Marx-Denkmal in Trier nachdenken.

Manfred Hemmersbach, Köln

BEDAUERNSWERTE ZITTAUER
ZU: FRAGWÜRDIGEN BOTSCHAFTEN KANN MAN NICHT „ENTKOMMEN“ (NR. 9)

Wie bitte? „Flucht und Vertreibung – beides Worte, die man als Migration betrachten kann und betrachten sollte.“ Der Oberbürgermeister von Zittau, Thomas Zenker, will also eines der schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu Wanderschaften verharmlosen. Weiß der Mann, was er öffentlich von sich gibt? Bedauernswerte Zittauer!

Detlef Schwenkler, Hamburg

ANZEIGE

Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg

■ »Was hat die Generation meines Vaters dazu bewogen, nur zwanzig Jahre nach dem Ersten Weltkrieg Adolf Hitler in einen neuen Krieg zu folgen?«

Die Suche des Autors nach einer Antwort führt zu überraschenden Ergebnissen: Dokumente beteiligter Außenministerien, Notizen und Memoiren englischer, französischer, italienischer und amerikanischer Regierungschefs, Minister, Diplomaten und Armeoberbefehlshaber belegen: Es war eine ganze Anzahl von Staaten, die den Zweiten Weltkrieg angezettelt haben. Zusammenhänge werden deutlich, die bislang schlichtweg übergegangen wurden.

»Dieser Krieg«, so der Generalmajor a. D. Schultze-Rhonhof, »hat viele Väter«.

Vieles in unserer deutschen Geschichte zwischen 1919 und 1939 ist ohne Kenntnis des zeitgleichen Geschehens in anderen Ländern nicht zu verstehen, zu eng greifen oft Wirkung und Wechselwirkung ineinander. Doch es ist nicht allein die zeitgleiche Geschichte unserer Nachbarvölker, die den Kriegsbeginn beeinflusst hat, es ist auch – und das nicht unerheblich – die gemeinsame Vorgeschichte der streitenden Parteien. Der israelische Botschafter in Bonn, Asher ben Nathan, antwortete in einem Interview auf die Frage, wer 1967 den

6-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: »Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.« So hat fast jede Geschichte ihre Vorgeschichte.

»Wer sich informieren möchte, hat ein Problem: das meiste, was im Buchhandel angeboten wird, folgt der Version der Siegermächte – und die revisionistische Literatur, die es unter dem Ladentisch auch gibt, neigt dazu, Hitlers Politik zu beschönigen. Kaum jemand weiß, dass Deutschland bis heute vertraglich gebunden ist, sich an die Geschichtsversion der Siegermächte zu halten. (...) Die Verpflichtung Deutschlands, die eigene Geschichte durch eine fremde Brille zu sehen, wurde 1990 vertraglich verlängert! (...) Schultze-Rhonhof erzählt ganz einfach die Geschichte so, wie sie nach heutiger Quellenlage abgelaufen ist. Besonders spannend in diesem Buch ist die Analyse der so genannten Schlüsseldokumente, die in Nürnberg herangezogen wurden, um der Reichsführung und den Generälen eine langfristige Weltkriegsplanung nachzuweisen. (...) Das bisher beste Buch zum Thema, das man besonders auch jüngeren Leuten in die Hand drücken sollte.« *Dr. Bruno Bandulet*

Gerd Schultze-Rhonhof: 1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte • Paperback • 711 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 971 800

Sonderausgabe
nur 19,99€*
statt 48.–€

Gerd Schultze-Rhonhof

1939
Der Krieg, der viele Väter hatte

Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg

KOPP

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

VINOLOGIE

Seltene Rekordtropfen

Die Höchsten, die Südlichsten, die Steilsten – die extremsten Weinanbauggebiete der Welt

VON WOLFGANG KAUFMANN

W ein wird heutzutage nicht mehr nur in den klassischen Anbauregionen Europas produziert, sondern auch an sehr ungewöhnlichen Orten. Dazu zählen beispielsweise die von Israel besetzten Golan-Höhen an der Grenze zu Syrien, der Berg Karmel unweit von Haifa sowie die Regionen rund um den See Genezareth und das Tote Meer. Hier – 200 bis 400 Meter unter Normalnull – befinden sich zudem die am tiefsten gelegenen Weinberge der Welt.

Das entgegengesetzte Extrem sind die Weine aus der argentinischen Provinz Salta. Dort reifen Trauben noch in einer Höhe von 3111 Metern rund um die Bodega Colomé in der klaren Bergluft der Anden. Dabei zählen diese höchsten Weinberge seit 2019 zugleich auch noch zu den 50 besten auf dem ganzen Globus.

In ähnlich großer Höhe, nämlich zwischen 2500 und 2850 Metern über dem Meeresspiegel, entstehen darüber hinaus die Weine aus Toropalca und dem Valle de Cinti in Bolivien sowie von den Hängen des Vulkans Tungurahua in Ecuador. Ein weiterer, nahezu unbekannter „Gipfstürmer“ ist der Rotwein, welcher seit 1992 nahe der nepalesischen Siedlung Jomsom im Gebiet der 8000er Berge Annapurna und Dhaulagiri auf 2750 Metern hergestellt wird.

Andere Länder, aus denen man alles, bloß keinen Wein erwartet, sind der Wüstenstaat Namibia (ehemals Deutsch-Südwestafrika), Tansania, Madagaskar, China, Indien, die Türkei, die Ukraine und Kirgisistan. In der zentralasiatischen Republik werden rund um den Bergsee Issyk Kul im Tianshan-Gebirge auf 6000 Hektar sechs einheimische sowie fünf internationale Rebsorten kultiviert.

Der „nördlichste Wein der Welt“ kommt aus der 1997 eröffneten Kelterei Denali Winery in Anchorage im US-Bundesstaat Alaska. Allerdings verarbeitet man dort nur importierten Traubenmost aus Kalifornien und anderen südlicheren Regionen. Deshalb gebührt der Titel des nördlichsten Weinberges wohl dem von



Höchster Weinbau der Welt: Die Trauben der Colomé Salta in Argentinien reifen auf über 3000 Metern Höhe Foto: Mauritius

Gvarv in der norwegischen Provinz Telemark – hier begannen Wenche Hvattum und Joar Sættem vor zehn Jahren, mit den Rebsorten Hasanski Sladki und Solaris zu experimentieren, die Frost bis zu minus 35 Grad vertragen. Das garantiert jährlich einen erstklassigen Eiswein, der in Deutschland dieses Jahr wegen des zu warmen Winters erstmals ausgefallen ist. Bei der Eisweinklese müssen die Temperaturen unter dem Gefrierpunkt liegen.

Steilster Wein aus Deutschland

Als südlichste Weingüter auf unserem Planeten gelten gemeinhin die 1981 beziehungsweise 1993 gegründeten Betriebe Black Ridge und Dry Gully Vineyard im Anbaugbiet Central Otago bei Alexandra zwischen Queenstown und Dunedin auf der neuseeländischen Südinsele. Diese liegen auf dem 45. Breitengrad, womit sie den bisherigen Rekordhalter entthronen.

Das war der Familienbetrieb Viña Canata im Tal des Flusses Bío-Bío bei Lomas de San Andrés 500 Kilometer südlich von Santiago de Chile. Von dort kommen rustikale und sehr trockene Tischweine.

Geografische Superlative in puncto Wein findet man aber auch in Deutschland. Hier ragen die definitiv steilsten Weinberge überhaupt auf. Der eine ist der 33 Hektar große Bremmer Calmont an der Mosel mit bis zu 68 Grad Hangneigung, der andere der Bühlertaler Engelsfels im Nordschwarzwald, an dem auf 48 Hektar Spätburgunder angebaut wird und die Neigung manchmal atemberaubende 75 Grad beträgt.

Die ältesten Weinberge wiederum liegen wahrscheinlich in Georgien südlich des Kaukasus an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien. Die Weinbautradition reicht hier 8000 Jahre, also bis in die Jungsteinzeit, zurück. Dennoch sind geor-

gische Weine recht erschwinglich: Gute Sorten gibt es schon für unter zehn Euro die Flasche. Dahingegen kann sich Frankreich rühmen, die größte Zahl von Anbaugebieten zu besitzen, aus denen die teuersten Weine der Welt kommen. So beispielsweise das Gebiet um Pauillac nordwestlich von Bordeaux, das Pomerol, in dem vor allem hochwertige Merlots entstehen, sowie die Côte de Nuits und die Côte d'Or im Burgund.

Aus der letztgenannten Region stammt auch der Wein, welcher bisher den absolut höchsten Preis aller Zeiten erzielte. Die 0,75-Liter Flasche vom Jahrgang 1945 aus der nur knapp zwei Hektar großen Appellation Romanée-Conti bei Dijon wurde am 13. Oktober 2018 in der New Yorker Filiale des Auktionshauses Sotheby's für umgerechnet 489000 Euro versteigert. Da ist dann jeder Schluck Gold wert.

ASTRONOMIE

Eine Eselsbrücke zu Pluto

Vor 90 Jahren wurde der sonnenfernste Planet entdeckt – Dabei ist er gar kein Planet mehr

Viele Schüler lernten einst: „Mein Vater erklärt mir jeden Sonntag unsere neun Planeten.“ Die Anfangsbuchstaben dienten als Eselsbrücke für die Reihenfolge der Planeten Merkur, Venus, Erde, Mars, Jupiter, Saturn, Uranus, Neptun und Pluto. Im August 2006 wurde dieser Merksatz obsolet, denn damals erkannte die Internationale Astronomische Union dem Pluto den Planetenstatus ab. Da er sich jenseits von Neptun im sogenannten Kuipergürtel bewegt, in dem sich unzählige kleine Himmelsobjekte befinden, wurde Pluto zum Zwergplaneten degradiert.

Doch 90 Jahre nach seiner Entdeckung könnte Pluto rehabilitiert werden. Vom Hamburger Planetarium aus, das im ehemaligen Wasserturm im Stadtpark nur wenige Wochen vor der Entdeckung Plutos eingeweiht wurde, hat sich die Aktion „Pluto for Planet“ formiert, die dem Himmelskörper wieder zu seinem Recht als Planeten verhelfen will.

Am 13. März 1930, dem 149. Jahrestag der Entdeckung des Uranus durch Wil-

liam Herschel, wurde die Entdeckung des neuen Himmelskörpers offiziell verkündet. Bereits am 18. Februar 1930 stieß der damals erst 24-jährige US-Astronom Clyde Tombaugh beim Vergleich von Fotoplaten auf das Objekt, das dann einen Monat später bestätigt wurde. Benannt wurde es nach Pluto, dem römischen Gott der Unterwelt, der in der griechischen Mythologie dem Hades entspricht. Inspiriert davon wurde übrigens der im selben Jahr geschaffene Comic-Hund von Disney ebenfalls Pluto genannt.

Wegen eines „Wackelns“ der Bahnen von Uranus und Neptun hat man schon lange vermutet, dass sich jenseits davon die Anziehungskraft eines anderen Planeten auswirken müsste. Pluto bewirkt dieses durch eine im Vergleich zu allen anderen acht Planeten, die sich mit Ausnahme von Merkur alle auf derselben Ebene bewegen, durch eine extrem geneigte und elliptische Umlaufbahn um die Sonne, wobei er bei seinem sonnennächsten Punkt sogar die Bahn des Neptuns kreuzt.

Obwohl er nur ein Drittel so groß wie unser Erdmond ist und seine Fläche etwa



Pluto aus Sicht von Albrecht Dürer: Der Gott der Unterwelt entführt Persephone

der Südamerikas entspricht, besitzt er fünf bekannte Monde. Der letzte, Styx, wurde erst 2012 entdeckt. Dass Pluto kein „normaler“ Planet ist, zeigt auch die Tatsache, dass er mit seinem 1978 entdeckten größten Mond Charon ein Doppelsystem bildet: Beide umkreisen einander um einen außerhalb von Pluto liegenden Mittelpunkt.

Der mit 4,3 Milliarden Kilometern von der Erde entfernte Pluto liegt zwar am Rande des Sonnensystems, aber dennoch in „Griffweite“ der Menschheit. 2015 erreichte die Raumsonde „New Horizons“ nach neunjähriger Reise den Pluto und machte spektakuläre Fotoaufnahmen von dieser fernen und eiskalten Welt.

Jenseits von Pluto hat man inzwischen weitere sogenannte trans-neptunische Objekte gefunden, darunter 2005 mit Eris einen Himmelskörper, der noch größer ist als Pluto. Sollten diese alle als Planeten anerkannt werden, wird man den Planeten-Merksatz wohl bald um einige Wörter erweitern müssen. Harald Tews

NACHTSCHATTEN

Auf des Königs Befehl

Wenn man in einem Imbiss eine Tüte essbaren knolligen Nachtschattens frittiert mit Ketchup haben möchte, wird man mit Sicherheit ausgelacht. Aber genau so heißt die Kartoffel, aus der dann später die Pommes Frites hergestellt werden, mit ihrer exakten Bezeichnung: Solanum tuberosum. Das bedeutet essbarer, knolliger Nachtschatten. Sie gehört zur Familie der Nachtschattengewächse.

Die Heimat der Kartoffel, die im Nachbarland Österreich auch Erdapfel genannt wird, sind die Anden. Bei uns gibt es diese Knolle erdgeschichtlich erst seit relativ kurzer Zeit. Vor ungefähr 450 Jahren, nach der Entdeckung Amerikas, brachten spanische Seefahrer sie mit nach Europa. Die Entdecker und Eroberer fanden in der neuen Welt zahlreiche unbekannte Pflanzen, die sie mitnahmen und in Europa anbauen ließen.

Aber niemand dachte zunächst daran, diese Knollen, die zudem noch unter der Erde wuchsen, zu essen. In den Gärten der Königshöfe Europas erfreute man sich an der kostbaren Topfpflanze mit den lilafarbenen Blüten. Nach der Blüte bildeten sich Früchte. Wer diese fälschlicherweise probierte, bekam schlimme Bauchschmerzen, denn alle grünen oberirdischen Teile der Kartoffelpflanze sind giftig. So lehnte man dieses Gewächs, das anfangs auch als Tartuffel bezeichnet wurde, als Nahrungsmittel zunächst einmal entschieden ab. Woher sollten die Menschen im 16. Jahrhundert auch wissen, dass man ausschließlich die Knollen unter der Erde essen



Augenschmaus: Blüte einer Kartoffel

kann? Und die auch nur in gekochter Form, denn roh waren sie ebenfalls ungenießbar.

Die Knollen sind eigentlich eine unterirdische Sprossverdickung mit vielen Nährstoffen für die Pflanze. Es dauerte noch recht lange, bis man den Menschen klargemacht hatte, dass diese genießbar sind und sogar wohlschmeckend. Wenn man einmal in eine rohe Kartoffel gebissen hat, kann man vielleicht die anfängliche Abneigung gegen dieses merkwürdige Nahrungsmittel verstehen.

Die Menschen der vergangenen Jahrhunderte hatten des Öfteren mit Hungersnöten zu kämpfen, wenn zum Beispiel die Getreideernten durch Unwetter zerstört waren.

Sicher auch um dem Abhilfe zu schaffen, erließ der Preußenkönig Friedrich der Große 1756 einen „Kartoffelbefehl“. Alle Bauern mussten nun zwangsweise diese Pflanze anbauen, ob sie wollten oder nicht. Und siehe da: Die Kartoffeln wuchsen prächtig heran und retteten viele Menschen in Deutschland, aber auch in ganz Europa vor dem Hungertod.

Heutzutage gehört die Kartoffel in vielen Teilen der Welt zum täglichen Nahrungsmittel. Und natürlich lieben Große und Kleine die fettigen Kartoffelstäbchen. Die sind zwar nicht so gesund wie eine richtige Kartoffel, aber ausnahmsweise darf man auch sie einmal naschen. Silvia Friedrich

● FÜR SIE GELESEN

Warnung vor islamischer Revolution

In ihrem Buch „Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim“ vertritt Laila Mirzo die These, dass der Islam nicht zu Europa passt. Mirzo ist Trainerin für interkulturelle Kompetenz. Als Tochter einer deutschen Mutter und eines syrisch-kurdischen Vaters kam sie im Alter von elf Jahren nach Bayern. Die Autorin konvertierte im Jahr 2007 zum christlichen Glauben. Seitdem macht sie als Islamkennnerin und -kritikerin auf die Gefahren eines rückwärtsgewandten Islam aufmerksam.

Ein nicht-reformierter Islam bedeute immer auch Scharia. Die Scharia sei eine radikale Gesellschaftsordnung, die das gesamte öffentliche und private Leben regle. Mit ihr würden die Unterdrückung der Frauen, der Hass gegen Juden oder Homosexuelle und Ehrenmorde legitimiert. An vielen Schulen habe sich mittlerweile unter männlichen Teenagern eine radikalislamische Jugendkultur entwickelt, eine Generation „haram“, welche mit der Scharia als Vorbild Mitschüler drangsalieren. Auch die öffentlich subventionierten Islamverbände üben Druck aus. Es gebe Moscheen, in denen nicht nur zum Dschihad aufgerufen werde, sondern auch heimlich Vieh geschlachtet würden. Die Kinder aus diesen verbotenen Zweit- und Dritthehen würden über Sozialbetrug vom Staat alimentiert. Immer mehr kapitulierte der Rechtsstaat vor der Scharia. Würde sich eine Partei gründen, die den Frauen nur das halbe Stimmrecht gibt, Homosexuelle und Juden von vornherein ausschließt und Aussteiger mit dem Tod bedroht, würde das niemand tolerieren. Aber wenn genau diese Ideologie als Religion verkleidet daherkomme, glaubten alle, man dürfe sie nicht kritisieren.

Der Koran beinhalte eine Evolution der Gewalt. Weil der Koran zwei Teile hat, die sich oft widersprechen, werde beispielsweise einerseits gefordert, dass keiner zum Glauben gezwungen werden darf, daneben gibt es andererseits jedoch viele Koransuren, die den Tod der Ungläubigen fordern. In diesem Falle gelte immer nur der spätere Vers, der gewalttätige, der jede vorangegangene friedlichere Sure potenziell „abrogiert“, das heißt aufhebt. Nach jedem Terrorakt folge die gleiche Leier: Das alles habe nichts mit dem Islam zu tun, dabei gehört Gewalt zu Logik und Selbstverständnis des Islam.

Der Islam teile die Welt in zwei Hälften: In ein Haus des Islam und in ein Haus des Krieges. Zu Letzterem gehörten die Gebiete, in denen der Islam noch nicht Staatsreligion ist. Dort schreibe der Koran den Dschihad explizit vor, er sei die heimliche sechste Säule des Islam. Mirzo fordert, dass Europa sich nicht auf den Lorbeeren von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ausruhen darf. Es gebe keinen liberalen Islam, aber liberale Muslime. Diese müssten tagtäglich verteidigt werden. Die Muslime in Deutschland müssten endlich über die Gewaltsuren offen reden. Sie müssten aufhören, sie zu verheimlichen oder zu vertuschen. Mirzos Fazit lautet: Statt einer notwendigen Säkularisierung könnte Europa, wenn alles so weitergeht, eine islamische Kulturrevolution drohen. *Bodo Bost*

Laila Mirzo: „Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim. Über die Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Kultur“, Riva Verlag, München 2018, 256 Seiten, 19,99 Euro



VERKEHR



Sanierungsbedarf bei der Bahn

Verspätungen, Ausfälle, marode Bahnhöfe und Waggons: Das Chaos bei der Deutschen Bahn lässt sich nicht verbergen

FOTO: IMAGOPH PETERS

Abgewirtschaftet „Kennen Sie die vier größten Feinde der Bahn? Frühling, Sommer, Herbst und Winter.“ Dieser Witz, der unter frustrierten Bahnkunden kursiert, bringt in aller Kürze das zum Ausdruck, was der Wirtschaftsjournalist Thomas Wüpper in seinem Buch „Betriebsstörung. Das Chaos bei der Bahn und die überfällige Verkehrswende“ in aller Ausführlichkeit beschreibt. Er hat unzählige Artikel zu Themen wie Bilanzen, Reformkonzepten, Illusionen, aber auch Krisen im Zusammenhang mit der Bahn ausgewertet, Anfragen von Parteien an die Bundesregierung analysiert und zeigt in seinem Buch die Entwicklung auf, welche die Bahn in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Ganz klar sieht er die Ursachen für die Fehlentwicklung

eines der wichtigsten und umweltfreundlichsten Verkehrsmittel bei der Politik. Viel zu lange wurden Investitionen in das Unternehmen eingespart, ohne Rücksicht darauf, dass die Infrastruktur marode wurde, bis schließlich der Kollaps drohte. Als Ursachen macht Wüpper unter anderem den Börsengang unter Hartmut Mehdorn aus, aber auch Missmanagement, teure Prestigeobjekte wie Stuttgart 21, den Ausbau von Autobahnen zulasten der Bahn sowie allgemein das Versagen der Politik. Er kritisiert, dass am Ende der Steuerzahler von den Gewinnen ausgeschlossen wird, bei Verlusten aber für das Staatsunternehmen eintreten muss. Als Ausweg aus der Krise befürwortet der Autor eine Verkehrswende, die Autofahrer zugunsten der Bahnfahrer finanziell stärker belastet. Von der

Politik fordert er, die sprudelnden Steuereinnahmen endlich für die Modernisierung der Bahn und den Ausbau der Strecken auch in kleine und entlegene Orte voranzutreiben. Denn: Der Ausbau des Schienenverkehrs sei auch aktiver Umweltschutz.

Manuela Rosenthal-Kappi



Thomas Wüpper: „Betriebsstörung. Das Chaos bei der Bahn und die überfällige Verkehrswende“, Ch. Links Verlag, Berlin 2019, broschiert, 264 Seiten, 15 Euro

AFRIKA

Eine Kenianerin im einsamen Kampf gegen eine Giftfabrik in Mombasa

Die Journalistin Andrea C. Hoffmann erzählt in Romanform die Geschichte einer alleinerziehenden Mutter und Mitarbeiterin eines Betriebs, der Slumbewohner giftigen Elektroschrott aufarbeiten ließ

VON DAGMAR JESTZREMSKI

Über das unsachgemäße und für Menschen lebensgefährliche Recycling von Elektroschrott in manchen Ländern Afrikas wird immer wieder berichtet. Die laschen Vorschriften und Kontrollen locken Kriminelle an, die das Recycling auf Kosten der ärmsten Menschen betreiben. In Mombasa (Kenia) kämpfte die heute 41-jährige Phyllis Omido letztendlich erfolgreich für die Schließung einer Recyclingfabrik für Blei-Säure-Batterien. Doch sie muss sich bis heute vor ihren Verfolgern verstecken.

2008 hatte sie einige Wochen als Angestellte in der Verwaltung der „Metal Refinery“ gearbeitet, glaubte, einen Traumjob ergattert zu haben. Ihren kleinen Sohn hatte die alleinerziehende Mutter mit zur Arbeit genommen. Als er lebensgefährlich an einer hochgradigen Bleivergiftung erkrankt und nur knapp überlebt, wird sie auf den schlechten Gesundheitszustand der Bewohner des angrenzenden Armenviertels aufmerksam. Seitdem kennt sie nur noch das eine Ziel: In Kenia und ganz Ostafrika will sie die Menschen bei ihrem

Eintreten für eine bessere Umwelt auf ihre Seite bringen. In dem Buch „Mit der Wut einer Mutter. Die Geschichte der afrikanischen Erin Brockovich“ erzählt die Journalistin Andrea C. Hoffmann auf romanhafte Weise die aufrüttelnde Biografie der Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Phyllis Omido.

Umweltverbrechen auf der Spur

Anfangs weiß Phyllis überhaupt nicht, dass die Arbeiter in der „Metal Refinery“ alte Blei-Säure-Batterien einschmelzen, um das Blei herauszulösen. Die Batterien stammen größtenteils aus Europa, die Fabrikbesitzer sind zwei Inder. In der Frührschicht wird das recycelte Blei neu verpackt und in Containern nach Indien verschifft. Dort boomt der Markt für Neuwagen, die mit neuen Batterien ausgestattet werden müssen.

Auch in der Wachstumsbranche Photovoltaik gibt es großen Bedarf an Batterien. Ein Mitarbeiter erklärt Omido, dass der widerliche Gestank auf dem Fabrikgelände von der Säure der Altbatterien herrührt, die in offenen Containern auf dem Hof lagern. Aus der Anlage sickert kontaminiertes Wasser und verseucht das

Trinkwasser der Slumbewohner. Viele von ihnen arbeiten in der Recyclingfabrik.

Phyllis beharrt vergeblich darauf, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Umwelt- und Schutzvorrichtungen einzuhalten seien. Sie kündigt ihren Job und startet mit Unterstützung vor allem der Frauen unter den Dorfbewohnern eine Kampagne mit Demonstrationen und Sitzblockaden. Es wird ein jahrelanger Kampf gegen viele mächtige Verbündete. Diese bleiben erfolglos bei ihren Versuchen, sie durch Überfälle, Drohungen und Entführungen einzuschüchtern. Mehrfach wird sie verhaftet und eingesperrt. Auch ihre Verwandten und Mitstreiterinnen geraten in Gefahr.

Hunderte waren gestorben

2014 wurde die Recyclinganlage endgültig geschlossen. Mehrere Hundert Anwohner und Fabrikarbeiter waren unterdessen an den Folgen einer Bleivergiftung gestorben. Zu dem Mann, der am Schmelzkessel arbeitete, soll einer der Fabrikbesitzer gesagt haben: „Du wirst sterben und es wird niemanden interessieren. Deswegen sind wir hier in Afrika.“ Phyllis gründete die Organisation „Center for Justice, Govern-

nance und Environmental Action“, suchte Unterstützung bei internationalen Menschenrechtsorganisationen. Sie wurde international bekannt und erwirkte ein Gesetz, das die Bleiausfuhr aus Kenia verbietet. 2015 wurde ihr der mit 150.000 US-Dollar dotierte Goldman Environmental Prize zugesprochen. Mit dem Preisgeld reichte sie im Namen der Opfer eine Sammelklage gegen die kenianische Regierung ein, um sie zur Entschädigung der unheilbar kranken Menschen zu zwingen. Kürzlich wurden in Kenia 17 weitere Fabriken mit ähnlichen Produktionsbedingungen geschlossen. Phyllis Omido lebt mit ihren beiden Kindern an einem geheimen Ort in Kenia. Sie schützt sich durch Wachhunde, die im Gegensatz zu menschlichen Wächtern nicht bestechlich sind.



Phyllis Omido: „Mit der Wut einer Mutter. Die Geschichte der afrikanischen Erin Brockovich“, Europa Verlag, München 2019, gebunden, 204 Seiten, 18 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Bei der Kurdischen Gemeinde Deutschland (KGD) ist die Enttäuschung groß. Trotz frühzeitiger Anfragen habe die Stadt Hanau keine Vertreter der Kurden zur zentralen Trauerfeier für die Opfer des mutmaßlichen Amoktaters Tobias Rathjen am 3. März eingeladen, so KGD-Vizevorsitzender Mehmet Tanriverdi. Am 19. Februar hatte der Täter laut Stand der Ermittlungen zehn Menschen und schließlich sich selbst erschossen. Vier der Opfer seien Kurden gewesen, so Tanriverdi in seiner Erklärung. Der KGD-Vize beklagt, dass statt kurdischer Vertreter solche der Türkei eingeladen worden seien, deren Regime für die politische Verfolgung von Kurden verantwortlich sei. Das türkische Regime habe die Opfer von Hanau damit für seine politischen Zwecke instrumentalisiert. An der Trauerfeier hatten auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) teilgenommen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Die Bundestagsdebatte zum Massenmord von Hanau (5. März) nahm CDU/CSU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus zum Anlass, den Linksextremismus als Gefahr komplett auszublenden, denn, meint Brinkhaus:

„Der Feind unserer Demokratie steht in diesen Tagen rechts und nirgendwo anders.“

Alexander Unzicker erscheint die ständigen Warnungen vor „Panikmache“ wegen des Corona-Virus als Ablenkungsmanöver. Auf „Telepolis“ (7. März) schreibt er:

„Schädliche Panikmache wäre (es), in einem überfüllten Raum ‚Feuer‘ zu rufen, sodass sich die Menschen am engen Ausgang tottrampeln. Hier geht es dagegen darum, die Leute herauszubitten, bevor es richtig brennt und für einen Notausgang zu werben. Aber die Aufforderung, sich aus der Komfortzone zu bewegen, löst bei vielen Menschen Unbehagen und berechtigte Besorgnis aus – und davor haben Politiker wirklich Angst.“

Michael Maier kritisiert in der „Berliner Zeitung“ (7. März) die Kurzsichtigkeit von Politik und Notenbanken, die sich jetzt in der Krise rächen werde:

„Statt die Wirtschaft in guten Zeiten fit zu machen, wurden mehr oder weniger wahllos große, alte und träge Unternehmen mit billigen Schulden am Leben gehalten ... Es rächt sich, dass die deutschen und europäischen Politiker zwar immer von den Herausforderungen der Globalisierung gesprochen haben. Doch ihre Geld- und Wirtschaftspolitik hat immer nur dem Status quo gedient. Die legendäre Bazooka des Mario Draghi ist leer.“

Für Olaf Gersemann hat die Regierung Merkel in der Corona-Krise heftig versagt. In der „Welt“ (10. März) konstatiert er:

„Seit sechs Wochen weiß die Bundesregierung, dass womöglich eine dramatische Epidemie auf Deutschland, seine Bürger und auch seine Wirtschaft zukommt. Sechs Wochen, die man für die Vorbereitung des Eventualfalls – auch den wirtschaftlichen – hätte nutzen können. Und die ganz offensichtlich nicht genutzt wurden, nicht im Kanzleramt, nicht im Finanzministerium, nicht im Wirtschaftsministerium.“

Die „Frankfurter Allgemeine“ (9. März) zitiert den Dresdener Bestseller-Autor Uwe Tellkamp, der zur Lage in Deutschland sagt:

„Die Meinungsäußerungsfreiheit und die Meinungsakzeptanz sehe ich in diesem Land in einem Maße bedroht, das mich an 1989 erinnert.“

● WORT DER WOCHE

„Ein Zeichen setzen“, das heißt: genehmigt hetzen, das Glück der Meute schätzen, zur Not den Freund verpetzen.“

Michael Klonovsky, in seinem Netzstagebuch „achta diurna“ am 9. März

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Kampf geht weiter!

Wie ein Regiefehler das schöne Bild zerreißt und warum uns Corona nur ablenkt

VON HANS HECKEL

Die armen Leute: Zwei junge Asylsucher berichten in der „Heute“-Sendung davon, wie gemein die Griechen mit ihnen umgegangen sind: „Sie haben uns unser ganzes Geld und unsere Handys weggenommen“, erzählt der Eine. Nicht zu fassen, möchte man als Zuschauer meinen. Jetzt müssen wir sie ja reinlassen, schon der sozialen Gerechtigkeit wegen. Doch sogleich reißt das schöne Bild, denn leider hat sich in die herzerweichende Szene ein peinlicher Regiefehler eingeschlichen: Der Nachbar des Klageführers hat sein angeblich entwendetes Mobiltelefon sichtbar in der Hand. Als er seinen Kumpel die Geschichte mit den geklauten Handys abspulen hört, fingert er das Gerät hastig und verlegen zur Seite, um es dann „unauffällig“ in seiner Jackentasche verschwinden zu lassen.

Zu seinem Glück hat der Asylsucher in die Kamera eines deutschen Staatssenders gelogen, da wird auf kritische Nachfragen („Geklaut? Und was hat Ihr Freund denn da gerade in der Hand gehabt?“) vornehm verzichtet, wenn die Lüge ins erwünschte Bild passt. Private Nachrichtenkanäle wollen da nicht nachstehen: Wie schon 2015 liefert uns ein solcher Sender lauter Kinderbilder aus dem türkisch-griechischen Grenzgebiet, obwohl die Masse der Asylsucher dort bekanntlich aus jungen Männern besteht. Jungen Männern aus Afghanistan vor allem, nur vier Prozent kommen aus Syrien. Aber auch das spielt jetzt keine Rolle. Im Zweifel kommen dann eben alle irgendwie doch aus Idlib.

Ja, die Griechen. Machen schon wieder alles falsch. Erst blamieren sie das Euro-System und nun führen sie uns vor, wie man Grenzen schließt. Dabei klingt uns Deutschen noch das Wort der Kanzlerin in den Ohren: „Wir können nicht kontrollieren, wer über unsere Grenze kommt.“ Die Hellenen können das offenbar sehr wohl, und tun es frecherweise sogar.

Jetzt rächt es sich, dass wir keine gemeinsame deutsch-türkische Grenze mehr haben. Damals, im 16. und 17. Jahrhundert, waren das Römisch-Deutsche Reich und das Osmanen-Imperium nur durch einen schmalen Streifen namens „Habsburgisch Ungarn“ voneinander getrennt. Unsere Vorfahren hatten indes noch ein recht robustes Verhältnis zum

Grenzschutz, was den Türken bei Gelegenheit vor Wien mitgeteilt wurde.

Heute könnte die Kanzlerin dagegen ihren Satz von 2015 wiederholen und so den ungezügelten Zustrom von Menschen, Waren und Viren aller Art sicherstellen – wenn sich da in der Zwischenzeit nicht so viele kleine widerborstige Länder zwischen den Türken und uns eingemischt hätten. Die machen alles zunichte. Das muss das südliche Gemüt sein. Die reagieren total über, derweil wir die Ruhe weg haben. Italien ist bei der Ausbreitung von Corona der Bundesrepublik maximal zehn Tage voraus, heißt es. Dann hätten wir hier also kommenden Donnerstag die Situation, die auf der Apenninhalbinsel an dem Tag herrschte, als Rom das gesamte Land zur Sperrzone erklärt hat. Ob Berlin das dann auch tut?

Bislang sieht es nicht danach aus, was nicht heißt, dass die Bundesregierung nicht fleißig wäre. Nein, nein, man arbeitet dort hoch aktiv an der alles andere überragenden Frage, die lautet: Wem werden die Deutschen die Verantwortung anhängen, wenn unser Land coronabedingt ins Chaos stürzt und jeder wissen will, warum nicht rechtzeitig gehandelt worden sei?

Gesundheit und Katastrophenschutz sei Sache der Länder, heißt es aus Berlin. Glück gehabt, Kanzleramt! „So schön kann Föderalismus sein, wenn man nicht regieren will“, lästert die „Welt“ über solche Einlassungen. Also beschränkt sich die Bundesregierung weitgehend auf jene Ermahnung, die fürsorgliche Eltern ihren Kindern vor jeder Mahlzeit ohnehin unter die Nase reiben: „Hände waschen nicht vergessen!“

Das erinnert an diese entzückenden Aufklärungsfilmchen, welche in den 50er Jahren im US-Fernsehen liefen. Dort wurde den Amerikanern im Falle eines nuklearen Angriffs geraten, unter den Tisch zu krabbeln, um sich vor der Atomexplosion zu schützen.

Allerdings wollen wir auch nicht ungerrecht sein. Es ist ja nicht so, dass die Bundesregierung gar nichts tut. Sie verstreut mächtig Geld für den Fall, dass sich der Arbeitsmarkt eintrüben könnte. Natürlich kein Geld aus der Staatskasse! Die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung sollen bluten, um mehr Kurzarbeitergeld an notleidende Firmen auszureichen. Geschickt, was? So können Schwarz und Rot die Lorbeeren für weise Maßnahmen einheimen, und es kostet sie keinen roten Heller.

Die Griechen machen schon wieder alles falsch: Erst blamieren sie das Euro-System, jetzt zeigen sie uns, wie man Grenzen schließt



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.preussische-allgemeine.de

Mahner warnen ohnehin, dass wir uns von dem Corona-Tamtam und dem griechisch-türkischen Grenz drama nicht ablenken lassen sollen von dem wirklich wichtigen Thema, dem Kampf gegen Rechts. Diese Furcht erscheint uns aber gänzlich unbegründet. Denn heute gilt mehr denn je, was Rudi Dutschke am Grab des RAF-Terroristen Holger Meins 1977 mit geballter Faust ausrief: „Holger, der Kampf geht weiter!“

Und wie er weitergeht! Durch Zwickau marschiert schon wieder die FDJ und eine Pastorin ruft im „Wort zum Sonntag“ zum Sturm auf die Parlamente. Die Linkspartei diskutiert bereits, wie es nach der Revolution weitergeht: Reiche Leute gleich erschießen oder doch nur erstmal ins Arbeitslager stecken? Komplizierte Frage.

Allerdings vielleicht etwas zu früh gestellt. Das Staatssender-Team, das die „Strategiekonferenz“ der Linkspartei in Kassel filmte, auf welcher besagte Maßnahmen besprochen wurden, hat die doch recht pittoresken Äußerungen gefissentlich herausgeschnitten. Erst über Youtube kam die Sache an die Öffentlichkeit. Und wurde schnell zum Ärgernis fürs linke Lager. Massenerschießungen passen (noch) nicht ins Selbstbild der Linken als Kämpfer fürs menschliche Miteinander, das auch die pastorale Parlamentsstürmerin ohne jede Scheu vor bigottem Kitsch beschwört.

Doch für den Kampf gegen Rechts bedeutet die Anekdote nicht mehr als das kurze Ruckeln beim Überfahren einer Teerfuge auf der Betonpiste. Schon bald wird man schief angesehen werden, wenn man an Kassel auch nur erinnert: „Aber die haben sich doch längst glaubhaft entschuldigt und distanzieren!“ wird einem entgegenschlagen.

Wie anders wäre es wohl verlaufen, wenn etwas Vergleichbares auf einer AfD-Tagung zum Besten gegeben worden wäre? Heide-witzka! Ein Fest wäre das geworden! Wochenlang, monatelang, ja jahrelang wäre das durch die Medien gespenstert. Talkrunden, der Presseclub, Bundestagsdebatten hätten sich darüber ergossen. Alles unterlegt mit der Frage, ob hier nicht der Zeitpunkt gekommen sei, über ein Verbot der Partei nachzudenken. Alexander Gaulands „Vogelschiss“-Zitat von 2018 erfreut sich ewiger Jugend, als hätte er es gestern erst gesagt. Dass er sich längst entschuldigt und distanziert hat, darf weggewischt werden. Wem das nicht passt, der ahnt seit Kassel, was ihm dereinst blühen kann.